

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis halbjährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., vierteljährlich 2.00 Mk. für ein Haus, einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Spaltenbreite oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (letztgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Geschäftsfreien-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Erkheint täglich außer Montag.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 23. April 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Branntweinboykott ist ein Mittel zur Schwächung des Junkertums!

Der Hausknechtsparagraph angenommen.

Die Geschäftsordnungs-Kommission des Abgeordnetenhauses nahm am Freitagabend in zweiter Lesung den verhängnisvollen Hausknechtsparagraphen mit 10 gegen 4 Stimmen an. Dagegen stimmten die beiden Nationalliberalen, das freisinnige und das polnische Mitglied der Kommission.

Die Verhandlungen nahmen knapp eine Stunde in Anspruch und drehten sich in der Hauptsache um die Darlegung, die — der „Vorwärts“ zu dem Votum gegen die parlamentarischen Rechte der wenigen wirklichen Volksvertreter des Reichstages gemacht hatte. Gleich der Vorsitzende glaubte sich mit den Auslassungen des „Vorwärts“ auseinandersetzen zu müssen, mit der „geschmackvollen Art“, wie der „Vorwärts“ den neuen Paragraphen „Hausknechtsparagraphen“ getauft habe. Schade nur, daß der „Vorwärts“ nicht auch durch irgendeinen Geschäftsordnungsparaphrasen geknebelt werden kann, sondern ungezielt jeden neuen Erzeuger der volksfeindlichen Reichstagsmehrheit rückwärts los brandmarken wird!

Auch die Reden der übrigen Kommissionsmitglieder sowohl als auch die beiden Regierungsvertreter bestanden in der Hauptsache in nichts als einer Polemik gegen — den „Vorwärts“. Man mühte sich, vor allem das Argument des „Vorwärts“ zu entkräften, daß der Ausschluß von Abgeordneten für eine Reihe von Sitzungen schon deshalb rechtlich gar nicht zulässig sei, weil die §§ 105 und 106 des Strafgesetzbuches das Recht des Abgeordneten, seine parlamentarische Pflicht auszuüben, sichern und jede Verletzung dieses Rechtes mit Zuchthaus bedrohen. Man berief sich auf den § 78 der Verfassung, wonach das Haus seine Geschäftsordnung und Disziplin selbst zu regeln berechtigt sei. Als ob damit gesagt sei, daß zur Durchführung der Disziplin Mittel angewendet werden können, die das Strafgesetzbuch in der erwähnten Weise verbietet! Auch die Behauptung, daß die beiden Paragraphen des Strafgesetzbuches deshalb gegen den Präsidenten des Hauses und seine Handlanger nicht angewendet werden könnten, weil sich diese in Ausübung einer rechtmäßigen Handlung befänden, schwebt ja völlig in der Luft! Denn sie setzt eben gerade voraus, was erst zu beweisen wäre, aber nicht bewiesen werden kann, daß die Geschäftsordnung trotz der §§ 105 und 106 die Beeinträchtigung der parlamentarischen Rechte der Abgeordneten beschließen könne!

Wie häufig es mit den Argumenten der Verteidiger des Hausknechtsparagraphen bestellt ist, bewies so recht der eine Regierungsvertreter. Der Herr genierte sich nicht, der „Deutschen Tageszeitung“ den geistreichen Vergleich nachzuschwören, daß ja nach der Logik des „Vorwärts“ sich auch ein Henker des Nordes strafbar mache, wenn er ein Todesurteil vollstrecke. Dabei haben wir bereits gestern darauf hingewiesen, daß der Henker sein Sanktuar auf Grund ausdrücklicher gesetzlicher Vorschriften im Strafgesetzbuch und in der Strafprozedurordnung straflos ausüben vermag, daß aber keine gesetzliche Bestimmung besteht, die dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses den Versuch gegen die §§ 105 und 106 des Strafgesetzbuches gestattet! Diese angebliche rechtliche Unterlage soll ja erst geschaffen werden! Sie kann aber rechtlich gar nicht geschaffen werden, weil die Geschäftsordnung reichsgesetzliche Bestimmungen nicht einfach außer Kraft setzen kann.

Auch die nicht minder geistreiche Bemerkung des Regierungsvertreters, daß nach der Logik des „Vorwärts“ auch Lehrer bestraft werden müßten, wenn sie an Kindern das Züchtigungsrecht ausüben, daß aber noch nie ein Gericht gegen Lehrer wegen einer Züchtigung eingeschritten sei, die sich in zulässigen Grenzen gehalten habe, übersieht vollständig, daß das Züchtigungsrecht der Lehrer im Allgemeinen Landrecht gleichfalls gesetzlich festgelegt ist! All diese Vergleiche treffen also vollständig daneben! Wenn gleichwohl unter dem Eindruck solcher Darlegungen der Regierungsvertreter die Kommission den Hausknechtsparagraphen angenommen hat, so beweist das nur, wie schwach es um ihre juristische Einsicht bestellt ist. Oder aber, wie sehr sie von der Richtigkeit des Satzes durchdrungen sind, daß in Preußen Gewalt vor Recht geht!

Ebenso leicht, wie man sich über diese Rechtsfragen hinwegsetzte, setzte man sich auch über die Frage hinweg, wie denn der Präsident sein angemessenes, gesetzlich gebotenes Hausrecht ausüben soll. Obwohl Herr Kröcher selbst die Kommission um Angabe der Mittel gebeten hatte, war man der Ansicht, daß die Wahl der Mittel Sache des Präsidenten selbst sei. Vergebens wies der freisinnige Vertreter darauf hin, daß in dem zu beschließenden Paragraphen selbst die anzuwendende Exekutivgewalt sowohl des Präsidenten als auch des in Frage kommenden Abgeordneten wegen genau angegeben sein müsse. Die Mehrheit der Kommission lehnte eine solche präzise Formulierung ab und überließ es damit vollständig der Willkür des Präsidenten, sich der ihm gutdünkenden Mittel zu bedienen.

Wie der Hinauswurf mit Hilfe der Polizei ausgeführt werden könne, hatte Herr von Falkenhahn vorher in anschaulicher Weise geschildert. Der Präsident brauche sich nur telephonisch an den von dem Minister des Innern ein für alle mal zu instruierenden Polizeipräsidenten zu wenden, um alsbald die nötige Polizeimannschaft zur Verfügung gestellt zu halten. Ein Polizeioffizier werde dann mit einer Anzahl geeigneter Beamter erscheinen und den sich etwa widersprechenden Abgeordneten mit Gewalt aus dem Hause befördern. Wegen seiner Widersehlichkeit könne dem betreffenden Abgeordneten dann noch auf Antrag des Präsidenten wegen Hausfriedensbruchs und auf Anzeige der Polizei wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt der Prozeß gemacht werden!

So wird denn der Hausknechtsparagraph demnach dem „hohen“ Haus unterbreitet werden. Man wird tatsächlich an das Haus die Zumutung stellen, die Schutzmannschaft gegen oppositionelle Abgeordnete auszubieten, die sich ihre Rechte durch eine parteiische Geschäftsführung und eine unverschämte Gewalttätigkeit der Mehrheit nicht verkümmern lassen wollen!

Der Polizeiföbel soll zum Hort und Schirm aller blauschwarzen Riedertracht werden!

Diese direkte Verhöhnung der Volksrechte hatte gerade noch gefehlt!

Geschichtsunterricht auf höheren Schulen.

Wenn der alte Hegel einmal gesagt hat, die Geschichte lehre nur, daß die Menschen noch nie etwas aus ihr gelernt haben, so trifft das auf unsere herrschenden Kreise entschieden zu. Dafür spricht das ganze Verhalten derer, die in Preußen obenauf sind. Dafür spricht auch die Methode, die sie in Anwendung bringen, um ihren Nachwuchs mit den geschichtlichen Tatsachen bekannt zu machen. Der Geschichtsunterricht nämlich, der auf Preußens höheren Schulen erteilt wird, ist darauf berechnet, die unglücklichen Opfer dieser preussischen Pädagogik zur Respektorgelung vorzubereiten, und hat demgemäß mit wirklicher Geschichte gar nichts gemein. Wie der Geschichtslehrer seine Fachkenntnisse den Schülern mitteilt, das hängt gar nicht von ihm ab, sondern dafür hat er genaue Direktiven, die ihn an eine bestimmte Richtschnur binden. Diese Direktiven entstammen der Zeit, als Graf Jellisch-Trübshler Kultus- und Unterrichtsminister war. Das Jellischsche Volksschulgesetz fiel zwar ins Wasser, dagegen wurden aber die in seiner Amtszeit beschlossenen neuen Lehrpläne für die höheren Schulen maßgebend und sind, was wenigstens den Geschichtsunterricht angeht, seit 1892/93 in Kraft geblieben. 1901 kamen allerdings wieder neue Lehrpläne heraus. Ihre Bestimmungen für Geschichte schufen aber keine neue Grundlage, sondern stellten, von einigen unwesentlichen Änderungen abgesehen, bloß eine neue Auflage der Lehrpläne von 1892 dar. Diese schreiben nun dem Geschichtslehrer nicht nur vor, welche Textabschnitte er auf den einzelnen Klassen zu behandeln hat, sondern auch, unter welchen Gesichtspunkten er den Stoff betrachten soll. Und diese Gesichtspunkte sind derartig, daß ein Historiker, der von seinem Fache wirklich etwas versteht, an höheren Schulen gar nicht unterrichten kann, ohne entweder mit seiner Ueberzeugung zurückgehalten oder mit seinen Vorgesetzten in Konflikt zu kommen.

Nach den methodischen Bemerkungen der Lehrpläne von 1892 soll zwar der Geschichtslehrer bei der Belehrung über wirtschaftliche und gesellschaftliche Fragen, die er in Untersekunda und Oberprima erteilen soll, jede Tendenz „vermeiden“. Das richtige Wort wäre aber verbergen. Soll doch dieser Unterricht dazu dienen, die Schüler „zu einem Urteil über das Verhängnisvolle gewisser sozialer Bestrebungen der Gegenwart zu befähigen“. Zu dem Zweck soll in der Geschichte „der stetige Fortschritt zum Besseren und die Verderblichkeit aller gewaltsamen Versuche der Aenderung sozialer Ordnungen“ dargetan werden. Damit wird dem Historiker nun schon zugemutet, die Wahrheit über die wichtigsten geschichtlichen Ereignisse geradezu auf den Kopf zu stellen. Wenn der Lehrer beispielsweise mit dem Verlauf und der Vorgeschichte der französischen Revolution hinreichend vertraut ist, so muß er sich klar darüber sein, daß die Aufgabe, daran die Verderblichkeit aller gewaltsamen Versuche der Aenderung sozialer Ordnungen darzutun, ganz verkehrt gestellt ist; in Wirklichkeit müßte es sich darum handeln, an dem Beispiel nachzuweisen die Verderblichkeit aller Versuche, notwendige Aenderungen sozialer Ordnungen gewaltsam zu verhindern. Kann doch gar nicht zweifelhaft sein, daß die krampfhaften Versuche der herrschenden Klassen Frankreichs, die unermüdliche Umwälzung des Rades der Geschichte aufzuhalten oder gar rückgängig zu machen, den gewaltsamen Verlauf der Revolution herbeigeführt haben. Es gibt kein lehrreicherer Material zum Studium der Frage, warum so oft im

Laufe der Geschichte an die Stelle der Evolution im Sinne einer schrittweisen friedlichen Entwicklung die Revolution im Sinne der gewaltsamen Umwälzung tritt, als eben die große französische Katastrophe. In dem angeedeuteten Sinne zum Unterrichtsgegenstand gemacht, würde die Revolutionsgeschichte allerdings den Besuchern der höheren Schulen außerordentlich helfen, politisch denken zu lernen; daraus ginge die Erkenntnis hervor, daß unsere regierenden Kreise auf dem Holzwege sind, wenn sie die geschickliche Bahn zur Herbeiführung anderer Zustände verraumen. Dem Lehrer aber, der diese Lehren der Geschichte seinen Schülern mitteilen wollte, würde böse auf die Finger geklopft werden: er darf bloß Legenden erzählen.

Neben der reaktionären Revolutionslegende ist es natürlich die Hohenzollernlegende, deren Vertretung den Gymnasialhistorikern zugemutet wird. Die Einseitigkeit wird dem Geschichtslehrer schon insofern zur Pflicht gemacht, als er von der neueren Geschichte, was wenigstens Obertertia und Untersekunda anlangt, also die Klassen, nach deren Besuch die Mehrzahl der Schüler abgeht, nur deutsche, „insbesondere Brandenburgisch-preussische Geschichte“ behandeln soll: „Die außerdeutsche Geschichte ist nur so weit heranzuziehen, als sie für die deutsche und die Brandenburgisch-preussische Geschichte zum Verständnis notwendig ist.“ Auf Prima soll etwas mehr über die großen weltgeschichtlichen Vorgänge gesagt, aber auch hier „insbesondere“ die alleinstimmigste Brandenburgisch-preussische Geschichte gelehrt werden. Es ist nun sicher schon schlimm genug, wenn der Umfang, in dem dieser Gegenstand unterrichtet wird, im umgekehrten Verhältnis zu seiner weltgeschichtlichen Bedeutung steht. Dazu kommt nun die reaktionäre Tendenz, die den Erteilern dieses Unterrichts zur Pflicht gemacht wird. Es sollen da die Lebensbilder der betreffenden Herrscher in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt werden: natürlich; denn nach offizieller Lesart haben diese hohen Herren die Geschichte gemacht. Im Anschluß an diese Lebensbilder hat also der Lehrer unsere gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung vorzuführen „unter Hervorhebung der Verdienste der Hohenzollern insbesondere um die Hebung des Bauern-, Bürger- und Arbeiterlandes“. So heißt es in der Abgrenzung der Lehraufgaben für Untersekunda und wieder für Oberprima; damit der Lehrer diese seine wichtigste Pflicht auch ja nicht vergesse, wird er in den methodischen Bemerkungen nochmals „zur Darstellung der Verdienste unseres Herrscherhauses auf diesem Gebiete“, nämlich dem sozialpolitischen, angehalten. Interessant ist nun, was bei den Lehraufgaben für Oberprima über diese „zusammenfassenden Belehrungen wie in IIB“ gesagt wird; sie sollen nämlich erfolgen „im Anschluß an die Lebensbilder des großen Kurfürsten, Friedrich Wilhelms I., Friedrichs des Großen, Friedrich Wilhelms III. und Kaiser Wilhelms I.“ Ein jeder vermischt natürlich sofort Friedrich I., Friedrich Wilhelm den Dänen und Friedrich Wilhelm IV. Jeder merkt auch die Absicht: diese unbequemen Gestalten sollen mit einem stillen Trommelschlag abgetan werden. Dieser Fingerzeig ist dann überhaupt sehr brauchbar; auch sonst läßt sich tothschweigen, was absolut nicht zur Ruhmes-tat gemacht werden kann. Verlangt werden eben Lobreden, keine Geschichte.

Die Aufgabe des Geschichtslehrers ist aber damit noch nicht erschöpft. Er soll nicht bloß nachweisen, daß wir es durch die weise Lenkung der Hohenzollern so herrlich weit gebracht, sondern auch noch, daß alles durch göttlichen Rathschluß so gekommen ist; er hat das Verständnis für „ein höheres Walten in der Geschichte“ zu wecken. Das fehlte ja auch noch; ohne die Wendungen durch Gottes Fügung geht es im Lande der Gottesfurcht und frommen Sitte nun mal nicht, und so hat der Geschichtslehrer sie nachzuweisen, und wenn er zehnmal von seinen Studien die Ueberzeugung mitgebracht hat, daß die Teleologie mit der Geschichtswissenschaft nichts zu schaffen hat. Was von ihm verlangt wird, ist eben keine Geschichtswissenschaft, sondern eine konventionelle Fabel nach dem Sinne der herrschenden Gewalten. Da kann man sich denn nicht wundern, wenn der sogenannten gebildeten Jugend der geschichtliche Sinn und das politische Verständnis fehlt.

Der Friede im Baugewerbe Berlins ist gesichert.

Gestern teilten wir mit, daß die in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen dem für das Baugewerbe Berlins vom Einigungsamt gefällten Schiedspruch zugestimmt haben. Die Organisation der Unternehmer hat gestern abend in ihrer Generalversammlung den Schiedspruch ebenfalls angenommen. Damit ist die Einigung tatsächlich vollzogen. Der Friede ist gesichert. Berlin scheidet aus dem Kampfe aus.

Bis zum letzten Augenblick haben die Scharfmacher gehohlet und gewöhlt, um die Einigung zu hintertreiben und die Berliner Unternehmer in den Kampf zu heben. Es ist ihnen nicht gelungen. Im Lager der Unternehmer hat

die bessere Einsicht, die Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse festigt über die blinde Wut kurzfristiger Feinde der Arbeiterorganisation. Die drückende Fessel, welche die Scharfmacher den organisierten Arbeitern in der Gestalt ihres Tarifmusters anzulegen versuchten, ist gesprengt. Die Macht der Arbeiterorganisationen, ihr einmütig kundgebener Wille, ihre Gleichberechtigung unter allen Umständen zu wahren, hat die Berliner Unternehmer bewogen, von dem tollkühnen Versuch der Arbeiternebelung Abstand zu nehmen und auf der Basis des bisherigen Vertrages unter Gewährung einer allerdings recht mäßigen Lohnerhöhung sich mit den Arbeitern zu verständigen.

Nicht die Lohnfrage ist das wesentliche bei dieser Einigung, sondern der Umstand, daß die Dresdener Beschlüsse der Unternehmer durchbrochen und die Absichten der Scharfmacher vereitelt sind. Hamburg und Berlin nehmen nicht am Kampfe teil. Damit hat der Kampf für das übrige Deutschland eine entscheidende Wendung genommen, denn die Pläne der Scharfmacher haben zur Voraussetzung, daß der Angriff gegen die Arbeiter auf der ganzen Linie erfolgt. Dieser Plan ist durchkreuzt. Die Arbeiter der beiden großen Lohngebiete, auf die sich der Kampf nicht erstreckt, können und werden ihren Arbeitsbrüdern im Reich tatkräftige Hilfe leisten. Auch die moralische Wirkung der Einigung in Berlin ist nicht zu unterschätzen. Alles das berechtigt zu der Erwartung, daß auch in den Teilen Deutschlands, wo die Unternehmer die Aussperrung ins Werk gesetzt haben, der Kampf zugunsten der Arbeiter entschieden wird. Der Opfermut der Arbeitenden wird die kämpfenden Arbeitsbrüder stärken, daß sie den aussperrungswütigen Unternehmern das berüchtigte Tarifmuster zertrüßten vor die Füße werfen und sich ihre Gleichberechtigung erzwingen werden.

Weitere Friedensmeldungen.

Böhm, 22. April. (Privatbesuche des „Vorwärts.“) Für den Ostberndverband Glabbed ist heute eine Einigung mit den Bauunternehmern zustande gekommen. Es ist eine Lohnerhöhung von 5 Pf. zugestanden worden. Glabbed ist ein Ort von 30 000 Einwohnern mit einer ziemlich entwickelten Industrie. In Frage kommen einige hundert Bauarbeiter.

Wieschen, 22. April. Die Bauunternehmer von Wieschen und Umgegend haben die Aussperrung aufgehoben, so daß alle Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen. Durch Vermittelung soll vereinbart werden, unter welchen Bedingungen für die nächsten Jahre der Frieden erhalten bleiben könne.

Völkerchickal und Hofintrigen.

Petersburg, 19. April. (Hq. Ver.) Nach dem Eifer, den die „Patrioten“ bei der Vorbereitung und bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfes über Finnland gezeigt hatten, erscheint es etwas sonderbar, daß der Entwurf in der Reichsdumakommission gar nicht vom Fleck rückt. Auch auf administrativem Wege wird trotz der offenbar „revolutionären“ Haltung des finnländischen Landtages nichts unternommen. Die Antwort des Landtages ist der russischen Regierung zwar noch nicht offiziell zugegangen, aber die „Patrioten“ wissen sehr wohl, daß sie eine entschiedene Zurückweisung aller Ansprüche der Stolypinschen Regierung enthält, nebst einer ausführlichen rechtlichen Widerlegung aller in der Vorlage und bei deren Beratung in der Duma angeführten Gründe sowohl vom Standpunkt der finnischen Verfassung als von dem der russischen Grundgesetze. Die Antwort soll der Regierung erst Ende April eingereicht werden; trotz ihres Inhalts läßt man die Landtagskommission ruhig die Redaktionsarbeit zu Ende führen und das Dokument ins Russische übersetzen. Inzwischen vollzieht sich alles in Finnland recht verfassungsmäßig. Verfassungsmäßig unterbreitet der finnische Senat „alleruntertänigst“ dem Zaren die vom Landtage angenommenen Gesetzesentwürfe, verfassungsmäßig werden sie vom Zaren bestätigt und die Ausführungsregeln bestimmt. So ist u. a. vor einigen Tagen vom Zaren ein Befehl über den Ausfuhrzoll auf Holz bestätigt worden, das für das wirtschaftliche Leben Finnlands von erheblicher Bedeutung sein wird. Die Regierung verrät sogar augenblicklich keine Lust, sich in die Erlebigung der „Militärvorlage“ einzumischen, die schon so viele Konflikte zwischen der russischen Regierung und dem finnischen Landtage und Senat hervorgerufen hat.

So verläßt auch die „patriotische“ Presse und die „patriotischen“ Dummredner über die geänderte Haltung der Regierung sind, erlauben sie sich doch keine besonderen Proteste. Man weiß nämlich noch nicht, was dahinter steckt. Die „Kowojew-Bremja“ spricht zwar von Intrigen gegen Stolypin, bedauert die schwierige Lage, in die der Premierminister geraten sei, indem er die alleinige Verantwortung für die „Reform“ in Finnland übernommen habe. „Die Intrige ist leider keine freie Erfindung der Zeitungsmänner“, schreibt die „Kowojew-Bremja“, „sie ist Tatsache, sie reicht viel weiter und viel höher, als man es denkt.“ Eine hohe und sehr einflußreiche Person sei entschieden gegen die Stolypinsche Politik in Finnland, und diese Person finde Unterstützung bei dem „weißblidenden“ und talentvollen Finanzminister“. Wer die geheimnisvolle „hohe Person“ ist, bleibt unbekannt, — wahrscheinlich einer von den Großfürsten. Interessant aber ist die Preisgabe des „weißblidenden“ und talentvollen Finanzministers“ Kowojew, was nicht ohne Genehmigung Stolypins geschehen konnte. Kowojew ist gegen die Stolypinsche Politik, seit Jahren gilt er auch als Kandidat für den Premierministerposten; nun sucht Stolypin durch die „Kowojew-Bremja“ den gefährlichen Konkurrenten in den Augen der Patrioten zu kompromittieren. Kowojew sucht seinerseits seinen persönlichen Einfluß auf den Zaren gegen Stolypin auszunutzen. Und nur der Kampf beider Staatsmänner ermöglicht es Finnland, noch eine kurze Zeit verfassungsmäßig regiert zu werden. Denn wer die Oberhand im Kampfe auch gewinnen mag — ob Stolypin oder Kowojew — für das Schicksal Finnlands bleibt es dasselbe. Kowojew hat die Unterstützung der reaktionären Presse und der reaktionären Parlamentsmitglieder ebenso nötig wie Stolypin. Die reaktionären Führer aber verlangen unbedingt die Unterjochung Finnlands: ihre Popularität unter den Chuliganmassen beruht ja auf ihrem „Nationalismus“, und den können sie am besten durch Unterdrückungsmahregeln gegen andere Nationalitäten erweisen. In erster Linie natürlich — gegen die Juden und die Finnen. Gegen die Judenverfolgungen hat Kowojew auch gegenwärtig nichts einzuwenden, um so weniger als auch der Zar selbst entschiedener Judenfeind ist, auch können die Judenverfolgungen — trotzdem sie einen sogar in Russland unerhörten Umsang angenommen haben — im Auslande keine Komplikationen zeitigen. Anders die finnländische Frage. So lange gegen die Vergewaltigung Finnlands im Auslande Proteste nur aus den demokratischen und Gelehrtenkreisen ergingen, konnte Kowojew keine Veranlassung haben, bei dem Zaren über die finnländischen Angelegenheiten Vorstellungen zu erheben. In der letzten Zeit aber fangen auch die Finanzkreise im Auslande an, gegen den Verfassungsbruch in Finnland energisch zu protestieren. Besonders die Handelskammern in England

Kowojew sieht vor einer neuen auswärtigen Anleihe und rechnet auch auf die englischen Finanzkreise. Der „weißblidende“ Minister, der der Protestbewegung der europäischen Demokraten und Gelehrten gegenüber gleichgültig blieb, hat sofort die Gefahr der Bewegung in den Geldkreisen gesehen und dies auch dem Zaren klargemacht. Daß der „weißblidende“ diese Gelegenheit ausgenutzt hat, um gegen Stolypin zu intrigieren, ist selbstverständlich. Stolypin aber hat keine Lust, den Platz Kowojew zu räumen. Er wird vielmehr die Durchführung der finnländischen Reform bis zur Verwirklichung der Anleihe verschieben und dann mit doppelter Energie vorgehen. So erklärt sich der Stillstand, der in der Bekämpfung Finnlands eingetreten ist. Voraussichtlich wird er bis zur Realisierung der neuen Anleihe fortbauern.

Der Zar gegen Finnland.

Petersburg, 22. April. Die Meldungen von einer für Finnland günstigeren Wendung in den höchsten russischen Kreisen bestätigt sich nicht. Bei der gestrigen Audienz Gutschkows in Zaroselo äußerte vielmehr der Zar den Wunsch, die Reichsduma möge die finnländische Vorlage noch in dieser Session erledigen und wenn es notwendig sein sollte, die Session dieserhalb verlängern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. April 1910.

Das Mülheimer Eisenbahnglück.

Aus dem Reichstag, 22. April. Der Zusammenstoß eines Luxuszugs mit einem vollbesetzten Militärzuge bei Mülheim hatte zu einer von den Nationalliberalen eingereichten Interpellation Anlaß gegeben, die heute im Reichstage zur Verhandlung kam. In der Bundeshalle des Reichstages hatte eine Hamburger Firma das Modell einer Bahnanlage aufstellen lassen, um die Wirkung automatischer Bremsvorrichtungen zu erläutern und in der Debatte wurde denn auch darauf Bezug genommen.

Der preussische Eisenbahnminister v. Breitenbach, der bisher nur aus dem Gebiete der Bekämpfung der Arbeiterorganisationen ungewöhnliche Leistungen fertiggebracht hat, glänzte bei dieser Gelegenheit durch Abwesenheit. Stand ihm doch auch selbst bei den regierungstreuesten Parteien keine Anerkennung in Aussicht. Er ließ die unangenehme Sache durch den Präsidenten des Reichseisenbahnamtes Herrn Wackerzapp ausbaden, der keinerlei Verwaltungsbesugnisse hat und dem kaum mehr als das Recht, gute Ratsschlüsse zu geben, der preussischen Eisenbahnverwaltung gegenüber zusteht. Seine Antwort hielt sich übrigens völlig innerhalb der Grenzen, der für solche Fälle beliebten bürokratischen Schablone. Nachdem Herr Semler die Interpellation begründet hatte, erklärte Herr Wackerzapp unter den selbstverständlichen Bezeugungen tiefsten Mitgeföhls für die Opfer des Unglücks: Schuld daran trage einzig der Lokomotivführer des Luxuszuges, der die Haltsignale übersehen habe. Von mechanischen Bremsvorrichtungen hält Herr Wackerzapp nicht viel, weil sie unter Umständen die Gefahr von Zusammenstößen erhöhten.

Was Herr Wackerzapp unterlassen hatte, wurde in der Debatte nachgeholt. Es drängte sich doch in den Reden fast aller Vertreter der Parteien die Ueberzeugung hervor, daß auch in den Betriebsbeeinträchtigungen etwas faul sein muß, wenn das Verschgehen eines einzigen Mannes ein solch ungeheures Unglück herbeiführen kann. Besonders Genosse Hengsbach legte in einer gründlichen Untersuchung den Finger in die offenen Wunden. So wies er darauf hin, daß der Luxuszug zwar große leistungsfähige Wagen gehabt habe, der Militärzug aber mit dem brüchigsten Wagenmaterial versehen gewesen sei. Jene morschen Karren hätten dem Anprall keinen Widerstand leisten können. Das System fiskalischer Sparsamkeit trage überhaupt die Hauptschuld an dem Unglück. Ruwerdting sei mehr und mehr der Unfug eingerissen, daß die Zugführer zu Schaffnerfunktionen herangezogen würden, so daß sie während der Fahrt einer ihrer Hauptaufgaben, zur Verhütung von Unglücksfällen die Kontrolle der Zugleistung auszuüben, nicht nachkommen könnten. Es müsse unbedingt dafür gesorgt werden, daß nicht eine, sondern mehrere Personen mit der Aufgabe betraut würden, im Falle drohender Gefahr die Bremsvorrichtungen in Kraft zu setzen, oder sonst einzugreifen. Hengsbach kritisierte dann auch scharf die mangelhafte, kurvenreiche Gleisanlage bei dem Bahnhof Mülheim und schloß seine Ausführungen mit der Forderung, daß die Hinterbliebenen der Opfer und die zu Krüppeln gewordenen Soldaten reichlich entschädigt werden müßten. Die Vorbringung solcher Wünsche war leider das einzige Resultat auch dieser Interpellationsdebatte. Der Vertreter irgend einer Verwaltungsbehörde, der ihm Berücksichtigung zusagen konnte, war überhaupt nicht zur Stelle. Beschlüsse kann der Reichstag bei Interpellationen überhaupt nicht fassen. Ehe das nicht geändert ist, gehen sie stets aus wie das Hornberger Schießchen.

Für Sonnabend ist die Veteranenbeihilfe auf die Tagesordnung gesetzt.

Trott in Wien.

Eine wohlverdiente Niederlage bereitete am Freitag unser Genosse Trott im Abgeordnetenhaus dem Kultusminister Trott zu Solz. Der sozialdemokratische Redner lenkte bei dem Kapitel „Schulaufsicht“ die Aufmerksamkeit des Hauses noch einmal auf die Behandlung der sozialdemokratischen Turnvereine. Zwar machte der Präsident v. Krämer wiederholt den Versuch, ihm das Wort zu entziehen, da das nach seiner Meinung nicht zum Thema gehörte, aber es gelang Trott nicht, wenn er sich dabei auch einige Ordnungsrufe zuzog, die präsidiale Klippe geschickt zu umschiffen und seine Ausführungen zu beenden. Der Minister wird daran wenig Freude gehabt haben, denn unser Genosse holte das, was er am Tage vorher nicht sagen konnte, gründlich nach, er bewies schlagend, daß die Arbeiterturnvereine zur Abwehr der von den kurrpatriotischen Vereinen unternommenen Versuche, die Arbeiterjugend der Sozialdemokratie zu entfremden, gegründet sind, er schilberte das Verhalten der sogenannten nationalen Turnvereine, warf der Schulaufsichtsbehörde — gestützt auf gerichtliche Erkenntnisse — bewußten Mißbrauch des Gesetzes vor und tadelte die Regierung, daß sie sich um die anderen Turnvereine nicht kümmert, obwohl gerade sie sehr der Aufsicht bedürfen. Zwischen dem Minister, der eine kurze Erwiderung sammelte, und Trott entspann sich ein lebhaftes Rededuell, das schließlich damit endete, daß Trott zu Solz in den Sand gefahren wurde. Am wenigstens äußerlich seine Niederlage zu bemänteln, suchte der Minister die Tatsachen auf den Kopf zu stellen, indem er behauptete, die Regierung befinde sich bei ihrem Vorgehen gegen die sozialdemokratischen Turnvereine in der Abwehr. Tatsächlich ist es bekanntlich gerade umgekehrt.

Die weitere Debatte, die sich völlig in Einzelheiten verlor und am Sonnabend fortgesetzt wird, war ohne allgemeines Interesse.

Ein bezeichnender Zwischenruf!

Zu den vielen Kundgebungen der letzten Monate und Wochen, die dem deutschen Proletariat wieder einmal die giftige Feindschaft der Junker und Scharfmacher gegen das Reichstagswahlrecht in seltige Erinnerung gebracht haben, ist bei Gelegenheit der Wahlrechtsberatungen im Herrenhause noch eine neue gekommen. Bei der Verhandlung im Plenum am Freitag voriger Woche fiel ein äußerst bezeichnender Zwischenruf bei der Rede des Oberbürgermeisters Kirchner, der leider in den Berichten der Presse nicht wiedergegeben worden ist. Herr Kirchner hatte gegen die junkerliche Behauptung polemisiert, daß eine Reform des Wahlrechts nicht nötig sei, weil in Preußen alles zum Besten bestellt sei. Seine freimütige Wohlwollendigkeit und sein preussischer Patriotismus erlaubten ihm nicht, die Lügenhaftigkeit dieser Behauptung nachzuweisen. So stimmte er ihr lieber stillschweigend zu und erklärte, daß die Entwicklung des Staates nicht bloß vom Wahlrecht abhängig sei. Die größten Fortschritte, so meinte er, habe Preußen unter dem Absolutismus gemacht. Stürmischer Beifall der Feudalen. „Aber,“ fuhr Herr Kirchner nun fort, „würden Sie deshalb zum Absolutismus zurückkehren wollen?“ Er hatte wohl eine Verneinung erwartet. Aber es kam anders. Ein lautes mehrstimmiges „Ja, jawohl!“ scholl ihm von den Bänken der Feudalen entgegen und seine Lippe regte sich zum Widerspruch.

Die Herrenhausjunkler haben in diesem Ruße ihre wahre Gesinnung gezeigt. Sie sind noch heute Feinde jeglicher Verfassung, sie würden noch heute, wo der Parlamentarismus selbst schon den Orient ergreift, gern zum Absolutismus zurückkehren. Allerdings ist dafür gesorgt, daß ihre reaktionären Träume nie wieder Wirklichkeit werden können. Daß aber bei solcher Gesinnung der Junker das gleiche Wahlrecht im Reich sofort erwirkt werden würde, sobald die Herren die Macht dazu hätten, das liegt auf der Hand. In Verbindung mit den Januschauerereien, den unerschämten Herausforderungen des freisonnerativen Scharfmachers v. Zedlitz und den Absagen der Nationalliberalen an das Reichstagswahlrecht — angeblich nur für Preußen, in Wahrheit auch für das Reich — gewinnt dieser freche Zwischenruf der Herrenhäuser seine ernste Bedeutung. Die deutsche Arbeiterklasse muß sich bewußt sein, daß sie über Nacht vor die Aufgabe gestellt werden kann, ihr wichtigstes Staatsbürgerrecht mit den äußersten Mitteln zu verteidigen.

„Keine Wahlrechtsreform in diesem Jahre.“

Wso überschreibt das Berliner Zentrumsblatt, die „Patriotische Volkszeitung“ ihren Artikel, worin sie den Abschluß der Beratungen in der Herrenhaus-Wahlrechtskommission meldet. Sie bezeichnet die Beschlüsse über die Dreiteilung und die „Kulturträger“ als erhebliche Verschlechterungen der Vorlage des Abgeordnetenhauses und schließt daran die Drohung, daß das Zentrum vom Kompromiß zurückzutreten werde, so daß eine ganz neue Mehrheit mit den Nationalliberalen gebildet werden müsse. Sogleich aber wird dem Zentrumorgan vor seiner eigenen Drohung lange und deshalb macht es die, so es angeht, darauf aufmerksam, konservative und Nationalliberale seien jetzt derart berärgert, „daß ein Zusammengehen kaum möglich sein wird.“ Aber im folgenden Satz heißt es dann schon wieder, daß, da die Nationalliberalen „aber sicher um dieses großen Vorteils willen einschließen ihr ohnehin sehr leichtes Bündel Prinzipien freudig über Bord werfen werden“, ein solches Zusammengehen schließlich nicht unmöglich wäre, „zumal viele Konservative unter dem Druck der Regierung stehen.“ Dann aber wäre die Verabschiedung der Wahlrechtsreform in diesem Sommer wohl kaum noch durchführbar. „Denn das würde ganz neue Verhandlungen im Abgeordnetenhaus voraussetzen, bei denen wir sehr kräftige Neuauflagen der letzten Debatten erleben würden.“

Nach diesem Hin- und Herböckeln zwischen „kaum möglich“, „sicher“, „nicht unmöglich“ verläßt das Blatt plötzlich in den Ton absoluter Gewißheit und erklärt kategorisch: „Unter diesen Umständen erscheint es als sicher, daß wir in diesem Jahre keine Wahlrechtsreform bekommen werden.“ Die heillose Konfusion dieser Ausführungen ist ein Spiegelbild der inneren Unsicherheit des Zentrums. Es möchte das Herrenhaus durch die Drohung mit dem Rücktritt vom Kompromiß zur Aufgabe der in der Kommission beschlossenen Änderungen zwingen, es hebt aber auch vor der Eventualität zurück, durch solche Drohung den Zusammenstoß der Konservativen mit den Nationalliberalen erst herbeizuführen. Es hat diese unbehagliche Lage durch seinen Wahlrechtsvertrag sichtlich hundertfach verdient. Bei der Beurteilung der Situation ist also nicht zu vergessen, daß die Versicherung des Zentrumsblattes, es werde die Wahlrechtsvorlage in diesem Jahre nicht mehr zustande kommen, nichts als ein taktisches Manöver ist.

Die „Korrespondenz Bot“ meldet, daß die Regierung mit der Arbeit der Herrenhauskommission zufrieden ist. Die Regierung befindet sich indes in einem schweren Irrtum, wenn sie jetzt die breitere Basis gefunden zu haben glaube, die nötig war, um die Mittelparteien zur Zustimmung geneigt zu machen, dies sei nicht der Fall, die Freikonserverativen und Nationalliberalen würden auch in der Herrenhausfassung dem Wahlgesetz nicht zustimmen. Beide Parteien hätten das bereits am Donnerstagnachmittag im Abgeordnetenhaus offen erklärt.

Das Ergebnis der Posener Reichstagswahl.

Bei der gestrigen Reichstagswahl im Posener Reichstagswahlkreise hat der polnische Kandidat mit großer Mehrheit gestiftet. Im ganzen wurden 84 300 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielten Kowicki (Pole) 30 059, Oberbürgermeister Dr. Wilms (natl.) 14 200 Stimmen. Es ergibt sich daraus, daß die Wähler der polnischen „Hospartei“ fast sämtlich der Aufforderung des Vorstandes ihrer Partei, in der Stichwahl für Kowicki zu stimmen, nachgekommen sind; denn bei der Hauptwahl haben Kowicki 11 487, Sosinski 6906 Stimmen erhalten. Fraglich ist jedoch, ob jetzt Kowicki der ihm von dem Parteivorstand auferlegten und von ihm halbonerkannten Pflicht nachkommen und sein Mandat niederlegen wird, um die Wahl Sosinski oder eines anderen Kandidaten der gemäßigten guildbürgerlichen Polenpartei zu ermöglichen. Kowicki hat nur halb zugesagt, daß er zurückzutreten will. Vielleicht findet er jetzt, daß ihm sein Wort nicht bindet und er sich besser zum Vertreter des Wahlkreises eignet als Sosinski.

Die Dispositionen des Reichstags.

Der Senatorenkonvent hielt am Freitag eine Sitzung ab, in der sich Anwille darüber kundgab, daß die Regierungskommissare in den Kommissionen zu schärferer Arbeit anzutreiben suchen. Da die Vertagung des Reichstags vor Pfingsten in Aussicht genommen ist, so wird von der Regierung der Versuch gemacht, einige Gesetze noch vorher durchzusetzen, so das Kaligesech, das Gesetz über die Entlassung des Reichsgerichts und die Reichswertzuwachsteuer. Am

Konvent wurde erklärt, es sei Sache des Reichstags, wie er seine Arbeiten betreiben wolle, darin habe die Regierung sich nicht zu mischen. Es ist beschloffen worden, daß am Sonnabend die nicht erledigten Punkte der Tagesordnung vom Freitag verhandelt werden sollen (Kriegsteilnehmerbestimmungen u. a.), am Montag sollen dann kleinere Vorlagen, wie das Gesetz über die kleinen Aktien, über den Konsulargerichtshof und die Konsulargebühren, ferner Petitionsberichte und die Verminderung der Druckkosten auf die Tagesordnung gestellt werden. Am Dienstag wird mit den Wahlprüfungen begonnen werden, die zwei Tage in Anspruch nehmen. Donnerstag, Freitag und Sonnabend soll die Berner Konvention, das Stellenvermittlungsgesetz, die Aufwandsausgaben für Südwestafrika und eventuell die Strafgesetzbuchnovelle beraten werden. Dann will man sehen, ob in der folgenden Woche noch die Entlassung des Reichsgerichts und die Zuwachssteuer erledigt werden können. Damit die Kommissionen längere Zeit arbeiten können, werden die Plenarsitzungen um 9 Uhr beginnen und am kommenden Donnerstag wird die Plenarsitzung ausfallen.

Ende nächster Woche wird der Senatorenkonvent noch einmal zusammentreten und über die Geschäftsfrage des Hauses beraten.

Die Zeugnisförmigkeit in der Bremer Lehrerzucht.

Wir haben schon vor einigen Tagen gemeldet, daß sich der Bremer Antiliberalismus bei der Lehrerzucht auch der Zeugniszwangsgesetze bedient. Am Donnerstag hat er sie noch fester angezogen. An diesem Tage nahm man den Buchhalter Freuthal, der zufällig bei der Abfassung des Gelehrten-Zeugnisgesetzes anwesend war, in Zwangshaft, weil er sich weigerte, einige Lehrer, die nach Ansicht der Behörde „mischuldig“ sind, namhaft zu machen. Freuthal wurde wegen derselben Weigerung schon vor einiger Zeit zu 200 Mark Geldstrafe, die später in 20 Tage Haft umgewandelt sind, verurteilt.

Diese neueste, brutale aller bisherigen Maßnahmen wird selbst in der bürgerlichen Presse, die im übrigen die Einleitung des Disziplinarverfahrens verteidigte, aufs Schärfste verurteilt.

Eine Privatbesuche meldet uns noch: Dem Buchhalter Freuthal ist bei weiterer Weigerung Gefängnisstrafe angedroht worden. Seine Frau, die bei der Sache gar nicht beteiligt war und von nichts weiß, hat zu Sonnabend nachmittags Vorladung erhalten. Freuthal hat die Zumutung, Angaben zu machen, mit der Bemerkung abgelehnt: „Ich weiß etwas, aber Euch sage ich nichts!“

Das staatsgefährliche Lied.

Der Gesamtvorstand des Sozialdemokratischen Vereins Breslau wurde am Donnerstag von der Polizei darüber benommen, wie das Lied „Wer schafft das Gold zu Tage“ auf das Programm des Stiftungsfestes gekommen ist. Bekanntlich ist gegen den Vorsitzenden ein Verfahren wegen Aufreizung in der gleichen Angelegenheit im Gange. Bei dem Drucker des Programms, der auch schon eine Vernehmung hatte, wurde außerdem die Belegmappe einer genauen Durchsicht durch Kriminalbeamte unterzogen. Allem Anschein nach will man einen Massen-Aufreizungsprozeß inszenieren.

Der betrogene Militärkäuf.

Wegen fortgesetzter militärischer Unterschleife hatte sich gestern der Sergeant Reckhoff vor dem Oberkriegsgericht des III. Armeekorps zu verantworten. Der Angeklagte war im Laufe der Jahre 1907 und 1908 Küchenunteroffizier für das 3. Bataillon des Pflücker-Regiments Prinz Heinrich von Preußen zu Brandenburg. Er hatte als solcher für die Bataillonsküche die Einkäufe und Bestellungen zu erledigen. Der Lieferant für das dritte Bataillon war der Kolonialwaren- und Mehlhändler Schröder aus Brandenburg. Die Warenlieferungen gingen in folgender Weise von statten: Die in der Küche zur Verwendung kommenden Waren wurden postenweise in ein Bestellbuch eingetragen. Eine Ordnung bringt dann dieses Buch nach dem Schröder'schen Geschäft und dort wurden die aufgeschriebenen Waren verpackt und durch einen Hausdiener stets nach der Kaserne geschickt. Die Eintragungen in das Bestellbuch besorgte der Küchenunteroffizier. Dem feinerzeit bei Schröder tätig gewesenen Handlungsgehilfen Henze war es nun aufgefallen, daß zahlreiche Posten in dem Bestellbuch gar nicht in die Kaserne geliefert, dagegen aber verrechnet wurden. Alle diese Posten waren in dem Buch mit einem Kreuz versehen. Kam das Buch in dem Schröder'schen Geschäft an, so versah Sch. die mit einem Kreuz versehenen Posten sofort mit einem Haken, ein Zeichen dafür, daß sie angeblich als geliefert anzusehen waren. Nach erfolgter Lieferung wurden dann die Eintragungen des Bestellbuchs in das Küchenverwaltungsbuch übertragen. Auf Grund der Bücher wurde ermittelt, daß beispielsweise statt 88 Kilogramm Kartoffelmehl nur 22 Kilogramm, statt 22 Kilogramm Zucker nur 10 Kilogramm, statt 18 Kilogramm Butter nur ein Kilogramm usw. geliefert wurden. Auch Posten größerer Warenlieferungen, die im Bestellbuch angekreuzt waren, sahen die Kaserne überhaupt nicht. Das Bataillon hatte 4—500 Mannschaften zu versorgen und auf solche Portionen verteilte sich das tägliche Ration der zu wenig gelieferten Waren. Das Oberkriegsgericht kam nach längerer Verhandlung zu einem Verurteilungsbeschluss. Es sollen für die nächste Verhandlung mehrere Sachverständige über die Zubereitung der Mannschaftsrationen sowie die Kochfrau geladen und die Menagebücher eines hiesigen Regiments zur Stelle geschafft werden.

Christlichsoziale Reichstagskandidaturen.

Die Christlichsozialen haben bereits ihre Kandidaten für die nächste Reichstagswahl aufgestellt — in Anbetracht der wenigen Wahlkreise, die für sie in Betracht kommen, freilich keine besonders schwierige Arbeit. In Weimar-Altenkirchen kandidiert Franz Bekrens-Offenbach; in Dillenburg-Westermald Dr. Kurt-Godtberg (beide gehören jetzt als Vertreter dieser Kreise dem Reichstage an); in Siegen-Wittgenstein-Biedenkopf die H. Mumm-Berlin; in Herford-Galle Generalsekretär Wilhelm Bolbaum-Bielefeld und in Erbach-Wendheim Stadtverordneter Otto Kappel-Dagen l. B.

Vom Zentrumsterrorismus.

Bei der hiesigen Landtagswahl hielt die sozialdemokratische Partei eine Wahlversammlung in dem nachher so berühmt gewordenen Gengenbach ab. An diesem Tage des jetzigen Zentrumsterrorismus Seubert gibt der Buchdruckerbesitzer Dechstein den unparteiischen „Anzigboten“ heraus. Die sozialdemokratische Einladung zur Versammlung wurde darin inoffiziell, als Thema war angegeben: „Der Volksverrat des Zentrums.“ Ein zweitesmal durfte die Anzeige mit dieser Bezeichnung der Tagesordnung nicht erscheinen, weil der Verleger mitteilte, daß ihm geschäftlicher Schaden in Aussicht gestellt worden ist. Anlässlich des vielgenannten Klotz-Prozesses teilten nun die als Zeugen benannten Herren Dechstein, Vater und Sohn, mit, daß der dortige Führer der Zentrumspartei, der jetzige Abgeordnete Seubert, im Geschäft erschien und die Besichtigung dieses Inserats wünschte, mit der Andeutung, daß viele Abonnenten das Blatt abbestellen würden, falls die auf das Zentrum bezüglichen Worte im Inserat stehen blieben. Herr Seubert setzte dann dem Verleger eine Erklärung auf, die in der Zeitung erscheinen und besagen sollte, daß jenes sozialdemokratische Inserat nur aus Versehen aufgenommen wurde. Diese Sünde Seuberts ist schlimmer als das Hochverbrechen in das Graubach.

Aus dem sächsischen Landtage.

Am Dienstag wurde über den sozialdemokratischen Antrag verhandelt, wonach alle Volksschulanten der Gemeindegemeinden betrogen, vom Staate übernommen werden sollen. Die Genossen Lange und Rißke begründeten den Antrag und betonten, daß er für die armen Gemeinden eine wahre Erlösung aus schlimmen finanziellen Nöten und eine Wiedergeburt der Volksschule in diesen Gemeinden bringen werde. Außerdem forderten unsere Redner die Beseitigung des Schulgelds. Die nationalliberalen und konservativen Redner sprachen sich gegen den Antrag aus, weil er eine Erhöhung der Staatssteuer zur Folge habe. Teilweise aus denselben Gründen wandte sich auch der Kultusminister dagegen. Obwohl von sozialdemokratischer Seite betont wurde, daß der Antrag keine neuen Steuern, sondern nur eine gerechte Verteilung der Lasten anstrebe, wurde der sozialdemokratische Reformversuch gegen die Stimmen unserer Genossen und der Freisinnigen abgelehnt.

Oesterreich-Ungarn.

Luegers Nachfolger.

Wien, 22. April. Der Gemeinderat wählte den ersten Vizebürgermeister Neumayer mit 129 von 146 zum Bürgermeister.

Dr. Neumayer, ein 65jähriger, müder Mann ohne Verwaltungstalent ist nur der Platzhalter für den gegenwärtigen christlichsozialen Handelsminister Dr. Weiskirchner.

Eine Bauern demonstration gegen die Getreidezölle.

Die größte Kunst der agrarischen Agitation besteht in der Verbindung der zwischen den Landwirten verschiedener Landesstellen und Betriebsgrößen bestehenden Interessengegenstände, der Mobilmachung auch der ganz entgegengelegten interessierten Bauern zugunsten der maßgebenden großen Getreideproduzenten. Die Viehzüchtenden Gebirgsbauern sind besonders auf billige Futtermittel wie auf niedrigen Vrotpreis angewiesen. So lassen die Gegenstände, die auch in der Haltung der hiesigen Alpenbauern gegen den Bund der Landwirte schon zutage getreten sind, sich nicht dauernd niederhalten. Eine starke Kundgebung dieser Art fand am 17. April in der steirischen Stadt Schladming statt, wo die Gebirgsbauern dem zur Verteidigung der Getreidezölle eingetroffenen Agrarierführer, Reichsratsabgeordneten v. Hohenblum, einen heißen Empfang bereiteten.

Wie die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ meldet, wurde Hohenblum auf dem Marktplatz von den Bauern mit Pfeiseln empfangen. Seine Versammlung wurde sofort gesprengt und er zum Rückzug in ein Nebenzimmer genötigt. Scharf trat ein bäuerlicher Abgeordneter, Pauly, gegen die Getreidezölle auf, die er eine Vöndierung der Gebirgsbauern zugunsten weniger böhmischer und ungarischer Großgrundbesitzer nannte. Wie könne die Alpenwirtschaft den Sprung des Joches von 1 Krone 50 Heller auf 8 Kronen 50 Heller für den Doppelzentner ertragen? Prof. Dr. Hofmeister teilte mit, er habe im Auftrage eines früheren Vöndbauministers Erhebungen veranstaltet, die eine solche Schädigung der Gebirgsbauern durch die Getreidezölle deutlich erwiesen. Freilich sei es gelungen, die Veröffentlichung seiner Feststellungen bisher zu verhindern. Bei der Abfahrt muhten Hohenblum und sein Anhang nochmals stürmische „Vertrauenskundgebungen“ ihrer bäuerlichen Schützlinge über sich ergehen lassen.

Der Wurm sitzt also im Innern des agrarischen Gebäudes. Da auch die Protestbewegung der städtischen Arbeiterschaft immer stärker wird und selbst die geduldeten Schächler der christlichsozialen Partei der Städte gegen die endlose Vergünstigung der Großgrundbesitzer auf Konsumentenlasten aufzumachen beginnen, so scheint es, als sollten auch in Oesterreich die agrarischen Wäme doch nicht in den Himmel wachsen. Rahe genug sind sie freilich schon.

Frankreich.

Ein Wahlmandat.

Paris, 22. April. Aus Angers wird gemeldet: Der gemäßigt republikanische Kammerkandidat Monbrofit erzählte in einer Wählerversammlung, daß ihm unter dem Ministerium Combes ein Abgeordnet der Regierung die Ehrenlegion versprochen, wenn er 50 000 Franc für regierungsfreundliche Zeitungen herbeibringe. Da Monbrofit durch diese Enthüllung augenscheinlich die radikale Partei bloßstellen wollte, hat sein radikaler Gegner Barot an den Großkanzler der Ehrenlegion die Anzeige wegen Verletzung und Ordensschänders gerichtet, um die Angelegenheit aufzuklären.

England.

Sturmjener.

London, 21. April. Unterhaus. Eine Szene wilderster Aufregung ereignete sich heute während einer Debatte über das Verhalten Sir Robert Andersons, des früheren Chefs der Geheimpolizei, dessen kürzlich im „London Magazine“ erschienene Artikel über das Thema „Parnellismus und Verbrechen“ Aufsehen erregten. Der Unionist Campbell machte im Verlauf seiner Rede eine Bemerkung, die dahin gedeutet wurde, als sei es trotz der Entscheidung der Parnell-Kommission noch eine offene Frage, ob Parnell mit den berüchtigten Phönixpark-Mördern in Verbindung gestanden habe. Die Nationalisten und Ministeriellen forderten augenblicklich die Zurücknahme dieser Verdächtigung. Campbell erklärte sich zu einer bedingten Zurücknahme bereit, was gesteigerte Unruhe hervorrief. Der leitende Chairman, dessen Intervention angerufen wurde, erklärte, Campbell habe nichts gesagt, das zurückzunehmen er gezwungen werden könnte, aber nach seiner Meinung sei es allerdings unnötig aggressiv gewesen. Mit Rücksicht auf ihre in diesem Punkt empfindlichen Gefühle lebten die Nationalisten es ab, sich mit weniger als einem vollständigen Widerruf zufrieden zu geben und verlangten, man solle nach dem Sprecher schiden. Hierauf erklärte sich Campbell bereit, den Befund der Parnell-Kommission zu akzeptieren, aber die Nationalisten wollten diese Erklärung nicht annehmen und der Lärm dauerte fort. Von dem, was Campbell weiter sprach, war kein Wort zu verstehen. Der Lärm dauerte auch an, als der Chairman, der sich weigerte hatte, nach dem Sprecher zu schiden, das Haus ersuchte, Campbell zu Worte kommen zu lassen. Die Nationalisten verlangten, der Chairman solle Campbell hinausweisen lassen, der Chairman erklärte aber, ein Hinweis auf den toten Parnell sei für kein annehmendes Mitglied des Unterhauses eine Beleidigung. Die Nationalisten widersprachen und Redmond tief leidenschaftlich: „Wir halten es für eine Beleidigung!“ (Beifall bei den Nationalisten.) Hierauf wurde ein Antrag Churchills, die Debatte zu schließen und der Szene ein Ende zu machen, angenommen und die Sitzung vertagt.

Rußland.

Schulausgaben.

Petersburg, 22. April. Die Reichsduma hat heute ohne Debatte die Vorlage angenommen, welche 10 Millionen für das Elementarschulwesen bewilligt, außer den für diesen Zweck im Etat des Ministeriums für Volkswirtschaftung eingestellten 4 Millionen, nachdem der Referent darauf hingewiesen hatte, daß

im Jahre 1920 der Plan der allgemeinen Volksschulbildung Verwirklichung finden werde. Daraus verlagte sich das Haus bis zum 9. Mai.

Türkei.

Der Aufstand in Albanien.

Konstantinopel, 19. April. (Sig. Ver.) Der Aufstand in Albanien trägt lokalen Charakter. Die Grundursache, warum das albanische Volk so leicht aufstodert, ist seine Armut. Die Regierung hat dem Volke neue Steuern aufgelegt — zum Beispiel für die Benutzung der Wege und der Märkte —, weil solche Steuern auch in Europa existieren. Aber in Europa gibt es wirklich Wege und wohlgeordnete Städte, von denen in Albanien keine Spur zu sehen ist. Wenn die Regierung, anstatt Tausende von Soldaten nach Albanien zu schicken und ungeheure Geldsummen dafür auszugeben, diese Mittel für Organisierung öffentlicher Arbeiten verwendet hätte, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Albaner, die dann bei sich zu Hause Arbeit hätten, vollständig ruhig und friedlich wären. Tausende von Albanern legen viele Hunderte von Kilometern zu Fuß zurück, um in Griechenland Arbeit zu suchen. Und sie arbeiten dort meist für 1 Krone 20 Heller Tagelohn. Die türkische Regierung hat seit der Einführung der Konstitution für die Verbesserung der Lage der Bevölkerung weder in Albanien noch in einem anderen Orte etwas getan. Sie ist nur damit beschäftigt, die Autorität der Regierungsgewalt zu befestigen. Dagegen kann man bei türkischen Verhältnissen gewiß nichts haben. Aber leider handelt es sich darum, daß die Regierung die „Autorität der Gewalt“ als Selbstzweck betrachtet und nicht als etwas, das im Interesse des Volkes notwendig wäre.

Die Regierung hat beschlossen, in bezug auf die Albaner schonungslos zu sein, weil sie geneigt ist, in der gegenwärtigen Bewegung nur nationalistische Tendenzen zu sehen. In der Tat aber hegen die Albaner keine separatistischen Bestrebungen und die neue Regierung hat sich keine der Verdachtsrichtungen der Regierung des alten Regiments angeeignet und auch ihre Motive, überall „Ränke gegen die bestehende Ordnung“ zu sehen. Es wird auch vermutet, daß in der albanischen Bewegung „fremde Einflüsse“ eine große Rolle spielen; man spricht sogar von „Intrigen Oesterreichs“. Andererseits werden Gerüchte verbreitet, als ob die Albaner, verhäßtelt von Hamid, sich nicht mit dem neuen Regime veröhnen könnten. Das ist Unsinn! Es waren nur sehr wenige Leute in dem Halls, von Hamid verhäßtelt zu werden, und sie haben auf die Bevölkerung keinen Einfluß. Alle diese Erzählungen werden nur mit der Absicht verbreitet, um den wahren Charakter der Bewegung und die Absichten der Regierung zu verdunkeln. Diese ist beunruhigt über die Tatsache, daß die Albaner bewaffnet sind, und sucht Vorwände, um sie entwaffnen zu können. Aber dieser Wunsch der Regierung ist weder gerecht noch zweckmäßig. Die Albaner haben sich im Laufe ihrer ganzen Geschichte nie von ihren Waffen getrennt. Außerdem sind alle ihre Nachbarnationen bewaffnet und die Entwaffnung irgendeiner dieser Nationalitäten hätte ihren Untergang bedeutet.

Amerika.

Der Sieg in Milwaukee.

New York, 11. April. (Sig. Ver.) Der Sieg unserer Genossen bei den am 6. d. M. in Milwaukee Wis., abgehaltenen städtischen Wahlen ist über Erwarten glänzend. Sie brachten ihre Kandidaten für die wichtigsten Ämter der Stadtverwaltung durch, erlangen die Mehrheit im Common Council (Stadtrat) und besetzten die drei vakanten Richterstellen mit den sozialistischen Bewerbern. Die Genossen Emil Seidel, Carl P. Dieck und Charles Whithall treten als Mayor (Oberbürgermeister), als Comptroller (Chef des Finanzwesens) und als Schatzmeister an die Spitze der städtischen Verwaltung.

Wie bei fast allen amerikanischen Wahlen entschied auch gestern in Milwaukee die relative Mehrheit. Eine absolute Mehrheit ist nicht erforderlich. Das vermindert die Bedeutung des gestrigen Erfolges nicht. Während des Jahrzehnts von 1898 bis 1908 stieg die sozialistische Stimmenzahl für den Kandidaten von 2414 auf 20 887. Von Wahl zu Wahl war eine Zunahme zu verzeichnen. Bei einem gleichen Wachstum war heute ein Sieg unserer Genossen zu rechnen. Aber das Genosse Seidel 27 622 Stimmen erhaltend und damit den Demokraten W. J. Schönedeker, der 20 518 Stimmen erhielt, um über 7000 und den Republikaner Dr. John W. Bessel mit dessen 11 992 Stimmen gar um über 18 000 Stimmen überflügeln und bis auf einige tausend Stimmen der absoluten Mehrheit nahekommen würde, überraschte selbst unsere Genossen und wirkt im ganzen bürgerlichen Lager niederschmetternd.

Von den 28 Stadtratmitgliedern fielen den Sozialisten 14 zu, so daß sie jetzt die Majorität im Stadtparlament Milwaukee haben. Selbst die Koalition der Demokraten und Republikaner in verschiedenen Bezirken vermag den Sieg der Sozialisten nicht aufzuhalten. Ähnliche sieben neuwählten Aldermen at large gehören der sozialistischen Partei an. (Während die Aldermen in Bezirkswahlen erlosen werden, erfolgt die Wahl der Aldermen at large durch die Stimmberechtigten der ganzen Stadt.) Einer der Aldermen at large ist der den Berliner Genossen bekannte Gen. Victor Berger. Auch der Board of Supervisors (Aufsichtsbehörde) ist jetzt in seiner Mehrheit sozialistisch; 11 seiner Mitglieder sind Sozialisten 2 Republikaner und 2 Demokraten. Der neuwählte Stadtmayor ist ebenfalls ein Sozialist, und bei der Reorganisation der Polizei, der Sanitätsbehörden, Kommissäre für öffentliche Arbeiten und so weiter werden die bisherigen Amtsinhaber der höheren Stellen fähigeren und christlicheren Anwärtern weichen müssen.

Erzielt wurde dieser großartige Erfolg durch eine geschickte Kampagne unserer beiden Milwaukee Wochenblätter (ein deutsches und ein englisches), durch eine zielbewusste und großartige Wahlpropaganda, die um so wirkungsvoller sich gestaltete, als sie auf die auch von den christlichen Gegnern anerkannte Tätigkeit der bisherigen sozialistischen Arbeiter im Stadtrat verweisen konnte. Die sozialistischen Stadträte hatten sich als unbedingte Sachwalter der arbeitenden Bevölkerung und entschiedene Gegner jeder Korruption und Verschwendung, als wadere Förderer aller sozialen Fortschritte und echter Kulturbestrebungen, im besonderen des Volksschulwesens, betätigt. An der ebernen Macht dieser Tatsache praktiken die Verleumdungen der Gegner ab, die sich nicht entblödeten, sogar gegen die Frau des künftigen Mayors ihre vergifteten Pfeile abzuschießen. Gegenüber dem Anschauungsunterricht der Erfahrung verlagten in diesem selbst die Agitationsmethoden der Geschorenen und Geschickelten, die wochenlang allsonntäglich von den Kanzeln gegen die „roten Teufel“ weiterliefen.

In ihrer großen Mehrzahl sind die Amerikaner Erfolgswörter. Darum darf man erwarten, daß der Ausfall der gestrigen Wahl in Milwaukee, einer Stadt von 850 000 Einwohnern, auch in anderen Teilen der Vereinigten Staaten eine günstige Wirkung ausübt.

Genosse Seidel, der neuwählte Oberbürgermeister, steht im 45. Lebensjahre. In Pennsylvania geboren, kam er im Alter von 13 Jahren bei einem Holzschlepper in die Lehre. Anfangs der achtziger Jahre arbeitete er in Berlin. In der deutschen Reichshauptstadt wurde er Sozialdemokrat. Gegenwärtig ist er in Milwaukee als Redakteur tätig. Dem Stadtrat gehört er schon seit einer Reihe von Jahren an. Seiner Tätigkeit sollte der Republikaner S. M. Becker, der in der Periode 1906 bis 1908 Oberbürgermeister von Milwaukee war, nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses gestern hohes Lob. Er sagte: „Seidel war schon während meiner Amtszeit als Mayor Mitglied des Stadtrats. Er entwickelte eine sogleichige Tätigkeit. Unter seiner Verwaltung gibt es keine Durchschereien.“

Reichstag.

70. Sitzung vom Freitag, den 22. April, mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Waderzapp, Vermuth. Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation Wassermann u. Gen. (nati.) betreffend das Eisenbahnunglück bei Mülheim a. Rhein.

Sie hat folgenden Wortlaut: „Was gedenkt der Herr Reichsminister zu tun, um die Wiederkehr von Eisenbahnunfällen, wie dasjenige bei Mülheim an Rhein zu verhindern und die Opfer derselben oder ihre Familien zu entschädigen?“

Zu ihrer Begründung erhält das Wort Abg. Dr. Semler (nati.): Bei einer Mobilmachung sind die Eisenbahnen von Militärzügen überlastet; man denke sich in einer solchen Zeit ein Verlegen der Eisenbahn und das Eintreten ähnlicher Unglücksfälle wie das Mülheimer, und man erkennt sofort, daß der Reichstag an diesem Unglück nicht vorübergehen kann.

Dann wandte sich der preussische Eisenbahnminister der Frage der Verhütung solcher Unfälle zu. Hier aber war er wenig überzeugend, als er sich gegen eine automatische Bremse wandte und ausführte, er werde fortfahren, den entscheidenden Wert auf die Heranbildung eines tüchtigen Lokomotivpersonals und Förderung ihrer moralischen Qualitäten zu legen.

Präsident des Reichseisenbahnamts Waderzapp: Zunächst habe ich dem Gefühle der Anteilnahme der Verbündeten Regierungen für die Verunglückten Ausdruck zu geben, die Verbündeten Regierungen beklagen auf das tiefste den tragischen Verlust so vieler blühenden Menschenleben, und bei so vielen anderen die schwere Schädigung ihrer Gesundheit und Erwerbsfähigkeit.

Die Feststellungen unserer Kommissare stimmen mit denen der preussischen Eisenbahnverwaltung: der Bahnhof Mülheim ist ein in wahren Sinne des Wortes vollkommene Anlage. Die Ursache des Unfalls kann ich als bekannt voraussetzen; bemerken will ich auf die diesbezügliche Frage des Abg. Semler, daß die Zwischenzeit beider Züge 10 Minuten betrug.

Die Feststellungen unserer Kommissare stimmen mit denen der preussischen Eisenbahnverwaltung: der Bahnhof Mülheim ist ein in wahren Sinne des Wortes vollkommene Anlage. Die Ursache des Unfalls kann ich als bekannt voraussetzen; bemerken will ich auf die diesbezügliche Frage des Abg. Semler, daß die Zwischenzeit beider Züge 10 Minuten betrug.

Kleines feuilleton.

Mark Twain. Wenn wir uns amerikanischen Humor vorstellen wollen, so müssen wir an Mark Twain denken, des einzigen amerikanischen Humoristen, der auch in Europa, besonders in Deutschland Geltung gewonnen hat.

Samuel L. Clemens — so hieß der spätere Schriftsteller mit seinem angelegentlichsten Namen — war am 30. November 1835 in der kleinen Stadt Florida im gleichnamigen Staate der Union geboren.

Wenn man von etwas behauptet, es passe wie die Faust aufs Auge, so kann man auch sagen, es passe wie der „Faust“ auf den Sounod. Dessen „Margarete“ wieder einmal zu hören, dazu gab uns am Donnerstag die Volks-Oper Gelegenheit.

motivführers erlahmen muß, ist unrichtig; ebensowenig ist die Strecke mit Jügen überlastet. Auch kann bei dem Unfall eine Ueberlastung des Lokomotivführers nicht in Frage kommen, da er erst 4 Stunden 40 Minuten im Dienst war, davon 3 1/2 Stunden auf der Maschine, und zwar nach einer Ruhepause von 1 1/2 Stunden.

Auf Antrag des Abg. Wassermann wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten. Abg. Dr. Weder-Köln (Z.): Auf die Ursachen des Unglücks einzugehen erübrigt sich nach der eingehenden Verhandlung im preussischen Abgeordnetenhaus.

Abg. v. Nichtshofen (L.): Nach der gründlichen Besprechung der Angelegenheit im preussischen Abgeordnetenhaus konnte man der Meinung sein, daß keine Veranlassung vorlag, die Sache auch hier zu besprechen.

Abg. Eichhoff (fortsetz. Sp.): Ich bin dem Abg. Semler und seinen Freunden für die Einbringung der Interpellation dankbar und stimme mit dem Vorredner überein, daß der Reichstag den Verletzten seine Sympathie ausdrückt.

Wie eine Witz aus heiterem Himmel hat uns alle am 30. März die Kunde von dem traurigen Unglück überrascht. Besonders alle

die, welche wußten, daß der Bahnhof in Mülheim ein ganz moderner, erst seit kurzem in Betrieb befindlicher Bahnhof war. Es war begreiflich, daß die rheinischen Zentrumsabgeordneten eine Interpellation im preussischen Abgeordnetenhaus einbrachten, welche Maßnahmen die Verwaltung zu treffen gedenke, um der Wiederholung solcher Unglücksfälle vorzubeugen.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 11. April hat sich der nationalliberale Abg. Schmieding gleichfalls dazu geäußert und sich sehr anerkennend über die vorhin schon erwähnte Rede des Ministers ausgesprochen.

daraus zu schlagen. Und hätte gar drüben im Dreiklassenhaus ein Redner unserer Fraktion so ähnlich gesprochen, wie Herr Schmieding unter dem Beifall seiner Freunde, so hätte ich Ihre moralische Entrüstung hören wollen, wie Sie uns vorgehalten hätten, daß selbst ein so besonnenes Mitglied dazu dienen müsse, uns Agitationsstoff zu liefern.

die Volksgunst zu gewinnen angeht die kommenden Wahlen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es kommt eben für Sie in Frage, Ihre Blaskünden vergessen zu machen.

Es ist ja wirklich der Topos des Unrechten, was aus Goethes „Faust“ zwei französische Textautoren gemacht haben. Nicht einmal ihrem Titel sind sie durch eine wirkliche Neubildung des Dramas von der Greifenfigur aus gerecht geworden.

Das Publikum aber sollte nicht durch Hineinklatschen in die Musik den Direktor in den Verdacht eines äußeren Nachhelfens bringen.

Rahmen der bürgerlichen Moral bewegen, wird er eine literarische Nummer ersten Ranges. Der Abenteuer von einst gedehnte lange zur guten amerikanischen Gesellschaft und seine Einnahmen konnten sich fogar drüben heben lassen.

Seine kurzen Skizzen und vielleicht auch einige seiner längeren Erzählungen (außer einer zwölfbändigen Ausgabe bei Zug ist ein einzelnes bei Neclan, Meyer, Hesse erschienen) werden ihn wohl noch eine Zeitlang überleben.

Eine ausgegrabene Stadt. Die Ausgrabungen in Ostia, der alten Hafenstadt von Rom, erregen gegenwärtig in Italien das größte Interesse. Professor Luciani hat über das, was bisher zu Tage gefördert wurde, sehr interessante Mitteilungen gemacht.

Wenn man von etwas behauptet, es passe wie die Faust aufs Auge, so kann man auch sagen, es passe wie der „Faust“ auf den Sounod. Dessen „Margarete“ wieder einmal zu hören, dazu gab uns am Donnerstag die Volks-Oper Gelegenheit.

Es ist ja wirklich der Topos des Unrechten, was aus Goethes „Faust“ zwei französische Textautoren gemacht haben. Nicht einmal ihrem Titel sind sie durch eine wirkliche Neubildung des Dramas von der Greifenfigur aus gerecht geworden.

Das Publikum aber sollte nicht durch Hineinklatschen in die Musik den Direktor in den Verdacht eines äußeren Nachhelfens bringen.

Das Publikum aber sollte nicht durch Hineinklatschen in die Musik den Direktor in den Verdacht eines äußeren Nachhelfens bringen.

Das Publikum aber sollte nicht durch Hineinklatschen in die Musik den Direktor in den Verdacht eines äußeren Nachhelfens bringen.

Das Publikum aber sollte nicht durch Hineinklatschen in die Musik den Direktor in den Verdacht eines äußeren Nachhelfens bringen.

Das Publikum aber sollte nicht durch Hineinklatschen in die Musik den Direktor in den Verdacht eines äußeren Nachhelfens bringen.

Das Publikum aber sollte nicht durch Hineinklatschen in die Musik den Direktor in den Verdacht eines äußeren Nachhelfens bringen.

sachverständiger Seite gelobten Anlage die Interessen des einflussreichen Nabelwerks mitzuspielden haben. — Jeder Kenner der einschlägigen Verhältnisse kennt die

Überlastung dieser Strecke.

Seit langem sind Vorschläge zur Entlastung gemacht worden, und es sind dabei sehr beachtenswerte und voranschreitend auch recht rentable Projekte aufgetaucht; der Eisenbahnstapel scheint sich aber auf nichts einlassen und eventuell der Privatindustrie den Vorrang lassen zu wollen, die u. a. eine Schnellbahn Köln-Düsseldorf-Dortmund plant.

Das heroische Verhalten der Arbeiter des Nabelwerks bei der Hilfeleistung ist allgemein anerkannt worden. Dagegen sind schwere Mängel über das späte und zum Teil verspätete Eintreffen der Sanitätswagen der Bahnbetriebsverwaltung eingelaufen. So schreibt der nationalliberale „Kölnische Lokal-Anzeiger“ mit Recht: „Die Bahnhöflichen Sanitäts-Einrichtungen haben völlig versagt (Lebhafter Hörl hört bei den Sozialdemokraten). Verwunden und Entzündung hat auch die Pflanzheit erregt, mit der man zum Teil den Angehörigen der verunglückten Soldaten die amtliche Mitteilung hat zugehen lassen.“

Die „Kölnische Zeitung“ hat anlässlich der Katastrophe geschrieben: „Die schweren 40 Tonnenwagen haben sich glänzend bewährt.“ Unser „Kölnischer Arbeiter“, die „Rheinische Zeitung“, bemerkt dazu mit Recht, daß hier zwei Welten aufeinanderstößten. In dem Zuge, der unbeschädigt davonkam, saßen die Leute, bei denen die blauen oder gar die braunen Kapfen losgerissen, als bei anderen Leuten die Großkissen (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.); in dem zertrümmerten Zuge saßen die Schiene des Wagens, deren Räder nicht das Geld hatten, um sie einjährig dienen zu lassen. (Erneute lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist bestritten worden, daß die zerstückelten Wagen — ich hätte selbst Gelegenheit, sie zu sehen — alten Kasten gleichen; der Vergleich würde — natürlich — als „Uebertreibung“, „sozialdemokratische Hege“ ufm. bezeichnet. Dem gegenüber bemerke ich, daß offiziell zugegeben werden mußte,

Daß die Wagen 17, 19, 20 Jahre im Gebrauch waren.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine Zuschrift an die „Rheinische Westfälische Zeitung“ wendet sich mit Entschiedenheit gegen die Benutzung solcher alterstümlicher Wagen bei Militärzügen und die Redaktion das belänlich alles andere eher als sozialistischen, vielmehr kramm scharfmarke-rischen Plattes spricht ihre Zustimmung bei der Zuschrift aus. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es muß verlangt werden, daß für Eisenbahnwagen genau so, wie für Kriegsschiffe, eine bestimmte Maximallebensdauer festgesetzt wird. Ich will bei dieser Gelegenheit bemerken, daß man in

ganz besonders miserablen und zerbrechlichen Wagen die ausländischen Arbeiter befördert, mit denen man — wohl aus Patriotismus — von kapitalistischer Seite das Ruhrrevier über-schwemmt.

Eine Menge von Zuschriften sind mir anlässlich der Rülheimer Katastrophe zugegangen. Zuschriften, die auf die Eisenbahn-zugriffe in jenem Industriegebiet ein eigenartliches Licht werfen. Meine Freunde Gué und Stolle haben bei verschiedenen Gelegenheiten auf die Mängel im Eisenbahnbau hingewiesen. Es gibt verkehrreiche Wohnhöfe in Rheinland-Westfalen, auf denen die Reisenden, um zu ihrem Bahnhöfen zu gelangen, 3, 4, 5 Bahn-gelisse passieren müssen, ohne daß man bisher an Untertun-nelung gedacht hat. Die Kollegen vom Zentrum, Herr Euler, Herr Weder, werden mir bestätigen, daß die Kölnischen Sonntagsaus-flügler geradezu gewohnheitsmäßig in

erbärmliche Viehwagen

hineingepfercht werden. (Hört! hört!) Von der Überfüllung des Rülheimer Anglücksbahnhofes habe ich mich mehr als einmal an Sonntagen überzeugen können. Wenn dann Katastrophen sich ereignen, dann werden Sündenböcke herausgesucht. Da werden dann übermüdete, abgehegte Beamten verurteilt; die un-bestechliche Volkstimme aber bezeichnet als den wirklich Schuldigen das ganze System. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dieses System der falschen Sparpolitik — ich wähle absichtlich keinen schärferen Ausdruck — trägt die Hauptschuld an der Rül-heimer wie an so vielen vorausgegangenen Katastrophen. Auch hier kann ich mich auf Ausführungen eines nationallibe-ralen Blattes, des „Kölnischen Stadt-Anzeigers“, berufen. Der „Kölnische Stadt-Anzeiger“ schrieb u. a.: „Aus über angebrachter Sparpolitik verwendet man Zugführer zu Schaffnerzwecken. — Man beauftragt die Zugführer zum Schaden ihrer wirklichen und wichtigen Aufgaben damit, zu verhindern, daß unbefugte Musik in den Zügen gemacht wird.“ In höchst überflüssiger Weise verwendet man eine Anzahl Beamtenkräfte auf Revisionen. Auf einem Bahnhöfe laufen etwa 12 Revisoren herum, die man spöttischer Weise die 12 Apostel nennt. (Weiterkeit.) Während so auf der einen Seite unnütz Arbeitskraft verschwendet wird, nimmt man auf der anderen Seite die Arbeitskraft in unmäßiger Weise in Anspruch. Es ist kein Zufall, daß die Durchschnitts-lebensdauer der Lokomotivführer eine so kurze ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Und ist nun etwa die Finanzlage der preussischen Staatsbahn so, daß sie eine derartige Ausdehnung der Arbeitskraft rechtfertigt? Man lese doch die Rheinischen Finanzberichte, die mit pomphaften Zahlen die Rentabilität und die Ueberflüsse der Staatsbahnen preisen. Und ich weise besonders auf eine Stelle im letzten Erfolge hin, in der es heißt: „In diesem Jahre ist es gelungen, die Ausgaben zu vermindern.“ (Lebhaftes Hörl hört! bei den Sozialdemokraten.) Natürlich bezeichnet hier das Stenogramm des Abgeordnetenhauses „Lebhaftes Bravo!“ Wenn nur Geld herausgequillt wird, scheint den Herren die Ge-fährdung der Passagiere, von der Ueberfüllung der Beamten und Arbeiter ganz zu schweigen, gleichgültig zu sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Was die technische Verhütung solcher Unglücksfälle betrifft, so glaube ich denn doch trotz aller gegenseitiger Behauptungen, daß es bei dem heutigen hohen Stande der Technik möglich sein wird, entsprechende Maßnahmen zu treffen bezw. entsprechende Apparate zu konstruieren.

Ein paar Worte zur Entschuldigungsfrage. Ich hoffe, daß diese Frage so geregelt wird, wie es sich angesichts ihrer Er-nährer herabter Familien ziemt. (Sehr wahr! bei den Sozial-demokraten.) An Nachrufen, Symphoniefeierlichkeiten und Wei-leidsbezeugungen für die verunglückten Soldaten hat es ja nicht gefehlt. Aber wichtiger als die Lorbeerkränze ist es, den Familien der Verunglückten eine wirtschaftliche Sicherstellung zu gewähren, ihnen, von denen viele in den Opfern dieser Kata-strophe ihre künftigen Ernährer verloren haben. (Lebhafter Bei-fall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident des Reichseisenbahnnamts Wackerzapp sucht die Vor-würfe des Abg. Pöngsach zu entkräften. Es sei ausgeschlossen, daß die Linienführung beim Bahnhof Rülheim im Interesse des Nabelwerkes erfolgt; auch seien die Wagen des Militärzuges keineswegs alte Kasten gewesen, sondern drei- und vierachsige, also neue moderne Wagen.

Seheimer Oberbaumeister Nibel legt dar, wie die technischen Anlagen beim Bahnhof Rülheim beschaffen sind, die er für be-triebstechnisch vollkommen einwandfrei hält.

Abg. Kalle (Wirt. Ver.): Auch wir erklären unsere Sympathie mit den Opfern des Unglücks und hoffen, daß solche Unfälle sich nicht wiederholen werden. Im übrigen war die Interpellation unnötig.

Abg. Seyda (Vole): Auf die Motive der Interpellanten bei der Einbringung der Anfrage gehe ich nicht ein; jedenfalls genügt dazu das allgemeine menschliche Mitleid. (Lebhafteste Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Den Opfern des Unglücks spreche meine politischen Freunde ihre Sympathie aus, um so mehr, als eine Reihe meiner Landsleute darunter waren, die fern von ihrer engeren Heimat ihrer Militärpflicht genügen. (Lebhaftes Bravo! bei den Polen.) — Ueber die Ursachen des Unglücks kann der

Richtschmann kein Urteil abgeben; wenn es aber wirklich durch die Unvorsichtigkeit eines einzigen Beamten herbeigeführt ist, so deutet das auf einen Fehler in der Organisation; es muß möglich sein, dafür zu sorgen, daß der Fehler eines einzelnen nicht so verhängnisvolle Folgen haben darf. (Sehr richtig! bei den Polen.)

Abg. Werner (Antisemit) schließt sich den Ausführungen des Abg. Kalle an.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Dem Kollegen Pöngsach, der uns wahrhaftige Motive für die Einbringung der Interpellation unter-schied, sage ich nur, man sucht niemanden hinter der Tür, wenn man nicht selbst dahinter steht. (Sehr richtig! bei den National-liberalen.) Die Interpellation haben wir hier eingebracht, nicht im Abgeordnetenhaus, weil es sich hier keineswegs um eine preussische Angelegenheit handelt. Daß ein solcher Zusammenstoß am hellen Tage möglich war, deutet — darin hatte Herr Seyda ganz recht — auf einen Mangel in der Organisation; man wußte, daß in 10 Minuten der durchfahrende Zug kommen sollte. Da konnte man einige Weichensteller entsenden, daß der Zug unter allen Umständen zum Halten gebracht würde. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Marx (Z.) erklärt, daß die preussische Eisenbahn-verwaltung an dem Unfall keine Schuld treffe; allerdings sei die Bahn-anlage in Rülheim nicht so übersichtlich, wie man es wünschen möchte.

Abg. Pöngsach (Soz.): Der Präsident des Reichseisenbahn-amtes hat behauptet, von alten Kasten könne man bei den Wagen des Militärzuges nicht reden. Demgegenüber bemerke ich, daß nach einer Zuschrift aus Eisenbahnkreisen der eine Wagen 1890, ein anderer 1891 und ein dritter 1893 gebaut war; Wagen, die 17, 19 und 20 Jahre alt sind, kann man wohl als alte Kasten be-zichnen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Ebenso ist es richtig, daß nach der Zuschrift eines pensionierten Lokomotiv-führers der Zugführer des Hohenpreyhauses gemäß seiner In-struktion die Signale zu beobachten hat; wäre dies geschehen, so hätte er den Lokomotivführer rechtzeitig warnen können. Herrn Kalle erwidere ich, daß ich den Nationalliberalen nicht partei-politische Motive untergeschoben habe, sondern daran erinnere habe, wie oft das uns gegenüber geschehen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident des Reichseisenbahnnamts Wackerzapp: Die von Herrn Pöngsach angeführten Zahlen über die Bauzeit der Wagen sind richtig; aber am meisten beschädigt sind Wagen neuester Kon-struktion. — Der Zugführer ist zur Beobachtung der Signale nur verpflichtet, soweit das sein Dienst zuläßt. Damit schließt die Besprechung. Hierauf vertagt sich das Haus.

Der Präsident Graf Schwerin schlägt vor, die nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr abzuhalten und die Veteranenbeihilfe zu beraten.

Abg. Windewald (Wirtsch. Vg.) und Dr. Trendl (Rp) beantragen, schon um 1 Uhr zu beginnen.

Dieser Antrag wird abgelehnt. Die nächste Sitzung findet also statt Sonnabend 2 Uhr. (Veteranenbeihilfe.) Schluß 8 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

55. Sitzung vom Freitag, den 22. April, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Trott zu Solz.

Die zweite Beratung des

Kultusetats

wird beim Elementarunterrichtswesen beim Kapitel „Schulaufsicht“ fortgesetzt.

Abg. Korsantj (Vole): Die Herren Hedentoth und Schwabach sind gestern für die Erteilung des Religionsunterrichts an Litauer in ihrer Muttersprache eingetreten. Ich hoffe, daß Sie nun auch unserer Forderung zustimmen werden, daß die polnischen Kinder Religionsunterricht in polnischer Sprache erhalten. Oder sollten die beiden Herren etwa ihre sonstigen Prinzipien geändert haben, weil sie zufällig litauische Wählerkreise vertreten? (Sehr gut! bei den Polen.)

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Den gestrigen Ausführungen des Herrn Ministers gegenüber möchte ich feststellen, daß die deutsche Turnerschaft und die kon-fessionellen Jugendorganisationen bereits auf ein recht ehr-würdiges Alter zurückzuführen, und die Arbeiterturnvereine sind ledig-lich Abwehrversuche gegen den von jenem sogenannten patriotischen Turnverein unternommenen Versuch, die Jugend der Arbeiter-schaft davon abzuhalten, ihre Interessen in der ihnen zweck-mäßig erscheinenden Weise zu betätigen. Schon zur Zeit des Sozial-istengesetzes hat die deutsche Turnerschaft in fanatischer Weise gegen die Sozialdemokratie Stellung genommen und sie hat sich jeden aus-geschlossen, der einem sozialdemokratischen Verein angehört.

Präs. v. Kröcher: Das hat mit der Schulaufsicht nichts zu tun.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Ich beabsichtige, den Charakter dieser Turnvereine darzulegen, um daraus zu folgern, daß die Schulaufsichtsbehörde, wenn sie un-parteilich sein will, auch gegen diese sogenannten patriotischen Vereine einschreiten möchte, wie sie es gegen die proletarischen Turn-vereine tut.

Präs. v. Kröcher: Das gehört in die allgemeine Debatte.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Meine Polemik richtet sich doch gegen die Ausübung der Schul-aufsicht. Die von der Schulaufsichtsbehörde liebevoll geduldete deutsche Turnerschaft, die als antisemitisch bezeichnet werden kann, sucht auch ihren Einfluß dahin auszuüben, daß sie die Arbeitgeber und höheren Angestellten veranlaßt, die jungen Arbeiter der deutschen Turnerschaft zuzuführen.

Präs. v. Kröcher: Das hätten Sie alles gestern beim Kapitel „Turnunterrichtsanstalten“ ausführen können.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Ich spreche nur gegen die Haltung der Schulaufsichtsbehörden und verweise auch darauf, daß in Magdeburg diese Behörde nicht eingeschritten ist, als von dem deutschen Turnverein „Schwarz-Rot-Gold“ eine Versammlung der Jugendabteilung dieses Vereins abgehalten wurde mit dem ausgeprägten politischen Thema: „Weshalb sind wir genötigt, vom nationalen Standpunkt aus eine scharfe Stellung gegen die Sozialdemokratie einzunehmen?“ Ich verweise auch darauf, daß in einem Falle ein Lehrer, der gleichzeitig der Vorsitzende der nationalen Turnerschaft ist, den Schülern, die diesem Verein an-gehören, gestattete, an den Übungen teilzunehmen, nicht aber den Angehörigen des sogenannten Arbeiterturnvereins. Wo bleibt die Schulaufsicht in diesem Falle? (Sehr gut! bei den Sozialdemo-kraten.) Auch mit den Fortbildungsschulen sehen sich diese nationalen Turnvereine in Verbindung, um von ihnen die Einführung des obligatorischen Turnunterrichts zu erreichen, um dann zu erzielen, daß ihnen die Erteilung dieses Unterrichts überwiesen wird. Wo ist die Schulaufsichts-behörde in einem derartigen Falle? Es handelt sich offenbar um einen

gräßlichen Mißbrauch des Fortbildungsschulzwanges,

wenn er dazu ausgenutzt wird, die, die ihm folgen, zu zwingen, dem sogenannten nationalen Turnvereinen beizutreten. In neuester Zeit haben wir auch die Erfahrung machen müssen, daß sich in Berlin und anderen Städten unter Leitung von Offizieren allerhand Jugendturnvereine gebildet haben, wo diese jungen Kerle von 10—14 Jahren von den Offizieren militärisch eingedrillt werden. (Hört! hört! b. d. Sozial.) Diese Vereine, denen die Schulaufsicht ohne die geringsten Bedenken die Jugend anvertraut, ent-halten keine ganz systematische Propaganda, die, wenn sie auch nur an-nähernd von den proletarischen Organisationen entfaltet würde, der Schul-

aufsichtsbehörde sofort zum Einschreiten Veranlassung geben würde. Es werden von ihnen auch Zeitschriften herausgegeben, die aus-gelprochenemassen den Zweck haben, die Jugend für den Sozial-militarismus zu erziehen. (Hört! hört! bei den Sozial-demokraten.) Ferner werden Soldaten- und Marine-vereine gebildet, zu dem Zweck, die Soldaten auch außerhalb des Dienstes zu beeinflussen. Zur Zeit des Sozialistengesetzes ist übrigens die deutsche Turnerschaft nicht nur gegen die Sozialdemo-kratie, sondern ganz genau so gegen das Zentrum und die Freisinnigen vorgegangen. (Hört! hört! bei den Sozial-demokraten.) Wenn nun auch die proletarischen Organisationen in gewissem Sinne als Abwehrvereine gegründet sind, um den Arbeitern ihre Selbständigkeit zu wahren, so haben sie doch andererseits gerade aus dem lebhaften Bedürfnis heraus, die Befundheit der Arbeiterklasse nach Möglichkeit zu fördern, den Turnunterricht auf ihre Fahne geflügelt. Zweifellos hat noch nie einer der Herren von der Schulaufsicht sich die Mühe genommen, die Arbeiterturnvereine in ihrer Tätigkeit kennen zu lernen. Die Weichenstellung gegen die Arbeiterturnvereine, als verfolgten sie politische Zwecke, sind vollständig aus der Luft gegriffen. Das Wiederbuch, von dem Herr Schwarzlofff sprach, ist ein Wiederbuch für die Erwachsenen in den Turn-vereinen. Für die Jugendlichen besteht ein besonderes Wiederbuch, das dem Kultusministerium vor einiger Zeit vom Arbeiterturn-bund ausdrücklich zu seiner Information überreicht worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die ganzen Maßnahmen der Schulaufsichtsbehörde gegenüber den Turnvereinen sind durch-aus ungesetzlich. Das beweist die Entscheidung des Land-gerichts I und auch die Stellungnahme des Oberreichsanwalts vom 17. September 1903, wonach eine Ausdehnung der Schul-aufsicht auf alle Minderjährigen bis 21 Jahre als ungesetzlich erklärt wurde. Aber die Schulaufsicht kümmert sich frisch fromm, fröhlich, frei um keines dieser Urteile. Ihre Zwangs-verfügungen richten sich nicht nur gegen die Lehrer, die man mit den härtesten Exekutivstrafen belegt, wenn sie ohne Erlaubnis Unter-richt erteilen, sondern auch gegen die Gastwirte, die ihre Lokale für den Unterricht hergeben. Ich habe wiederholt in voller Offen-barkeit dieses Vorgehen der Schulaufsicht als einen bewußten Miß-brauch der Befehle bezeichnet. (Unruhe rechts.)

Präs. v. Kröcher: Das geht zu weit. Ich rufe Sie wegen des Ausdrucks zur Ordnung!

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Ich habe das in der Öffentlichkeit getan, um die Regierung zu zwingen, endlich einmal vor einem ordentlichen Ge-richtshof Rede und Antwort zu stehen. Der erste Versuch, in dem das gelang, hat dazu geführt, daß die Schulaufsichtsbehörde des-avouiert wurde. Wenn sie trotzdem an ihrem Verfahren festhält, müssen wir das in der satoffsten Weise beurteilen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Preußen ist ja leider noch nicht soweit ein Rechtsstaat,

daß die Maßnahmen der Schulaufsicht irgendeiner rechtlichen Nach-prüfung unterworfen werden. Das Verwaltungsgericht erklärt sich ihnen gegenüber für unzuständig. Wie soll man sich da gegen derartige Ungeheuerlichkeiten wehren? Wenn wir einzelne Schulräte verurteilen, so erfahren wir, daß gerade von der obergeordneten Instanz die betreffenden Maßregeln veranlaßt und empfohlen werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Schulaufsicht ist natürlich sehr zufrieden damit, daß man genötigt ist, sie bei sich selbst, d. h. den Teufel bei Beckebusch, zu verklagen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gerade innerhalb dieses Bereiches, wo die Regierung sich so absolutistisch fühlt, sollte sie besonders vor-sichtig sein, und sollte nicht in dieser Weise mit den Befehlten Schind-luder treiben. (Rufe rechts: Unerböt! Unerböt!)

Präsident v. Kröcher: Ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung unter Hinweis auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Bei der Arbeiter-schaft werden Sie mit allen diesen Maßnahmen, die, wie wir wissen, vom Kultusminister ausgegangen sind, nur die leidenschaftliche Empörung erreichen. (Sehr wahr! bei den Sozial-demokraten.) Wir wären ja Narren, wenn wir ein so vorzügliches Agitationsmaterial nicht ausnützen wollten. Also im eigenen Inter-esse sollte die Schulaufsichtsbehörde sich nicht weiter diskreditieren, sondern in Zukunft pflichtmäßig unparteilich verfahren. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Kultusminister v. Trott zu Solz: Es ist notorische Tat-sache, daß die Sozialdemokratie sich eine weitverzweigte Organisation geschaffen hat, um die Jugend in die Wirren der Sozialdemokratie zu ziehen. Da darf man sich nicht wundern, daß auch von der anderen Seite Strömungen hervortreten, die sich im Gegenzug zu diesen Bestrebungen der Sozialdemokratie stellen. (Abg. Lieb-necht: Umgekehrt ist es gemeint!) Das ist nicht richtig. (Abg. Liebnecht: Ich habe es nachgewiesen!) In den Protokollen der sozialdemokratischen Parteitage werden Sie finden, wie man eingehend darüber verhandelt hat, was man alles tun müsse, um die Jugend zur Sozialdemokratie heranzuziehen. (Abg. Liebnecht: Erst in den letzten Jahren! Welche Rufe rechts: Ruhe!) Es handelt sich in der Tat um sozialdemokratische Vereine, die politischen Zwecken dienen. Das ist der einzige Gesichtspunkt, warum die Schulverwaltung ihnen entgegentritt. Sie wird es auch in Zukunft tun. (Bravo! rechts.) Sie kann Personen, die den Turnunterricht nachgemessenemassen dazu benutzen wollen, um politische Propaganda zu treiben, den Erlaubnischein zum Unterricht nicht geben. Ich muß entschieden die Behauptung zurückweisen, daß wir gegen die Befehle gehandelt hätten. Wenn Herr Liebnecht sagt, es gäbe keinen Rechtsweg gegen die Schulaufsichtsbehörden, so hat er ja selbst wiederholt von dem bevorstehenden Erkenntnis des Reichsgerichts gesprochen, welches die Praxis der Schulaufsichtsbehörde desavouieren würde. Wir wollen das abwarten. Es ist auch nicht gefehrvoll, wenn gegen die Miß-tate vorgegangen wird, die in ihren Lokalen gesetzwidrige Handlungen dulden. (Bravo! rechts.) Der „Vorwärts“ wird ja wohl wieder schreiben, wie heute Herr Liebnecht habe den Kultusminister gehörig zugebeut. (Weiterkeit, mir sei die Debatte mit ihm sehr unangenehm gewesen. Das Gegenteil ist der Fall, denn ich habe das Gefühl, eine gute Sache zu vertreten, und das erfüllt mich mit Freude und innerer Genugtuung. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Ich möchte den Herrn Minister nur bitten, daß er die Gerichts-entscheidungen, die nach seiner Behauptung das Verfahren der Schulaufsichtsbehörden rechtfertigen, einmal dem aufstehenden Obere der Welt mitteilen möchte. Solche Entscheidungen existieren nämlich bisher nicht und der Herr Kultusminister hat in dieser Bemerkung nur gezeigt, daß er über die in Frage kommenden Rechts-verhältnisse nicht hinreichend orientiert ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hinzmann (natl.) spricht sich für die Ausdehnung des Verwaltungs-freiverfahrens auch auf die Schul-aufsichtsbehörde aus.

Abg. Gaisalat (L) hofft, daß der Minister der Anregung, den Litauern Religionsunterricht in ihrer Muttersprache erteilen zu lassen, Folge geben werde.

Abg. Korsantj (Vole) führt Beschwerde über einen Fall der Nichtgenehmigung von polnischem Gesangsunterricht, der von privater Seite zur Pflege des polnischen Volksliedes eingerichtet werden sollte.

Minister v. Trott zu Solz erwidert, daß erfahrungsgemäß ein solcher Unterricht zu politischer Agitation von den Polen benutzt werde.

Abg. Hoff (Fortf. Sp.) wünscht vom Minister Auskunft, wie er sich zu der Praxis von Kreis- und Schulinspektoren stelle, die für die Kreislehrerkonferenzen den Lehrern Themen angeben, um dann einen Lehrer wie einen Schulbuch zu prüfen.

Minister v. Trott zu Solz: Herr Liebnecht sagte vorhin, er würde mir dankbar sein, wenn ich ihm mitteilen würde, welche gerichtlichen Entscheide in meinem Sinne vorliegen. Ich will mir

diesen Dank verdienen (Heiterkeit), und verteilte Herrn Liebknecht auf das Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts vom 27. März 1908. Auch sind zahlreiche Erkenntnisse während des Schulstreiks ergangen, die meine Auffassung bestätigen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Diese Auskunft trifft nicht den Punkt, um den es sich handelt, nämlich die Frage, ob die Schulaufsichtsbehörde überhaupt befugt ist, außerhalb der Grenzen des schulpflichtigen Alters Maßnahmen der fröhen Art zu ergreifen. In dem Urteil des Landgerichts I heißt es: „Die Kobinetsorder von 1884 spricht lediglich von dem Unterricht und der Erziehung der Jugend. Weder sie noch die Ministerialinstruktion von 1889 geben für den Begriff der Jugend eine bestimmte Altersgrenze an. Offenbar haben diese beiden Gesetze, wie aus § 1 der Ministerialinstruktion, die ausdrücklich von schulpflichtiger Jugend spricht, entnommen werden kann, lediglich den Privatunterricht der schulpflichtigen Jugend, die als Ersatz des öffentlichen Schulunterrichts dienen soll, regeln wollen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Begriff „jugendlich“ deckt sich jedenfalls nicht ohne weiteres mit „minderjährig“. Es geben also die Anordnungen der Schulaufsichtsbehörde, in denen sie die Erteilung von Turnunterricht an jugendliche Personen im allgemeinen von einer Konzeption abhängig macht, über den Rahmen ihrer Befugnisse hinaus.“ (Hört! hört! bei den Soz.) Hier ist in einwandfreier Debatte, deren Schlußfolgerung sich noch verschiebt, wenn man die einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung über den entgeltlichen Turnunterricht heranzieht, dargelegt, daß der Standpunkt des Kultusministeriums sich nicht verteidigen läßt. Auf eine ähnliche Entscheidung des Reichsgerichts habe ich schon hingewiesen. Das Kultusministerium sollte also zum mindesten zugeben, daß die Rechtslage unklar ist. Wenn es trotzdem behauptet, daß seine Rechtsauffassung allein in Frage komme, so beweist das, mit wie wenig Sorgfalt es bemüht ist, sich in den Grenzen des Gesetzes zu halten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Trott zu Solz: Gegen das von Herrn Liebknecht angeführte Urteil ist Revision eingelegt. Ich verlege es mir deshalb, auf die Ausführungen dieses Erkenntnisses näher einzugehen. Das bisherige Vorgehen des Kultusministeriums wird, wie gesagt, durch ein Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts gestützt, welches ausführt, daß es in der Befugnis der Schulaufsicht liegt, die Erteilung des Turnunterrichts zu verbieten, wenn nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen den Klägern entweder die technische Vorbildung fehlt, oder wenn sie als Anhänger der Sozialdemokratie betrübt sein würden, staatsfeindliche Anschauungen den Schülern beizubringen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Aus dieser Ausführung des Herrn Ministers geht nun wohl klar genug hervor, wie wenig diese, vom Herrn Minister angeführte Entscheidung mit der allein hier in Betracht kommenden Rechtsfrage zu tun hat. Bezeichnend ist, daß der Herr Minister der von mir angeführten Entscheidung des Reichsgerichts aus dem Jahre 1908 auch jetzt wieder aus dem Wege gegangen ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoff (Fortf. Sp.) stellt fest, daß der Minister auf seine Anfrage nicht geantwortet habe. Er nehme also an, daß er die Beschwerte für gerechtfertigt hält.

Abg. Schrey (Fortf. Sp.) fordert, daß mehr seminaristisch gebildete Lehrer Kreisinspectoren werden.

Abg. Niehl-Fulda (Z.) betont, daß seine Freunde die 18 neuen Hauptamtlichen Kreisinspectorenstellen ablehnen würden.

Ein Regierungskommissar weist darauf hin, daß in der Kommission die Notwendigkeit dieser neuen Stellen nachgewiesen sei.

Ein Antrag des Zentrums auf Streichung der neuen Stellen in Fulda und Kassel wird abgelehnt, die neu geforderten hauptamtlichen Kreisinspectoren bewilligt.

Abg. Reinbacher (Fortf. Sp.) kritisiert, daß die Regierung den Gemeinden um Berlin bei der Gewährung hoher Ortszulagen in die Hände gefallen sei.

Minister v. Trott zu Solz: Wir treffen unsere Entscheidung nach bestem Wissen und Ermessen entsprechend dem Gesetze.

Abg. Zietzen (frk.) befragt über Unterführung der finanziell schlechtesten Berliner Vorortgemeinden des Ostens.

Abg. Marx (Z.) wünscht mehr katholische Lehrer an den Schulen, wo die Zahl der katholischen Kinder es erfordert.

Minister v. Trott zu Solz sagt Erfüllung dieses Wunsches zu. Es sei dies schon jetzt vielfach geschehen, sogar gegen den Willen der Gemeinden. (Weil im Zentrum.)

Abg. Graf Moltke (frk.) warnt das Zentrum davor, aus einzelnen Vorkommen zum Nachteil der Katholiken allgemeine Schlüsse zu ziehen. Die Absonderungsbestrebungen der Katholiken wären für den konfessionellen Frieden weit gefährlicher als einzelne Vorkommen zum Nachteil der Katholiken. (Zustimmung.)

Nach kurzer weiterer Erörterung verläßt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr.

Schluß 4¹/₂ Uhr.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission

erledigte am Freitag die ihr vom Plenum überwiesene Gesetzesvorlage, den Aufwandsausgaben für Südwestafrika betreffend. Die Erheber des Antrags, die eine etwas eingehendere Prüfung der Ausgaben und Mitteilung der Ergebnisse an den Bundesrat und Reichstag zum Zwecke haben, wurden angenommen. Gegen den weiteren Erheber des Antrags zur Tilgung der Kriegskosten in Südwestafrika eine außerordentliche Vermögenssteuer einzuführen, die von allen in Südwestafrika ansässigen Einzelpersonen und Gesellschaften, deren Vermögen 500 000 M. übersteigt, im Gesamtbetrage von 81 Millionen Mark in 4 Jahresraten erhoben werden solle, wurde von nationalliberalen und freisinniger Seite der Kompetenzeinwand erhoben, weil dieser Gesetzentwurf keine erste Lesung im Plenum passiert habe. Der vorliegende Gesetzentwurf befaßt sich mit der Kontrolle und der Deckung der gemachten Ausgaben, während der Antrag Erheber ein neues Steuergesetz schaffen wolle. Staatssekretär Dernburg macht staatsrechtliche Bedenken geltend und behauptet, daß die Regierung von dem hochwichtigen Plan erst am Dienstag Kenntnis erhalten habe, die Regierung also nicht einmal Zeit gehabt habe, zu der Frage Stellung zu nehmen. Er achte und respektiere die Rechte des Parlaments, aber das Parlament verberge sich selber etwas, wenn es die Rechte des anderen Faktors nicht genügend respektiere. Der Reichstag schreibe hier Steuern aus, die nach dem Schutzgebietgesetz Sache des Kaisers seien. Erheber verzweigt sich erregt gegen den Vorwurf des Staatssekretärs, daß er den Kaiser ausschalten wolle. Es handle sich nicht um das Schutzgebietgesetz, sondern um das Schutzgebietgesetz, das stets so gehandhabt worden sei. Um die Auslegung der Schutzgebietordnung habe Dernburg sich als Bundesratsvertreter nicht zu kümmern.

Nach längerer Debatte wurde gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Freisinnigen die Zulässigkeit der Erheberischen Anträge auf Erhebung einer Vermögenssteuer und Uebernahme der Vergewaltigung durch den Kaiser beschlossen.

Erheber wendet sich in der Begründung seiner Anträge nochmals kurz gegen den Staatssekretär. In einem als offiziell bezeichneten Artikel sei ihm sogar unterstellt worden, daß er seine Anträge nur eingebracht habe, um eine bestimmte Person, die finanziell bei der Kolonialgesellschaft hoch beteiligt sei, zu treffen. Wegen einer solchen Unterstellung protestiere er, auch dagegen, daß er den Staatssekretär stürzen wolle. In Ostafrika, auch in Neu-Guinea, seien die Rechte der Kolonialgesellschaften abgelöst und klare Verhältnisse geschaffen worden, das müßte auch in Südwestafrika geschehen. Deutschland habe doch nicht die großen Opfer gebracht im Interesse von etwa 200 Anteilhaber der Kolonialgesellschaft, sondern im Interesse der Kolonie selbst.

Von den Freisinnigen liegt eine Resolution vor, wonach die im Interesse der Kolonien gemachten Ausgaben festgesetzt und die Verzinsung und Amortisation vorgeesehen werden soll. — Staatssekretär Dernburg spricht gegen die Belastung, denn die Personen, die davon betroffen würden, wären zum größten Teil erst nach dem Kriege ins Land gekommen, hätten also mit dem Kriege gar nichts zu tun gehabt. Die nachträgliche Heranziehung der Pfänder und sonstiger Besitzer würde von der Einwanderung absehen, denn niemand wisse, ob nicht ein Krieg ausbräche, zu deren Unkosten die Leute dann herangezogen würden. Man könne doch nicht überall Tafeln anbringen mit der Aufschrift: „Wir warnen Auswanderer“. Der Staatssekretär versucht dann nachzuweisen, daß die Kolonialgesellschaft gar keine Hoheitsrechte mehr hätte, sondern nur an den Diamanteneinnahmen mit zwei Prozent beteiligt sei. Die Ausführungen des Staatssekretärs füllten die ganze Sitzung aus.

Nächste Sitzung Montag.

Kaligefechtskommission.

In der Freitagssitzung setzte die Kommission die Beratung des § 21 fort. Müller-Fulda weist darauf hin, daß bei der Preisfestsetzung auf die Arbeiterverhältnisse Rücksicht genommen werden müsse. Es dürfe nicht nur das Interesse der Kapitalisten maßgebend sein. Die Zustimmung des Zentrums zu dem Gesetze hänge von der Lösung dieser Frage ab. Hausmann spricht sich gegen jede Preisherabsetzung. Genosse H. u. gegen die unverhältnismäßige Herabsetzung der Preise für Holz aus. Die Herabsetzung treffe besonders die kleinen Werke, während die großen Werke, die eine Verarbeitung der Salze vornehmen, besonders begünstigt werden. Es könne nur eine gleichmäßige Preisverteilung für uns in Frage kommen, wie sie der Antrag Gothein vorschlägt. Gothein wendet sich gegen die Ausführungen, die von Zentrumsseite gemacht wurden. Von einem Regierungsvertreter wird der von Müller-Fulda von Damm eingebrachte Änderungsantrag verteidigt. Abg. Seim gibt zu, daß ein großer Teil der Industrie mit den vorgeesehenen Preisen auskomme, ein anderer Teil dagegen könne dabei nicht bestehen. Regier. erörtert eingehend die große Bedeutung billiger Kalipreise für die Landwirtschaft. Vom Abg. Schiffer werden mit Rücksicht auf das Ausland Bedenken gegen eine gesetzliche Festlegung der Preise geäußert; eine Preisfestsetzung durch geheime Beschlüsse der Budgetkommission unter Zustimmung des Bundesrats wäre vielleicht besser. Gegen diesen Vorschlag wendet sich der Abg. Gothein. Schließlich wird der § 21 mit einigen Änderungen in der Regierungsvorlesung angenommen. Die Preise sollen nach dem Kommissionsvorschlag bis zum 31. Dezember 1913 gelten. Eine Erhöhung der Preise bedarf der Zustimmung des Reichstages. In der Gesamtabstimmung stimmten Zentrum, Polen, Konservative und Nationalliberale für die Annahme. Der § 21a, der bei Annahme größerer Mengen besondere Preisvergünstigungen vorsieht, wird einstimmig angenommen. Zum § 21b beantragt Adle, daß die Rabattgewährung dem Auslande nicht zugute kommen solle. Staatssekretär Sydow wendet sich dagegen, daraufhin zieht Adle seinen Antrag zurück. In der Abstimmung wird der § 21b mit dem Änderungsantrag Gothein angenommen. Der Paragraph bestimmt, daß die Preise für Lieferung von Kalksalzen nach dem Auslande nicht niedriger sein dürfen, als die für gleiche Abmengen sich ergebenden höchsten Inlandspreise, jedoch sind Ausnahmen mit Genehmigung des Bundesrats zulässig. § 21c wird unverändert angenommen. Zu § 21d, der die Einrichtung einer Verteilungsstelle festsetzt, beantragt Gothein, daß Beamte eines Bundesstaates, der am Kalibau interessiert ist, nicht Mitglieder der Verteilungsstelle sein dürfen. Genosse S. m. e. wendet sich entschieden dagegen, daß nach dem Antrage Gothein die Sachverständigen der Bundesstaaten ausgeschlossen sein sollen, während die Sachverständigen der Kolonialbesitzer als Mitglieder der Verteilungsstelle zugelassen werden. Schließlich wird nach Ablehnung des Antrages Gothein der Paragraph unverändert angenommen.

Nächste Sitzung Sonnabend 9 Uhr.

Nach Schluß der Sitzung hat das Zentrum einen Antrag verteidigen lassen, der sich auf eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter bezieht. Der neue Paragraph soll lauten: „Von dem bei Jahresabschluss sich ergebenden Reingewinn des Kaliverkes wird erstens zunächst auf das eingezahlte Kapital eine ordentliche Dividende von 5 Proz. gerechnet. Zweitens soll der verbleibende Rest zu einem Drittel an die während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeiter im Verhältnis ihrer Jahreslohnsumme gezahlt werden.“

Die Arbeitskommission des Reichstags

hat in ihrer Freitagssitzung die erste Lesung der Vorlage beendet. In der Erörterung über die Frage, ob Vertreter der Arbeitskammern zu gemeinschaftlichen Sitzungen zusammenzutreten dürfen, stellten sich die Redner sämtlicher Parteien im Gegensatz zu der Auffassung der Regierungsvertreter auf den Standpunkt, daß ein derartiges Inverbindungsrecht gestattet sein müsse. Eine vom Vorsitzenden Legien formulierte Erklärung, die dieser Meinung Ausdruck gibt, fand einstimmige Annahme. Eine längere Debatte knüpfte sich an die Frage, welche Art der Abstimmung bei der Beschlußfassung über die Erhaltung von Gutachten oder Stellung von Anträgen einzuführen sei. Da nach den Bestimmungen des § 38 der Vorlage auch die Minderheit das Recht haben soll, ihre Meinung und deren Begründung schriftlich niederzulegen, vertraten mehrere Redner die Auffassung, daß bei Aufrechterhaltung dieser Vorschrift sich die geheime Abstimmung nicht gut durchführen lasse. Eine Regelung hat sich die Kommission bis zur zweiten Lesung vorbehalten. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Genehmigung für die Arbeitskammern zu treffende Geschäftsordnung nicht von der Aufsichtsbehörde abhängig zu machen, wurde abgelehnt, ebenso ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, die den Aufsichtsbehörden durch die Vorlage eingeräumte Aufsichtsbefugnis zu streichen. Hinter den § 4 wurden die Bestimmungen des Zentrumsantrages der Vorlage eingefügt, die die Angliederung der Angestelltenabteilung an die Arbeitskammer behandeln. Danach ist, falls ein Bedürfnis hierzu vorliegt, der Arbeitskammer eine besondere Abteilung für Angestellte anzuschließen. Als Angestellte gelten die in den beteiligten Betrieben beschäftigten Betriebsbeamten, Werkmeister und Techniker. Die Handlungsgeschehen wurden auch diesmal wieder mit einer schönen Resolution vertröstet. Der sozialdemokratische Antrag, die Betriebe der Heeres- und Marineverwaltung in das Gesetz einzubeziehen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller, der Polen und der Abg. Raumann und Schirmer abgelehnt.

Die zweite Lesung in der Kommission, die erhebliche Änderungen der Vorlage nicht mehr erwarten läßt, soll noch im Laufe der nächsten Woche stattfinden.

Kommission für die Zuwachssteuer.

In der Donnerstagssitzung wurde § 8 nach der Vorlage angenommen. Zu § 7 lag folgender Antrag Kraemer vor: „Beruht der Erwerb des Eigentums oder eines Rechtes auf einem steuerfreien Rechtsgeschehen, so ist für die Bemessung des Zuwachses von dem Werte zur Zeit des Erwerbs auszugehen.“ Ueber den Antrag entspann sich eine lange Debatte, bei der sich die Agrarier in ihrem Interesse für den Antrag erklärten; die Regierungsvertreter wandten sich gegen den Antrag; schließlich einigte man sich, die Abstimmung auf die nächste Sitzung zu vertagen. Zu § 8 wurde folgender Antrag Cuno angenommen: „Soweit eine Wertermittlung behufs Berechnung des Veräußerungspreises stattgefunden hat, ist der ermittelte Wert bei dem späteren Steuerfall für Berechnung des Erwerbspreises maßgebend.“ Bei den §§ 10 und 15, die zusammen beraten wurden, handelt es sich darum, was dem Erwerbspreis hinzuzurechnen ist und was von dem Veräußerungspreise in Abzug zu bringen ist. Kommt schon die Veräußerungspreise den Agrariern im weitesten Maße entgegen, so verlangt ein Antrag Westarp, von dem Veräußerungspreise noch in Abzug zu bringen die Wertermittlungen von landwirtschaftlichen, gärtnerischen und forstwirtschaftlichen Grundstücken, die Aufwendungen für Bauten, Umbauten, einschließlich der eigenen Arbeit und Aufwendung. Nach langer Begründung des Antrages wurde von den Gegnern betont, daß sie bei Annahme dieses Antrages dem Gesetz nicht zustimmen könnten. Der Regierungsvertreter erklärte, daß der Antrag eine geradezu ungeheure Belastung der großen Städte bedeute, demgegenüber eine Steuerbefreiung des platten Landes verlange; praktisch sei der Antrag undurchführbar.

Die weitere Debatte wurde auf die Sonnabendssitzung vertagt.

Die Kommission zur Entlastung des Reichsgerichts

lehnte in ihrer Abendssitzung vom Donnerstag den Artikel 8 ab, wonach in der Berufungsinstanz die Gebühren um ein Viertel, in der Revisionsinstanz um das Doppelte erhöht werden sollten. In Konsequenz des Beschlusses wurde auch der Artikel 9, der eine entsprechende Erhöhung der Anwaltsgebühren vorsieht, abgelehnt. Die Regierung hatte die Erhöhung der Kosten als einen notwendigen Damm zur Einschränkung der Prozesslust bezeichnet. — Den jetzigen Bestimmungen über die Zulässigkeit der Revision wurde hinzugefügt, daß Revisionen nicht aus dem Grunde eingelegt werden können, weil die Zeugen oder Sachverständigen zu Unrecht vereidigt oder die Vereidigung zu Unrecht unterblieben sei. Die im Entwurf vorgesehene Bestimmung, wonach eine Revision auch ohne mündliche Verhandlung zurückgewiesen werden kann, wenn sie das Gericht einstimmig für ungründet erachtet, wurde gleichfalls abgelehnt.

Die Verhandlung der Freitagssitzung war der Erörterung des sog. Disformitätsprinzips gewidmet, wonach die Revision nur zulässig sein soll, wenn die Entscheidungen des Landgerichts und des Oberlandesgerichts nicht übereinstimmen. Der Abg. Jund stellte dazu einen Vermittlungsantrag:

„In Rechtsstreitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche wird die Zulässigkeit der Revision durch einen den Betrag von 5000 M. übersteigenden Wert des Beschwerdegegenstandes bedingt. Es genügt jedoch ein Wert des Beschwerdegegenstandes von mehr als 2500 M., sofern der Revisionskläger durch eine in der Berufungsinstanz erfolgte Abänderung einer der Rechtskraft fähigen Entscheidung des Landgerichts in dieser Höhe beschwert ist.“

Außerdem will Jund die Revision zulassen, wenn das Oberlandesgericht nach eigenem Ermessen die Zulässigkeit der Revision ausspricht. Die sozialdemokratischen Vertreter bekämpften diese Vorschläge und befürworteten die Vermehrung der Senate beim Reichsgericht. Abg. Jund beantragte, wenigstens für einige Jahre Hilfsrichter zum Reichsgericht einzuberufen.

Die Beschlußfassung wurde ausgesetzt, um den Mitgliedern Gelegenheit zur Rücksprache mit ihren Fraktionen zu geben. Nächste Sitzung Sonnabend.

Die Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses

verhandelte am Donnerstagabend den Etat des Herrenhauses und Abgeordnetenhauses. Ueber die Freifahrtsarten gab der Vertreter der Regierung die Erklärung ab, daß die Regierung auf Grund des Beschlusses des Abgeordnetenhauses vom 10. Mai v. J. die Frage erneut beraten werde, jedoch sei es noch zu keiner Entscheidung gekommen. Es bestehe die Hoffnung, daß die Angelegenheit in aller nächster Zeit gesetzlich geregelt werde.

Das Opernhaus soll einem umfangreichen Umbau unterzogen werden. Die Kosten sind auf 907 000 M. veranschlagt. Die Forderung wurde bewilligt unter der Voraussetzung, daß mit dem Umbau Zustände geschaffen werden, die weitere Bewilligungen für das alte Opernhaus nicht nötig machen und eine ruhige und sachgemäße Vorbereitung eines Neubaus gewährleisten.

Darauf wurde der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung beraten. Der Finanzminister machte Mitteilung über die Konferenz der Finanzminister. Danach ist nach Rücksprache mit den großen Parteien des Reichstages eine Einigung insofern erzielt worden, daß die Matrifularbeiträge bis zum Jahre 1914 nicht mehr als 80 Pf. pro Kopf betragen sollen. Auf die Ueberweisung der Branntweinsteuer soll verzichtet werden, wenn das Rinus der Reichskasse zur Last fällt.

Reichstagsdrucksachen.

Im Reichstage ist eingegangen: Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Kolonial- und Konsulargerichtshofes.

Aus der Partei.

(Siehe auch 2. Beilage.)

Eine Jubiläumsnummer des spanischen Zentralorgans „El Socialista“ ist zu Beginn des 25. Jahres seines Erscheinens herausgegeben worden. Das trefflich ausgestattete Festblatt enthält ein Bild von Marx, eine Reihe Porträts des Genossen Iglesias und anderer spanischer Vorkämpfer der Partei, die Wiedergabe der ersten Nummer und zweier früher veröffentlichter Bilder (von S. G. Zentisch und W. Lehmann), die den heutigen Kampf und das Ziel des Sozialismus wirksam veranschaulichen. Der Text umfaßt eine Reihe geschichtlicher Darstellungen des Werdens der Partei und des Blattes, grundsätzliche Erörterungen und Zuschriften einer Reihe hervorragender Genossen Spaniens und des Auslands (darunter Bebel, Kautsky, Gorki, Quack, Bissolati). Möge dem Blatte, das ein würdiges Spiegelbild der Kämpfe und Widerlagen unserer spanischen Genossen bietet, der erhoffte agitatorische Erfolg und unserer spanischen Bruderpartei die recht baldige Verwirklichung ihres nächsten Zieles: des täglichen Erscheinens ihres Zentralorgans, beschieden sein!

Personalien. Zum dritten Arbeitersekretär in Frankfurt am Main ist Alwin Kaiser vom Köpferverband gewählt worden.

Soziales.

Wohlfahrteinrichtungen ohne Wohlfahrt.

Fabrikwohnungen sind in 99 von 100 Fällen für die Arbeiter eine Belastung ihrer Freizügigkeit und ihres Koalitionsrechtes. Der Mietvertrag einer belästigten Dachstuhlwohnung in Freimadon bringt dafür ein eklatantes Beispiel. Der § 5 dieses Mietvertrages lautet in seinen wesentlichen Teilen folgendermaßen:

„Der Mieter ist verpflichtet, der Vermieterin (der Firma) die erwachsenen arbeitsfähigen Familienangehörigen in Arbeit zu geben (1). Quartier- und Logisgänger darf er nur so lange in seinen Mieträumen unterbringen, als die betreffenden Personen in einem Arbeitsverhältnis bei der Firma stehen.“ Es ist ein glatter Rückschritt in das Zeitalter der Hörigkeit, wenn sich der Arbeiter mit dem Einzug in die Fabrikwohnung auch gleichzeitig verpflichtet muß, seine erwachsenen Angehörigen in die Fabrik zur Arbeit mitzunehmen. Noch schöner ist der § 6. Er lautet:

Das Betreten der Mieträume durch die hiermit beauftragten Beamten der Vermieterin muß sich der Mieter jederzeit gefallen lassen und hat nicht das Recht, diesen Personen den Zutritt, den Eintritt oder das Verweilen zu verweigern oder zu unterbinden.

Demnach ist es den „beauftragten“ Herren gestattet, jederzeit und so lange sie wollen sich in den Wohnungen der Arbeiter herumzudrücken. Es fehlt nur noch eine Bestimmung, die für den Fabrikherrn das Recht der ersten Nacht für die Töchter der Arbeiter festlegt, und dann ist man wieder voll und ganz im Mittelalter. Daß der Fabrikbesitzer das Recht hat, den Arbeiter aus jedem und seinem Grunde aus der Wohnung sofort hinauszudrücken, versteht sich ohne weiteres, dem Arbeiter ist dafür eine 14tägige Kündigungsfrist vorgeschrieben.

Bei solchen Mietverträgen ist es doch wirklich kein Wunder, wenn die Arbeiter allen solchen Wohlfahrts-Einrichtungen recht skeptisch gegenübersehen. Wirkliche Wohlfahrts-Einrichtungen bleiben da immer Ausnahmen.

Submissionsblüten.

Für die Maurerarbeiten zum Neubau des Amtsgerichts in Erfurt wurden, nur für Arbeitslohn, angeboten, als niedrigste Offerte Hansen-Duisburg 79 378 M., als höchste Offerte Kuppel und Granel-Essen 308 949 M. Die letztere Firma fordert also fünfmal soviel als die erstere. Ebenso bezeichnend ist die folgende liebliche Blüte kapitalistischer Kalkulationskunst: Zur Beschaffung von 687 000 Kubikmeter Woden beim Schleusenbau in Niederfinow betrug das niedrigste von der Firma Janak u. Walter in Friedenau abgegebene Angebot 877 000 M., dagegen das höchste von Kohl und Schöllmann in Berlin abgegebene 1 820 000 M. Die Differenz beträgt also rund eine Million Mark.

Gerichts-Zeitung.

In der Erregung über eine Polizeistatue

hatte am 6. März in der Nähe des Bahnhofs Treptow ein Maurer Haack sich zu einem lauten „Pfui!“ hinreißen lassen. Gestern fand er vor dem Landgericht Berlin II (Strafkammer 2) unter der Anklage, die Polizei beleidigt und sie obenein tätlich angegriffen zu haben. Er sollte „Pfui! Bluthunde!“ gerufen und bei seiner Festnahme den Polizeiwachmeister Berresheim mit einem Stock über den Arm geschlagen haben. Der Angeklagte gab den Ruf „Pfui!“ zu, bestritt aber alles, was die Anklage ihm sonst noch zur Last legte. „Pfui!“ habe er gerufen, nachdem er gesehen habe, wie in der Eisenstraße gegenüber dem Viktoriastift die Polizei ein Lokal andrängte. Das sei in der Weise ausgeführt worden, daß Schutzleute die Leute hinauswarfen und draußen andere Schutzleute sie in Empfang nahmen und sie weitertrieben. Ihn selber habe man nach dem „Pfui!“-Ruf verfolgt, von Schutzleuten sei er mit den Säbeln „immer von oben runter“ geschlagen worden, er habe sich dann festnehmen lassen, aber auch da noch sei er von zwei Gendarmen mit den Säbeln „immer quer über den Kopf“ geschlagen worden, so daß er blutend weggeführt werden mußte. Polizeiwachmeister Berresheim wiederholte die Aussagen, die er in seiner Anzeige gemacht hatte und auf die die Anklage sich stütze. Er fügte hinzu, nach dem Stodhieb sei ein Gendarm gekommen und habe „Haack verletzt, um seinen Widerstand zu brechen“. Geschlagen habe H., noch ehe er von einem Säbelhieb getroffen wurde. Als er verletzt war, habe er nicht mehr schlagen können und sei halb zusammengesunken. Auch ein Schutzmann, der als Zeuge geladen war, bestätigte den Ruf „Pfui! Bluthunde!“ Diese Beweisnahme genügt dem Gericht, und der Staatsanwalt beantragte gegen den bisher völlig unbescholtenen Angeklagten 3 Monate Gefängnis. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Heßemann hatte beantragt, für den gestrigen Termin ein paar von ihm benannte Zeugen zu laden, die jene Polizeistatue näher schildern würden. Vor allem würde eine Frau bekunden, daß sie in der Eisenstraße, als sie zum Bahnhof gehen und von da zum Treptower Friedhof fahren wollte, von Gendarmen überritten worden sei, so daß sie einen Armbruch und andere Verletzungen erlitt. Nachdem diese Beweisangebote abgelehnt worden waren, blieb dem Verteidiger nur noch übrig, für Haack die mildernden Umstände geltend zu machen, die in seiner berechtigten Erregung über die Polizeistatue lagen. Daß durch den Ausdruck dieser Erregung die „Gefährlichkeit der Situation“ — wie in anderen Prozessen dieser Art immer wieder von der Anklagebehörde behauptet wurde — noch gesteigert worden sei, könne man nicht sagen, nachdem die neueste Wahlrechtskundgebung dank dem Fernbleiben der Polizei so ruhig verlaufen sei. Das Urteil billigte dem Angeklagten mildernde Umstände zu, berücksichtigte seine Erregung und setzte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von 3 Wochen fest.

Ihr Bluthunde!

Vor der 135. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte mußte sich gestern der Schlüssler Friedrich Kunck wegen Beleidigung verantworten. Am 18. März d. J. zog anlässlich des Besuchs der Gräber der Märzgefallenen eine große Menschenmenge durch die Friedenstraße. Als die Polizei die Truppe zurückdrängen wollte, kam es an mehreren Stellen zu Zusammenstößen und Störungen. Der Angeklagte wurde hierbei von dem Kriminalschuttmann Schmeil beobachtet, wie er mehrmals die Worte ausrief: Ihr Bluthunde, Ihr Anächte, Ihr müßt alle zusammen nach Sibirien! — Vor Gericht erklärte der Angeklagte, daß er damals sehr erregt gewesen sei und sich an nichts mehr erinnern könne. Wenn er die Worte gebraucht habe, so sei er durch das Vorgehen der Schutzleute dazu gereizt worden. — Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die Schwere der Beleidigung eine Woche Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Schwindt hielt eine erheblich mildere Strafe für ausreichend, da bei derartigen Anlässen die erregte Volksmenge unter einer Massensuggestion stehe und allem Anschein nach der sonst ruhige Angeklagte, der sich überhaupt nicht um politische Dinge kümmerte, in die Masse mit eingestimmt habe, genau so wie manch anderer sich unwillkürlich an den Weisheitsbewegungen in einem Theater beteilige. Das Gericht erkannte auf 3 Tage Gefängnis.

Das Grünau-Bootsunglück.

welchem zwei blühende Menschenleben zum Opfer gefallen waren, beschäftigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Liebenow die 3. Strafkammer des Landgerichts III. Angeklagt war der 17jährige Schlosser Otto Schulte. — Am 16. Mai u. J. fuhr der Angeklagte als Führer des Motorbootes „Alexander“ die Köditz bei Erkner entlang. Das nur 30 Personen fassende Motorboot war schon bis aufs Höchste belastet, trotzdem nahm der Angeklagte noch weitere Personen an einer Galeselle an Bord. Der energische Protest, welcher von den Fahrgästen gegen diese lebensgefährliche Ueberfüllung erhoben wurde, wurde von dem Angeklagten mit spöttischem Lächeln zurückgewiesen. Ein Kaufmann Zimmermann, der sich in Begleitung einer etwas ängstlichen Dame befand, forderte den Angeklagten auf zu halten und die überzähligen Fahrgäste abzusetzen, oder ihn selbst aussteigen zu lassen. Auf der weiteren Fahrt legte sich das Motorboot mehrmals bedenklich auf die Seite und J. verlangte nochmals kategorisch zu halten, damit er aussteigen könne. Der Angeklagte lehnte dies ab und fuhr mit erhöhter Geschwindigkeit weiter. Um ein Haar hätte sich auch ein unabsehbares Unglück ereignet, da der Angeklagte mit dem ihm entgegenkommenden Sternmotorboot „Ceres“ kollidierte. — Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten auf die Anzeige des J. wegen Freiheitsberaubung zu einer Gefängnisstrafe von 3 Tagen. Die Strafkammer, welche sich auf die Verurteilung des Angeklagten hin, nochmals mit dieser Sache zu beschäftigen hatte, hielt ebenfalls eine Freiheitsberaubung für vorliegend und erkannte unter Verwerfung der Verurteilung wiederum auf 3 Tage Gefängnis, beschloß jedoch, den noch jugendlichen Angeklagten der bedingten Begnadigung zu empfehlen.

Gefängnis für schlechte Affordarbeit.

Zurzeit, wo die Bauprohen mit aller Gewalt auf die verstärkte Einführung der Affordarbeit im Baugewerbe dringen, kommt ein Gerichtsurteil aus Stendal, das drei Arbeiter wegen schlechter Arbeit zu Gefängnisstrafen verurteilte, sehr zur rechten Zeit. Der Maurermeister Behne aus Stendal hatte die Herstellung der Maurerarbeiten bei der dortigen Alkanalage übernommen und dabei die Ausführung einer Mauer den drei Affordmauern Krüger, Bist und Hüfner übergeben. Die Affordmauer stellten nun, um bei dem niedrigen Preis doch noch ein Geschäft zu machen, die Mauer in der Weise her, daß sie auf beiden Seiten Blenden aufführten und das Innere anstatt mit massivem Mauerwerk, mit Erde ausfüllten, natürlich ohne Mörtel. Zwei auf demselben Bau in Stundenlohn beschäftigte Maurer, teilten dieses, da sie von der Wand ein Einstürzen und somit einen Unglücksfall befürchteten, der städtischen Behörde mit, worauf diese sofort die Niederlegung der Arbeit forderte. Der Unternehmer Behne erlitt dabei einen Schaden von 3000 M., da er der Stadt für die Arbeit haftete. Die drei Affordmauern hatten sich vor der Strafkammer wegen Betrug zu verantworten. In ihrer Verteidigung führten sie an, daß es ihnen bei dem niedrigen Affordpreis nicht anders möglich war. Die Kammer verurteilte jeden der Angeklagten zu einem Monat Gefängnis. Der Vorsitzende betonte dabei, daß das Gericht berücksichtigt habe, daß in Folge des niedrigen Preises die Verführung zu solcher betrügerischen Arbeit sehr nahe gelegen habe.

So wie hier geschieht es in unzähligen Fällen; auch Berlin kann davon ein Lied singen, und doch pries Herr Felsch, der Ober-Scharfmacher im Baugewerbe erst vor wenigen Tagen wieder in der „Arbeitszeitung“ die Affordarbeit als „den notwendigen Regulator der Löhne“. Herr Felsch kennt natürlich die Fuscherei im Affordverhältnis sehr genau, aber er weiß, daß man mit dem Afford Menschen und Löhne forumpieren kann. Im Baugewerbe darf, wenn man Menschenleben schonen will, nur der Grundsatz gelten: fort mit der Affordarbeit!

Vermischtes.

Die Hochwasserkatastrophe in Serbien.

Immer neue schreckliche Einzelheiten aus dem Ueberschwemmungsgebiet in Serbien werden bekannt. Am schlimmsten scheint die Stadt Kragevay mitgenommen worden zu sein. Hier stehen 530 Häuser, Kirchen, Fabriken, die amtlichen Gebäude, die Strafhäuser und Spitäler unter Wasser; ganze Straßen sind durch das Wasser vernichtet worden. 18 neue Verluste an Menschenleben werden gemeldet. In der Umgegend von Kragevay sind 20 Dörfer völlig überflutet. Ungeheuren Schaden hat das Hochwasser unter dem Viehbestande angerichtet, große Herden von Zugtieren sind zugrunde gegangen. Der Schaden, der allein in der Stadt Kragevay angerichtet wurde, beziffert sich über zwei Millionen Dinars. Großen Schaden erlitt auch die Gegend um Schumadia sowie ganz Westserbien.

Die Flüsse im Innern des Landes führen Teile von Häusern, Leichen von Menschen und Tieren mit sich. Das Viehfutter ist in verschiedenen Gegenden vollständig vernichtet. In verschiedenen Dörfern sind große Verluste an Menschenleben zu beklagen, so hat auf einer Landstraße die Wasserflut einen großen Bauernhofen, der vom Jahrmärkte zurückkehren wollte, überrollt und ihren Tod herbeigeführt.

Ueber den Verlauf der Katastrophe in Kragevay schreibt ein Augenzeuge: Ein furchtbarer, in dieser Stärke je beobachteter Regen ging hernieder. Der Sturm wütete vom Mittag bis zum Abend, ein schweres Gewitter folgte dem anderen, Wellenbrüche brachten wahre Wasserlawinen. Von allen Seiten läuteten die Glocken, als kündeten sie dem Volke, unter dem eine furchtbare Panik ausgebrochen war, ein neues Gottesgericht. Aus den Kasernen wurden Alarmgeschüsse abgegeben, ebenso gaben Trompeten Alarmsignale. Auch die Fabrikpfeifen ertönten, um Hilfe herbeizurufen. Ganze Straßen der Unterstadt, in der Nähe des Lepenijaflusses, der die Ueberschwemmung hervorrief, waren in wenigen Minuten bis zu einer Höhe von zwei Metern unter Wasser gesetzt. Zahlreiche Gewölbe und Geschäfte wurden förmlich weggerissen, Militär war fortgesetzt mit Rettungsarbeiten beschäftigt. Die Nacht war furchtbar. Frauen und Kinder weinten, man flüchtete auf die Dächer der Häuser, auf die Bäume, die Kirchdächer, und das alles im Dunkel der Nacht, nachdem die Beleuchtungswerke infolge der Wasserflut ihren Betrieb hatten einstellen müssen.

Fahrt der Kölner Tenballons nach Homburg.

Gestern unternahm die drei in Köln stationierten lenkbaren Luftschiffe „P. II“, „M. I“ und „J. II“ eine gemeinsame Fernfahrt nach Homburg u. d. Höhe. Wegen der böigen Winde mußte die Fahrt, die für den Morgen festgesetzt war, bis um 11 1/2 Uhr verschoben werden. Nachdem sich das Wetter gegen Mittag etwas aufgeklärt hatte und die Windströmung eine günstige war, stiegen die Luftschiffe in kurzen Abständen leicht und sicher auf. Zunächst manövrierten sie einige Zeit über Köln und schlugen dann die Richtung nach Bonn ein, wo sie um 12.05 Uhr gesichtet wurden; Punkt 1 Uhr passierten sie Koblenz. Bereits bald nach 3 Uhr wurden sie von Homburg aus gesehen, um 3 1/2 Uhr landete als erster auf dem für die Ankunft vorgesehenen Plage der „P. II“, dann folgten „J. II“ und „M. I“. Die Begeisterung des Publikums bei der Ankunft der Luftkreuzer war groß. Wegen Abend soll die Rückfahrt vor sich gehen.

Schwerer Unfall auf einem deutschen Dampfschiff.

Wie ein Telegramm aus Wilhelmshaven meldet, riß bei der Kohlenübernahme auf dem Dampfschiff „Zähringen“ gestern morgen eine Droße, so daß die ganze von ihr gehaltene Kohlenlast in den Kohlenraum zurückfiel. Durch die herabfallenden Kohlen wurden sieben Mann, ein Bootsmannsmaat, ein Obermatrose und fünf Ratrofen getroffen und verletzt, zum Teil schwer. Alle Verletzten mußten ins Lazarett gebracht werden. Die Namen der bei dem Unfall Verunglückten sind: Bootsmannsmaat Vergmann, Obermatrose Grähler, die Ratrofen Hoffkamp, Busendorf, Vinskind, Stumpf, Rauch.

Kleine Notizen. Den Bod zum Gärtner machte die Obrigkeit der ungarischen Ortschaft Hajduborog. Seit zwei Jahren kamen dort viele Diebstähle vor, ohne daß man den Tätern auf die Spur kam. Jetzt stellte sich heraus, daß die beiden Ortopolizisten die Spitzbuben waren. — Auf einer Landstraße in der Nähe von Budapest wurden zwei deutsche Handwerker durch einen vom Blitz erschlagen. — Auf der Chaussee nach Reims (Frankreich) stieß ein Automobil mit einem Lastwagen zusammen. Eine in dem Wagen sitzende Krankenschwester wurde herausgeschleudert und lebensgefährlich verletzt. Auch der Chauffeur wurde mit schweren Verletzungen unter dem zertrümmerten Automobil hervorgezogen. — In der Nähe von Jumbrod wurde eine Abteilung Soldaten von einer Lomine überfallen. Zwei Soldaten wurden verwundet, die übrigen kamen mit dem Schred davon.

Zentralverband der Schmiede

Zahlstelle Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis: Linienstr. 73. Telefon: Amt III, 9319. Montag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, in den Musikor-Sälen, Kaiser-Wilhelmstraße 18 m:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zu den Stichwahlhandb. 2. Punkt 9 1/2 Uhr: Stichwahl der Delegierten zum Verbandstag. 3. Vortrag des Kollegen Emil Danner über „Die Anfänge der sozialistischen Bewegung in Deutschland“. 4. Anträge und Beschlüsse.
Mitgliedsbuch legitimiert. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Kollegen, wir erwarten zu dieser Versammlung zahlreichem Besuch. Die am Donnerstag, den 21. d. Mts., stattgehabte Wahl hatte kein Ergebnis, weil kein Kandidat die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigete. Die Stichwahl ist deshalb von entscheidender Bedeutung.
Wir ersehen die Vertrauensleute, alle Mitglieder auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Eine besondere Einladung geht den Mitgliedern nicht mehr zu.
178/9* Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Küchenmöbelbranche.
Montag, den 25. April 1910, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27a:

Bersammlung

aller in der Branche beschäftigten Tischler u. Maschinenarbeiter. Weissenow und Rixdorf sind hierzu eingeladen.
Verbandsbuch ist mitzubringen.
62/11 Die Branchenleitung.

Verband der Schneider.

Filiale Berlin I.

Achtung! Herrenkonfektion. Achtung!

Am Sonnabend, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Schulz, Münst. 17 (Eingang Köpenickerstr.), eine Sitzung der Kollegen der Firmen Stern, Gebr. und Hugo Permann statt. Zu dieser Sitzung ist das Lohn- und Verbandsbuch zur Kontrolle mitzubringen.
Am Montag, den 25. April, in demselben Lokal Sitzung der Kollegen der Firma S. Reichmann.
Am Sonnabend, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Scherndorf, Neue Köpenickerstr. 30, Sitzung der Kollegen der Firmen Ph. Hto und Wüller u. Leopold.
Am Montag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Sitzung der Kollegen der Firma Sohn u. Sohn, Werkh. und Heimarbeit. In dieser Sitzung werden die Tarife ausgegeben.
Wohlwüßiges und pünktliches Erscheinen erwartet Die Kommission.
162/15

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

E. H. 3 Hamburg.

Mitglieder-Versammlungen

der örtlichen Verwaltungstellen:
Berlin A: Am Montag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Wählisch, Stallier Str. 22.
Berlin B: Am Sonntag, den 24. April, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 7).
Berlin C: Am Montag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Zah, Hornstr. 2.
Berlin D: Am Sonntag, den 24. April, vormittags 10 Uhr, in der Bahnhofs-Brauerei, Turmstr. 25/26.
Berlin E: Am Sonntag, den 24. April, vormittags 10 Uhr, bei Herrn Raabe, Kolberger Straße 23.
Berlin F: Am Sonntag, den 24. April, vormittags 10 Uhr, bei Paul Obigo, Schwebler Straße 23.
Berlin G: Am Sonntag, den 24. April, vormittags 10 Uhr, in Manns Hornuasälen, Straußberger Straße 3.
Berlin H: Am Sonntag, den 24. April, vormittags 10 Uhr, bei Reichardt, früher Tollsdorf, Gieriger Straße 58.
Berlin J: Am Sonntag, den 24. April, vorm. 10 Uhr, im Restaurant G. Greibe, Rommener Str. 2.
Lichtenberg, Stralau-Kummelsburg: Am Sonntag, den 24. April, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Viedenhagen, Lichtenberg, Schanzenstr. 69.
Schöneberg: Am Montag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Kuschke, Reiningen Straße 8.

Tages-Ordnung:
1. Kassensbericht vom 4. Quartal 1909. 2. Wahl der Ortsverwaltung inklusive Beitragsnehmer. 3. Kassensbericht vom 1. Quartal 1910. 4. Beschlüsse und Kassensangelegenheiten.
184/4
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersuchen Die Ortsverwaltungen.

„Segler-Schloß“ — Hankels Ablage.

Bahnstation Jenthen. Besitzer: W. Heinrich.
Für besorgenden Sommerferien halte ich mich werten Vereinen, Fabriken, Schulen usw. bei Förderung aufmerksamer Behebung bestens empfohlen. — 3 neue Säle und Hallen. — Schöne Spielplätze. — Badeanstalt. — Boote und Belustigungen aller Art.
454/2* W. Heinrich.

„Bellevue“ Woltersdorfer Schleuse

am Platensee gelegen.
Großer Parkettfußboden-Saal.
Vereins- und Gesellschafts-Lokal.
165/16

Herren-Sommer-Anzüge
in großer Auswahl sind gut und billig zu haben
Brunnerstr. 158, Otto Heinleke.
Laden ganz getriehten.

Aus der Partei.

Zur Meißener.

Verbot von Meißenermärschen, deren Begründungen im allgemeinen den schon mitgeteilten entsprechen, sind noch ergangen in Königsberg i. Pr., Danzig, Erfurt, Paderborn, Elbe, Wilhelmshagen, Lüneburg, Zehlendorf bei Berlin und Genthin.

In Danzig erfolgt das Verbot, weil ein Meißenerzug eine politische Demonstration ist, die die öffentliche Sicherheit gefährden könne. Unsere Genossen wollten die Garantie für die Ordnung übernehmen, aber die Polizei ist der Ansicht, weil am 10. April 150 Versammlungsteilnehmer vor der Wohnung des Regierungspräsidenten ein Hoch auf das Wahlrecht ausgebracht haben, seien die Genossen nicht in der Lage, für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

In Erfurt behauptet der Bescheid, daß bei der durch die fortgesetzten Agitationen erregten öffentlichen Stimmung Ausschreitungen um so eher zu befürchten sind, als auch die Teilnehmer der am 13. Februar, 6. und 14. März sowie 10. April stattgefundenen Protestversammlungen sich von solchen nicht überall haben zurückhalten lassen und daher die Annahme gerechtfertigt ist, daß bei dem für den 1. Mai geplanten öffentlichen Umzug erneut Ausschreitungen eintreten werden! Die „Ausschreitungen“ an den betreffenden Tagen bestanden darin, daß die Wahlrechtsdemonstranten in den Straßen spazieren gingen und Hochrufe auf das freie Wahlrecht ausbrachten. — Der Bürgermeister von Zehlendorf verweigert die Genehmigung, da aus dem sozialen Gesandten, der in der Veranstaltung des Aufzuges seinen Ausdruck findet, und dem an Sonntagen am hiesigen Ort sehr stark auftretenden Fremdenverkehr Gefahr einer Kollision zu befürchten ist. Der Gedankengang ist nicht neu, die Ausdrucksweise einigermaßen originell, freilich auf Kosten der deutschen Sprache.

Besonders originell ist die Begründung, die die Polizeiverwaltung von Genthin gibt. Es heißt in dem polizeilichen Schreiben u. a.: „Erst vor kurzem sind in einer Nachbarstadt bei den Wahlrechtsschreitungen aus den Häusern Töpfe, Teller, Schüsseln usw. auf die Demonstranten in den Straßen geworfen worden, wodurch nicht nur die Demonstranten selbst, sondern auch sämtliche Fuß- und Radwegpassanten gefährdet wurden. Ein gleiches Verhalten der hiesigen lokalen Bürgerschaft steht eventuell zu erwarten, und dürfte es in Ihrem eigenen Interesse liegen und um Ihrer eigenen Sicherheit willen angebracht erscheinen, daß dieser Umzug nicht gestattet wird.“ Ein hübsches Zeugnis, das die Genthiner Polizei der „lokalen“ Bürgerschaft ausstellt!

In Potsdam hat die königliche Polizeidirektion die für vormittags 8—10 Uhr geplante Meißerversammlung verboten. Nach einer Verordnung des Konsistoriums sollen öffentliche Versammlungen nicht vor der Mittagszeit (10—12 Uhr) abgehalten werden.

Genehmigung zu Umzügen werden aus Bremerhaven, Geestemünde, Branderburg und Rathenow gemeldet. In der letzteren Stadt findet im Anschluß an den Umzug eine Versammlung unter freiem Himmel auf einem in den städtischen Anlagen gelegenen Platz statt. Im Zuge dürfen Fahnen und Plakate nicht geführt werden.

Außerdem werden Genehmigungen gemeldet aus Hanau, Wehrhahn, Wittweida und Oberlungwitz (Sachsen).

Strasfanto der Arbeiterpresse.

Wegen Beleidigung des freisinnigen Magistratsrats Heim in Nürnberg wurde Genosse Schlegel von der „Fränkischen Tagespost“ zu 350 Mark Strafe verurteilt. Bei einer Ausperrung der Müller benutzte der Privatkläger eine verlogene Kotiz des freisinnigen „Fr. Kurier“ über eine angebliche Massenversammlung Ausgesperrter mit den obligaten Ausschreitungen, um im Magistrat eine Interpellation einzubringen und scharfe Polizeimaßnahmen zu verlangen. Die „Fränkische Tagespost“ hatte die Ungezogenheit und das Vorgehen Heims scharf kritisiert, worauf Heim in öffentlicher Sitzung die Behauptung von Ausschreitungen aufrechtstellte und die „Tagespost“ des Doppelspiels und der böswilligen Verleumdung beschuldigte. Die „Tagespost“ blieb ihm natürlich die Antwort nicht schuldig. Bald darauf ging er wiederholt im Magistrat gegen den Konsumverein vor, der eben eine neue Wiedereinrichtung hatte, die vielen Leuten in Nürnberg sehr un bequem war. Weil durch in undicht gemordenes Leitungsdraht Wasser in den Vorräumen des Kellers eingedrungen war, sprach Heim von gesundheitslichen Mischständen usw. und hielt diese Behauptungen auch noch aufrecht, nachdem die beiden Bürgermeister erklärt hatten, daß die Zustände im Konsumverein durchaus mustergerügt seien. Auch wegen dieses Vorgehens wurde Heim scharf von der „Tagespost“ angegriffen.

Trotzdem auch das Gericht feststellte, daß Heim keinen Anlaß zu seiner Interpellation hatte, und daß die Verhältnisse im Konsumverein als mustergerügt zu betrachten sind, kam es zu der enorm hohen Strafe.

Die Ergebnisse der diesjährigen Gemeindevahlen.

Übermals kann die Sozialdemokratie der Kreise Niederbarnim und Teltow-Deerslow auf hättliche Erfolge zurückblicken. Neben dem preussischen Wahlkampf, den sie mit den Entschiedensten gang Preussens geführt, hat die Arbeiterschaft der Berliner Nachbarkreise einen zähen Kampf mit den Gegnern jeglichen kulturellen Fortschritts in den Gemeinden ausgefochten. Und sie hat in diesem Kampfe in fast allen Gemeinden den Gegnern Terrain abgerungen, soweit bei dem auch hier geltenden dreiklassenwahlrecht die Möglichkeit darbanden war. Ohne Zweifel ist die gegenwärtige allgemeine politische Situation von Einfluß auf den Ausgang des Kampfes gewesen, denn es sind in diesem Frühjahr in einer Reihe Orte sozialdemokratische Vertreter gewählt worden, in denen man vor zwei Jahren noch nicht damit gerechnet hatte.

Außerdem aber darf nicht verkannt werden, daß die von einer kleinen Clique in den Gemeinden betriebene Interessenspolitik immer weiteren Kreisen zum Bewußtsein kommt. Je mehr die Sozialdemokratie die Schäden aufdeckt, die eine solche egoistische Politik verursacht, desto größere Kreise werden für die kommunalpolitischen Fragen interessiert. Von dieser regen Anteilnahme der Bevölkerung an der kommunalen Politik wissen die Bevorchoreten, weshalb sie besonders heisse Dinge dem Forum der Öffentlichkeit entziehen und in der geheimen Sitzung zur Verhandlung bringen. Ihre schlechte Gewissen fürchtet die Öffentlichkeit. Noch denken die in den Gemeinden sitzenden „Schieber“ und Spekulant an die traurige Vergangenheit, also sie in gemächlicher Ruhe, ohne sich erst von einem Gegner bloßstellen lassen zu müssen, ihr Schicksal im Kreise bringen konnten. So leicht haben sie es jetzt nicht mehr. Kein Wunder, wenn unsere Gegner mit allen Mitteln, die ihnen zu Gebote stehen, ein weiteres Eindringen sozialdemokratischer Vertreter in die Gemeinde zu hindern trachten. Das von uns bereits früher kritisierte Verfahren, die Wahlhandlung in eine

für die meist außerhalb des Ortes beschäftigten Arbeiterwähler ungünstige Zeit zu verlegen, hat, wenn auch nicht mehr in dem früheren Umfange, so doch immer noch vereinzelt Anwendung gefunden. Nicht Mangel an Verständnis und Einsicht, sondern das Bestreben, die Arbeiterschaft von der Verteilung fernzuhalten, ist es, das die Gemeindebehörden zur ungünstigen Festsetzung der Wahlzeit bestimmt. So sind z. B. in Rühlensbeck, wo für die dritte Abteilung die Wahlzeit auf 2—4 Uhr nachmittags festgesetzt war, unsere beiden Vertreter diesmal den Bürgerlichen unterlegen. Trotz alledem haben uns die diesjährigen Gemeindevahlen, wie aus nachstehender Tabelle ersichtlich ist, einen erfreulichen Fortschritt gebracht.

Table with 10 columns: Gemeinde, Abteilung, Zahl der sozialdemokr. Vertreter (1906, 1908, 1910), Sozialdemokratische Stimmen (1906, 1908, 1910), Stimmen der Gegner (1910). Rows list various municipalities like Biersdorf, Bergfelde, Biesdorf, etc.

1) In Friedrichshagen hatten wir nur ein Mandat zu verteidigen, daher die gegen vor zwei Jahren niedrigere Stimmenzahl. 2) Auch in Groß-Lichterfelde stand diesmal nur ein Bezirk zur Wahl. 3) Vorgestern hat die Marienfelder Gemeindevertretung die Wahl unserer beiden Genossen für ungültig erklärt, weil der Wahlvorstand unbeglaubigte Stimmzettel zurückgewiesen hat — übrigens ein Verfahren, das auch die Wiltung der Beschwerdeinstanz finden muß. 4) In Pantow gelang es den Gegnern unter Führung des Reichsverbandes, uns infolge des Parteistreites vor zwei Jahren vier Mandate zu entreißen. Drei davon haben unsere Genossen diesmal wieder erobert. 5) In Zempelhof hat der Gemeindevorsteher als Vorsitzender des Wahlvorstandes die Wahl des Genossen Krenschke, weil derselbe nicht Angefessener im Sinne der Landgemeindevordnung sein soll, für nichtig erklärt und eigenmächtig eine Neuwahl angeordnet. Auch hiergegen ist der Klageweg beschritten. 6) In Zempelhof sind inzwischen die sozialdemokratischen Mandate von der Gemeindevertretung für ungültig erklärt worden. Unsere Genossen haben, da sie die angeführten Gründe für sich haltig erachten, den Klageweg beschritten.

Die Zahl der Vertreter ist nach der Aufstellung von 74 im Jahre 1906 auf 128 im Jahre 1908 und auf 182 in diesem Jahre gestiegen. Erfreulich ist der in einigen Orten zu verzeichnende außerordentliche Stimmengewinn unserer Partei. Wenn es in einigen Orten trotzdem nicht gelang, unsere Kandidaten durchzubringen, so trägt nicht zum mindesten Schuld daran die nach den Bestimmungen der Landgemeindevordnung oft unzulässige Anwendung des Stimmrechts. Je mehr sich die Gegner in ihrer bisherigen Position bedroht fühlen, desto mehr suchen sie die Stimmen derjenigen zu ergattern und gegen die Sozialdemokratie auszuspielen, die im Orte ein Grundstück besitzen, aber außerhalb desselben wohnen. Oft sind das solche Besitzer, denen nach dem klaren Wortlaut der Landgemeindevordnung ein Recht zu wählen nicht zusteht. Doch unsere Amtsvorsteher kümmern das herzlich wenig; sie nehmen diese Art Korruption einfach in die Wählerliste auf, wird doch mit einem solchen Papiersturm die Gemeinde vor dem Umsturz gerettet. So hatten wir z. B. in Rieder-Schönhausen mit 238 Stimmzetteln zu rechnen. In Wannsee wurden 133 solcher Stimmen abgegeben; in Wixtenwerder befanden sich unter den gesamten 182 bürgerlichen Stimmen allein 98 Stimmzettel; in Erkner 77, in Schönebeck 39 usw.

In verschiedenen Orten haben unsere Genossen gegen diese Art der Listenaufstellung, die selbstverständlich stets die Zustimmung der arbeitereindlichen Gemeindevertretungen finden, den Klageweg beschritten.

In einigen Orten mußten wir in Ermangelung geeigneter anfähiger Kandidaten das Mandat kampflos dem Gegner abgeben.

Ein Schauspiel, das zugleich einen Lohn auf die Landgemeindevordnung darstellt, bot sich in Straßau. Dort wurden bei der Wahl auf den sozialdemokratischen Kandidaten 225 Stimmen abgegeben. Da jedoch ein Angefessener zu wählen war, unser Kandidat diese Eigenschaft aber nicht besaß und unsere Genossen einen solchen Bläffischen auch nicht finden konnten, mußte eine nochmalige Wahl stattfinden. Nun übten von 890 eingeschriebenen Wählern nur 17 ihr Wahlrecht aus, wovon 13 Stimmen auf den bürgerlichen Kandidaten entfielen, der nunmehr als gewählt in die Gemeindevertretung einzog. Dieses Beispiel zeigt die Rückständigkeit, ja Lächerlichkeit der Landgemeindevordnung in bezug auf die Beleuchtung, in ihm kommt der Geist der „geborenen Beschneher“ sowie der durch ein Privilegienwahlrecht gewählten Vertreter zum preussischen Landtag zum Ausdruck.

Neu ist in dem verflochtenen Gemeindevahlkampf, daß in Sieglitz und Marienfelde die Stichwahl am Sonntag stattfand. Dieser Umstand, durch den wir in beiden Orten den Sieg errangen, haben wir der starken Befehung des Wahlvorstandes durch unsere Genossen zu verdanken. Es zeigte sich hier an der weit zahlreicheren Wahlbeteiligung, wie gerechtfertigt unsere Forderung ist, die Wahlen an gesetzlichen Feiertagen stattfinden zu lassen.

In den Orten, in denen unsere Bewegung noch zu schwach war, um mit den Bürgerlichen den Kampf mit Erfolg zu bestehen, geben unsere Genossen mit doppeltem Eifer an den Ausbau der Organisation sowie die Verbreitung unserer Ideen. So besteht denn auch kein Zweifel darüber, daß uns die nächsten Wahlen bei intensiver agitatorischer Tätigkeit weitere erfreuliche Fortschritte bringen müssen.

Aus der Frauenbewegung.

Bund für Mutterhaus. Eine uns zugegangene, von Adele Schreiber unterzeichnete Zuschrift beschäftigt sich mit unserer objektiven Auslassung über die tiefere Ursache der Krise im Bund für Mutterhaus. Zum Teil beschäftigt sich die Polemik mit persönlichen Fragen, teils zieht sie Auslassungen von dritter Seite, von denen wir gar keine Notiz nahmen, in den Kreis der Erörterung. Darauf jetzt einzugehen, fählen wir keine Veranlassung, da wir die rein persönlichen Fragen auch bisher schon streng ausgeschaltet haben. Ein Teil der Polemik ist soeben aus pregelegenen Gründen ausgeklammert worden. Was wir aus der Zuschrift glauben mitteilen zu sollen, sind folgende Behauptungen von Frau Adele Schreiber:

Der Kampf verdanke seine Entstehung keineswegs persönlichen Gründen. Ebenjowenig sei die gegenwärtige Krise aus einem Kampf zwischen radikalen oder konservativen Anschauungen hervorgegangen, sie sei vielmehr aus der Tatsache erwachsen, daß für amähernd fünf Jahre Bundesentnahmen und -ausgaben keine klare, befriedigende Uebersicht zu erlangen gewesen sei. Wörtlich heißt es dann weiter:

Der Bund hat bisher weder Mitgliederlisten noch Kassenberichte verfaßt. Selbst Vorstande und Ausschussmitglieder ist der Einblick in die Mitgliederliste verweigert worden, selbst dem Vorstand war es somit unmöglich, Zahl und Beitragsleistung der Mitglieder zu kontrollieren.

Ich stelle fest, daß es mir und meiner „Nichtung“ auf folgendes ankommt: Korrekte Geschäftsführung durch eine besoldete, selbständige Kraft unter Kontrolle eines ehrenamtlichen Vorstandes, genaue und sorgfältige Rechnungslegung für jeden Pfennig anvertrauten Geldes, ein richtiges Verhältnis zwischen festen Einnahmen und Verwaltungskosten, genaueste Befolgung der Statuten, Wahrheit und Klarheit in allen Dingen, Ausschaltung jedes persönlichen Regiments und jedes Systems. Der Verbindungen und Ehrenämtern, neutrale Vorstandszusammensetzung, neutrale, allen zugängliche Lage der Bureau, (nicht in der Privatwohnung bestimmter Vorstandsmitglieder) hierdurch auch die Möglichkeit für den übrigen Vorstand, jederzeit in die Vereinspapiere Einsicht zu nehmen, Prüfung der Kassenverhältnisse durch einen vereidigten Sachverständigen! Eine in Halle im Vertrauen auf zwei kaufmännisch gebildete Revisoren gefasste Resolution besagte, die Finanzangelegenheiten seien geprüft und in Ordnung befunden. Die nähere Durchsicht aber der in Halle verteilten Abrechnung, der ersten, die den Mitgliedern jemals in die Hände gegeben wurde, zeigt so viele Fehler, Unrichtigkeiten und Widersprüche, daß sie bringend einer Auffklärung und unanfechtbaren Ueberprüfung bedarf.

Prostitution und Kapital.

Auf eine Anregung des Internationalen Abolitionistenbundes hin findet in St. Petersburg unter den Prostituierten zurzeit eine Enquete über die Ursachen, die sie der Prostitution zuführen, statt. Mit furchtbarer Deutlichkeit erkennt man in den größtenteils knappen und einfachen Antworten den innigen Zusammenhang zwischen dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und einer seiner unmittelbaren Folgen: der Prostitution. Ob Prohibitoren oder Dienstherren, Kuppler oder Lehmannen, stets sind es die wirtschaftlich Mächtigeren, stets sind es die Folgen der heutigen Produktionsweise, die die wirtschaftlich Abhängigen niederrücken, die Tausende und aber Tausende von Frauen und Mädchen der Prostitution zutreiben. Unter dem bis jetzt gesammelten reichen Material erwecken besonderes Interesse die Antworten auf Punkt 12 des Fragebogens: „Was hat Sie der Prostitution zugeführt?“

„Das Leben der Arbeiterin ist zu schwer“, antwortet eine ehemalige Gärtnerin, die sich mit dem 18. Lebensjahre zu prostituierten begann. „Die Arbeitszeit währt von 5 Uhr morgens bis 9 Uhr abends; der Lohn schwankt zwischen 30—50 Kopfen pro

Tag. — Eine andere ehemalige Arbeiterin schreibt: „Ich mußte einmal von der Arbeit ausruhen. Zu Anfang verdiente ich mir nur etwas hinzu, bald aber zwang die Not mich, ein Willkür zu lösen. (Gleichbedeutend mit Sittenkontrolle.) Da ließ ich denn die Arbeit ganz fahren.“ — Sehr charakteristisch ist auch die Antwort einer früheren Weibnäherin: „Ich brauchte mehr Geld für meine Kinder; aber dann starben sie und da war es mir schon ganz gleich, wie ich lebte.“ — Eine ehemalige Gouvernante schreibt: „Der Vater meiner Schützlinge verführte mich. Danach wagte ich schon nicht mehr, Gouvernante zu sein.“ — Viele Antworten lauten lakonisch: „Ein Student verführte mich; er mißte mich ein und so ging es dann weiter.“ — „Mein Dienstherr steckte mich mit Syphilis an, dann verlor ich die Stelle.“ — „Auf der Mehrzahl der Fragebogen steht einfach zu lesen: „Aus Not“, „Aus Armut“, „Verlor die Stelle“, „War drei Monate arbeitslos“, „Ich diene in einem Restaurant; da bringt es das Geschäft mit sich“, „Verpuppt“, „Verhloppt“, usw.

Aus den weiteren Antworten geht hervor, daß der Uebergang zur Prostitution im Durchschnitt in das 18. bis 20. Lebensjahr fällt. Deutlich tritt auch hier wiederum die Wirkung der Arbeitsbedingungen zutage: so prostituierte sich ein Mädchen, das bei einer Arbeitszeit von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends einen Tageslohn von 40 Kopeln erhielt, bereits mit dem 16. Lebensjahre. In

demselben Alter verfiel der Prostitution ein Mädchen, das seit dem 12. Lebensjahre in einer Jahrmarkts-Schaubude tätig war. Die traurigen Lohn- und Lebensverhältnisse der umherziehenden Schausteller ist ja zur Genüge bekannt.

Eine Anzahl anderer Frauen fallen der Prostitution erst gegen das 25. Lebensjahr anheim. So eine verheiratete Köchin, die in einer Kaufmanns-Familie tätig war. Um die fragliche Zeit stirbt ihr Mann und die Sorge um den Unterhalt der Kinder fällt ihr allein zu. Sie tut die Kinder in Pflege aufs Land und zahlt noch jetzt in regelmäßigen Raten die Pflegschaft.

So verschieden diese Fälle an sich sein mögen, in ihnen allen läßt sich doch mittelbar oder unmittelbar die gemeinsame Ursache erkennen: die brutale Herrschaft des Kapitals. Erdrückend lange Arbeitszeiten, menschenunwürdige Löhne, Mißbrauch des Abhängigkeitsverhältnisses und in vielen Fällen einfach Arbeitslosigkeit. Noch ein anderer sehr bedeutsamer Zug aber ist ihnen gemein: sämtliche Frauen, um die es sich handelt, waren nicht organisiert. Daraus sollen wir wiederum lernen. In einer Zeit, da der Kapitalismus seine wildesten Orgien feiert, da — wie wir es jetzt wieder im Vaugewerbe erleben — Hunderttausende von Arbeitern, wenn sie nur ihr einfaches Recht verlangen, kurzweg auf die Straße fliegen, ist der einzelne hilf- und machtlos. Nur vereint kann das Proletariat siegen. Alle Männer

und Frauen — vornehmlich aber an die Frauen sind diese Worte gerichtet! — ob Fabrik- oder Landarbeiterinnen, Heimarbeitenden oder Hausangestellten, sie alle gehören deshalb in die Organisationen, die ihnen nicht nur mit Rat und Tat zur Seite stehen, sondern auch allein imstande sind, den großen Kampf erfolgreich zu führen, den Kampf um die Menschenrechte des Proletariats gegen den gemeinsamen Feind — den Moloch Kapitalismus.

Lesende.
 Rügen. Montag, den 25. April, 8 1/2 Uhr, im Lokal Albert Stippelohf, Schönherlinder Str. 5.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Sattler und Berufs-genossen Deutschlands, „Hoffnung“, E. S. 84. Verwaltungsstelle Berlin. Heute Sonntag, den 23. April, abends 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15: Ungebetenliche Mitglieder-versammlung.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 24. April, vormittags 9 Uhr, Doppel-Allee 15-17: Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 11 Uhr: Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. S. Bille: „Das Verbrechen II. Seine Bekämpfung.“ Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Theater und Vergnügungen

Sonabend, den 23. April.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Königl. Opernhaus. Pola.
 Königl. Schauspielhaus. Justus Gahr.
 Neues. Die Braut von Messina. Kammerstücke. Götter.
 Neues Königl. Opernhaus. Geschlossen.
 Anfang 8 Uhr.
 Neues Schauspielhaus. Hochzeit der Sobieski. Wie er ihren Mann belog.
 Komische Oper. Hugenotten. Zeffirelli. Das Konzert.
 Kleines. Luribus.
 Berliner. Lohin.
 Neues. Die goldene Axtzeit.
 Neues. Die geschiedene Frau.
 Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.
 Trianon. Theobald u. Cie.
 Neues. Das Nachlicht.
 Thalia. Die Dollarprinzessin.
 Gebel. Der Frosch. Das Nesthähnchen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
 Schiller O. (Königl. Theater.) Die Katakomben.
 Schiller Charlottenburg. Goldene Herzen.
 Friedrich Wilhelmstädtisches. Alt-Heidelberg.
 Volkoper. Die Zauberflöte. Anfang 8 1/2 Uhr.
 Linsen. Der Weichensprecher.
 Neue. Preciosa.
 Kadim. 3 Uhr: Wilhelm Tell.
 Schauspielhaus. Das Leutnantsmündel.
 Metrovet. Hallo!! — Die große Kanne.
 Volles Caprice. Ein verschwiegenes Weibchen. Eine gründliche Kur.
 Casino. Berlin bei Nacht.
 Gebr. Herrnsfeld. Wenn zwei das selbe tun. Das starke Stück.
 Ephe. In den Katakomben von San Francisco. Spezialitäten.
 Volgt. Geschlossen.
 Neud. Alt-Heidelberg, da seine Vorzüge. Spezialitäten.
 Wintergarten. Spezialitäten.
 Reichshallen. Stettiner Sängerknaben. Spezialitäten.
 Walhalla. Spezialitäten.
 Duggenbogen. Spezialitäten. (Anf. 7 1/2 Uhr.)
 Urania. Fandenberg 18/19. Abends 8 Uhr: In den Dolomiten. Nachm. 4 Uhr: Rom und die Campagna.
 Sternarte. Invalidenstr. 57-62.

Lustspielhaus.
 Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmündel
 Residenz-Theater
 Direktion: Richard Alexander.
 Abends 8 Uhr:
Das Nachlicht.
 (Le Gigolo.)
 Schwan in 3 Akten v. W. Jannacci.
 Morgen und folgende Tage:
 Derselbe Vorlesung.
Luisen-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Der Weichensprecher.
 Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Was Gott zusammenfügt. Abends 8 Uhr: Das Geleise des Herzens.
 Montag: Das Geleise des Herzens.
 Dienstag: Das Geleise des Herzens.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Nachmittags 3 Uhr:
 Schiller - Vorstellung:
Wilhelm Tell.
 Abends 8 Uhr:
Preziosa.
 Schauspiel in 3 Akten v. Wolf.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell. Abends 8 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
 In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
 Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
 Sonntag 3 Uhr: Drei Paar Schuhe

Apollo Theater
 Ab. 8 Uhr: Das vollständig neue Programm.
 60 erstklassige Künstler!
 9 Uhr: Moran und Wiser. Senlathou. Bouleuvre mit Säulen.
 10 Uhr: Hales's Juwelien.
 20 englische Backfische 20 Jung-England in Berlin.
 Einzig existier. Ensemble dieser Art.

WINTERGARTEN
Cleo de Merode.
 Siegwart Gentes in seinem Skotch: „Eine Operaprobe“.
 Rosina Caselli mit ihrem Miniatur-Wanderhündchen.
 Paul Conchas der Armes-Herkules in seiner Szene: „Im Feldlager“ und das buntwechselnde April-Programm!
Folies Caprice
 Eine gründliche Kur.
 Neuer dunter Teil.
 Ein verschwiegenes Atelier.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Casino-Theater
 Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.
 Trotz des sensationellen Erfolges nur noch bis zum 13. Mai:
Berlin bei Nacht.
 14. Mai auf allgemeinen Wunsch:
Familie August Knoche.
 Sonnt. 4 U.: Truchens Sommerreise.

Alt-Heidelberg
 mit Karl Heinz . . . Harry Walden.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Jungfrau von Orléans. Abends 8 Uhr: Alt-Heidelberg.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Katakomben.
 Lustspiel in 4 Akten v. Gustav Davis.
 Ende 10 1/2 Uhr.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Viel Lärm um nichts.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Katakomben.
 Montag, abends 8 Uhr:
Goldfische.

Schiller-Theater (Charlottenburg).
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Goldene Herzen.
 Volksstück in 4 Akten v. C. Karlowitz.
 Ende 10 1/2 Uhr.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Meinelbauer.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Goldene Herzen.
 Montag, abends 8 Uhr:
Goldene Herzen.

Castan's Panopticum
 Friedrichsl. 105, Pachterpal.
Ali Ben Mohamed
 orientalischer Gaukler.
Francois Hugos, Musionist.
Indische Witwen-Verbrennung.
 Täglich 7 1/2 Uhr abends.
 Sonntags 2 Vorstellungen:
Heitere Vorträge.
 Morgen Sonntag: Erstes Auftreten von Hahu et Ma, indischer Fakir, der Mann mit der eisernen Zunge.
 Neu! Einzig in der Welt! Neu!

Voigts Krampenburger,
 an der Großen Krampe, eignet sich infolge seiner einfachen, romantischen Lage ganz besonders zu Ausflügen für Vereine, Fabriken und Schulen. **Säle von 100-3000 Personen fassend.**
Jeden Sonntag: Dampfer-Exkursionen der Reederei Robitzing.
 Abfahrt früh 9 Uhr, nachmittags 2 1/2 Uhr ab Rannowbrücke.
 Nachmittags 8 Uhr. — Amt Köpenick 227.
 52029

SPREE-HAVEL Stern DAMPSCHIFFFAHRT-GESELLSCHAFT POTSDAM 1910.
Zur Baumblüte nach Werder.
 Vom 24. April 1910 ab täglich:
 Ab Weidendammer Brücke (Friedrichstr.) (7 30) 9 30 Uhr Sonntags 11 R.
 Ab Hof der Bäckerei (Lage Gärtner) (7 30) 9 30 Uhr hin u. zurück
 Ab Charlottenburg (Schloßbrücke) (7 30) 9 30 Uhr 1,50 R.
 Ab Spandau (Charlottenbrücke) (7 30) 11 30 Uhr Werktagen hin u. zurück 1 R.
 (* nur Sonntags)
 Ab Potsdam (Eisenbahn-Hotel) 10 30, 12 30, 2 30, 4 30, 6 30, 8 30 Uhr.
 Rückfahrt: Ab Werder (Wilmersbrücke) 5 30 nach Spandau-Berlin, stündlich bis 7 30 nach Potsdam.

Zur Baumblüte! Werder a. H.
 Täglich Dampferfahrten von Sonntag, d. 24. April, ab nach
 Abfahrt 9 Uhr morg. von Berlin, a. d. Weidendammer Brücke (gegenüber der Prinz-Reuts-Ferdinandstraße). Rückfahrt 8 Uhr abends.
 Fahrpreis: Sonntags hin u. zurück 1,50 R., einfach 1 R. Wochentags: hin u. zur. 1 R., einf. 75 Pf. Reeder: Kahnt u. Hertzler. Tel. Amt VII 2062.

Artushof
 Perleberger Straße 26.
 Jeden Sonntag:
Paul & Springers
 Kabarett- und Possen-Gesellschaft.
 Anf. Konz. 5 Uhr., Vorst. 7 Uhr. Tanz.

Karl Haverland
 Anfang Theater. präz. 8 U.
 77/79 Kommandantenstraße 77/79.
 Das munderbare April-Prögr.
Diliputaner-Truppe
 prolongiert.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater
 Nachmittags 4 Uhr:
Rom und die Campagna.
 Abends 8 Uhr:
In den Dolomiten.
 Gebr. **Herrnsfeld**
 Theater
 Kommandantenstr. 57. T. N. 4, 5083.
 Heute präzise 8 Uhr:
Premiere
 der Novitäten
Wenn zwei das selbe tun.
 Eine Konkurrenz-Komödie in 2 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld mit den Autoren I. d. Hauptrollen u.
Das starke Stück.
 Schwan in 1 Akt von Julius Hoff.
 Sonntag nachm. 4 Uhr: Ueber-gangshe. Rettungsmittel.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Sonntag, den 24. April 1910:
Die Ehre.
 Schauspiel in 4 Aufz. von Hermann Sudermann.
 Graf Traut + Saarberg: Hans Reih.

Walhalla-Variete-Theater
 Weinbergsweg 19-20, Rosenthaler Tor.
 — Anfang 8 Uhr. —
Spezialitäten-Programm.
 Tunnel: Die allergrößt. Kanone
 Theaterbesucher freien Eintritt.

Trianon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Theodore & Cie.
Sanssouci, Kaitbauer
 Direction Wilhelm Reimer,
 Große Elite-Soiree
 Neues hochaktuelles Programm.
 Sonnt. Beg. 5, wochent. 8 U.

Schluß der Saison 23. April cr.
Zirkus Busch.
 Heute, Sonnabend, den 23. April, abends 7 1/2 Uhr präz.:
Gr. Gala-Vorstellung.
Dompeter Henricksen
 m. s. 10 wilden Tigern.
 (völlig unerreichte konkurrenzlose Dressur.)
 Die ber. Max Gris-Grigory-Truppe.
 Geschw. Pills in ihren Produktionen d. hohen Schule.
 Hr. E. Schumann, Neudressur.
 Zwergclown Francois, Kunst.
 Reiterfamilie Proserpi.
 9 1/2 Uhr ca. Ende 10 1/2 Uhr:
Marja!

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Gussy Holl
 die reizende Parodistin
Ayoe
 die dänische Vortragsdiva
Georg Kaiser
 und 14 erstklassige Varieté-Attraktionen.

Passage-Panoptikum.
 !!! Lebend !!!
Prinz Atom
 der kleinste Mensch der Welt.
Buddhas Wundertafel.
 Welt klein
Alles!
 Alles ohne Extra-Entree!

W. Noacks Theater
 Sonnenstr. 16, am Rosenthaler Tor.
 Große Extra-Vorstellung.
Alt-Heidelberg da seine.
 Schauspiel in 3 Akten.

Königstadt-Kasino.
 Holzmarktstraße 72.
 Täglich: Konzert, Theater und Spezialitäten-vorst. Um 9 Uhr:
Der Sejen kommt von oben.
 Landl. Singpiel v. R. Hohenfeld.
 Neu! The 3 Albertos, Phänomen.
 Kraftaktoren X Mstr. Ottokar,
 Trapez vortaus X Erich Castelli.
Franz Sobanski usw.

Burgtheater-Kinematograph
 norm. Groterjan. Zubeh.: Rud. Merz,
 Schützenstr. 129. Tel. 9, 9353.
Lebende Photographien.
 Hochent. 30 u. 40 Bl. Anfang 7 Uhr.
 Sonnt. 30, 40 u. 60 Bl. Anf. 4 Uhr.
 Vorzugskarten nur Hochentags gültig.
 25 Pf. auf allen Plätzen.
 Stets wechselndes Programm.
 Neben Sonntag im Oberaal:
Künstler-Konzert.
 Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
 R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

Städtebau-Ausstellung
 1. Mai bis 15. Juni. Eintritt 1 M.
 Königl. Akademische Hochschule
 Hardenbergstr. 33.
 Waldgürtel Sport- u. Spielplätze,
 Kunst a. d. Str. Verkehrssysteme.
 Innenstadt Vororte. Gartenstädte
 Arbeitersiedlungen. Groß-Berlin,
 2. Mai: Vortrag, 8 Uhr: Landes-
 bauamt Prof. Goecke: „Welche Er-
 wartungen dürfen wir an das Er-
 gebnis des Wettbewerbs Groß-Berlin
 knüpfen?“ (Lichtbilder.)

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sänger
 Tenoristen-Vogel.
 Ein Künstlerbild v. Meyzel
 Anfang:
 Hochentags
 8 Uhr.
 Sonntags
 7 Uhr.

Wilhelm Hagenbeck's

größte Raubtier-Dressur-Schau der Erde

Bülow-Platz

Kaiser-Wilhelm-Straße, Ecke Linienstraße,
Nähe Alexanderplatz.
 Heute abend 8 Uhr:

Gala-Eröffnungs-Vorstellung.

Vorverkauf bei A. Wertheim, Leipziger Straße, und an der Tageskasse auf dem Schaustellungsplatz, wochentags von 10-12 und ab 3 Uhr nachmittags.
 Tel.-Amt III 9445.

„RABOLA“-Spar-System

Fort-

dauernd werden die Hausfrauen bei ihren Einkäufen von Margarine-Butter, die heute bei den hohen Naturbutterpreisen ein unentbehrliches Nahrungsmittel geworden ist

mit

Zugaben aller Art, deren Wert ein sehr geringer ist, überhäuft.

Dem

Konsumenten ist es nicht immer möglich zu beurteilen, wie hoch er vergütet worden ist. Wenn wir uns nun entschlossen haben, den Abnehmern unserer Margarine „Rabola“ eine kleine Vergütung zu gewähren, so wollen wir jedoch das leider immer mehr Platz greifende

Zugabe-Unwesen

nicht unterstützen, sondern bekämpfen dasselbe, und bieten unseren Konsumenten vollen und bedeutend besseren Ersatz, indem wir die Rabattsätze in

Bar

auszuzahlen. Wir geben den Hausfrauen keine wertlosen und minderwertigen Gegenstände, als Teller, Tassen, Töpfe usw., die meistens schon im Haushalte vorhanden sind, sondern geben

Geld

das bei der heutigen Zeit zu sparen willkommener und angebrachter ist, als Gebrauchsgegenstände. Die Vergütung, welche wir unseren Abnehmern bieten, ruht auf reeller Basis! Durch unser Sparsystem

zahlen

wir an jeden Konsumenten, welcher uns ein mit 100 Sparmarken beklebtes Sparbuch aushändigt, **Mark 5.— in bar.** Bedienen Sie sich daher des „Rabola“-Spar-Systems und fordern Sie bei einem Einkauf von einem Pfund resp. zwei halben Pfunden „Rabola“ die Rabola-Spar-Marke! Die Sparbücher, welche 100 Marken enthalten, werden im Bureau, Dircksenstraße 47, ausgezahlt.

P. C. Rabstein G. M. B. H.

Um die schnellere Einführung unserer „RABOLA“ zu erleichtern, haben wir uns entschlossen, Preise auszusprechen und zahlen an unsere Kunden, welche bis zum

17. Mai er., abends 8 Uhr

die größte Anzahl Rabola-Sparmarken eingeklebt uns übersenden, folgende Preise:

- 100,00 Mark erhält derjenige Kunde, welcher die größte Anzahl Marken gespart hat
- 50,00 Mark erhält derjenige Kunde, welcher die 2. größte Anzahl Marken gespart hat
- 30,00 Mark erhalten diejenigen Kunden, welche die 3. u. 4. größte Anzahl Marken gespart haben
- 20,00 Mark erhalten diejenigen Kunden, welche die 5., 6. u. 7. größte Anzahl Marken gespart haben
- 10,00 Mark erhalten diejenigen Kunden, welche die 8., 9., 10., 11. größte Anzahl Marken gespart haben
- 5,00 Mark erhalten diejenigen Kunden, welche die 10. nächstgrößte Anzahl Marken gespart haben

Die Bewerber, welche kein Anrecht auf eine Prämie haben, erhalten als **Trostpreis**

1 Pfund Rabola, feinste Pflanzen-Margarine gratis

Das Ergebnis des Wettbewerbes geben wir in Tageszeitungen in der Zeit vom 19. bis 21. Mai er. bekannt und erfolgt die Auszahlung der Preise in denselben Tagen.

Rabola extra

feinste Pflanzenbutter-Margarine, bester Ersatz für Naturbutter, bräunt, schäumt und duftet beim Kochen und Braten, hinterläßt beim Erkalten keine Rückstände am Gaumen; ist frei von tierischen Fetten, deshalb leicht verdaulich. Wegen seines hohen Fettgehaltes bedeutend sparsamer im Gebrauch wie andere Natur-Fettprodukte. Rabola extra ist infolge der weichen Beschaffenheit und des angenehmen und aromatischen Geschmacks auf Brot streichbar.

Erhältlich in allen Kolonial- u. Delikateswarengeschäften

In Packungen $\frac{1}{2}$ Pfd. $\frac{1}{1}$ Pfd.

Zum Preise von 0,45 M. 0,85 M.

Fordern Sie beim Einkauf unsere Rabola-Sparmarke! Desgl. Sparbücher mit Bedingungen.

P. C. RABSTEIN G. M. B. H.
Pflanzenbutter-Margarinefabrik
Berlin C. 25, Dircksenstr. 47.



Mit
Pulmonon
Symbiot'sches pflanzliches Bitterkraut!
"Pflanzliches Bitterkraut-Monogramma"
von H. Schlinck & Cie A.-G.
Hamburg und Mannheim



Das ist das Kind
Diphtherie ausfr
Beim Zahnen leiden Kinder meist große Schmerzen. Wehnhinde-Zahnbalsam bei u. lindert sie. Nach ärztl. Gutachten unschädlich, beruhigend u. d. Zahndurchbruch erleichtert. Die Flasche 1 M. Für Kleinkinder besser, man nehme dem Wehnhinde-Kindernahrung, 3. Hypothek u. Drog. erh. Adolph Kirch, Bonn quatis zu bez. Gen.-Depot Alfred Hamal, Hannover, Nikolaistr. 188.

Hut-Arnold Dresdenerstr. 116
(kein Laden) am Oranienplatz
Hut und Mützen Engros-Geschäft.
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen



Stroh Hüte aller Art sehr billig.
Weiche Herrenhüte v. 1,50-6,00
Nur fehlerfreie moderne Ware.
Grösste Auswahl in Mützen und Strohhüten.
Stiefe Herrenhüte v. 2,00-7,00
Nur fehlerfreie moderne Ware.

1 Mark
wöchentliche Teilzahlungen
liefero elegante, fertige
Herren-Garderoben

=: Ersatz für Mass =:
Anfertigung nach Mass
Tadellose Ausführung

Julius Fabian, Schneidermeister,
Gr. Frankfurter Str. 37, "
Eingang Strausberger Platz.
II. Geschäft: Turmstr. 18
nur 1. Etage, kein Laden.

HERREN auf Kredit!
Anzug 15 Mark Anzahlung 3 Mark
Anzug 21 Mark Anzahlung 3 Mark
Anzug 27 Mark Anzahlung 3 Mark
Anzug 34 Mark Anzahlung 3 Mark
Anzug 42 Mark Anzahlung 3 Mark
Abzahlung 1 M. p. Woche an

DAMEN auf Kredit!
Damen-Paletot 12 M. Anzahlung 3 M.
Damen-Paletot 24 M. Anzahlung 6 M.
Damen-Kostüm 30 M. Anzahlung 6 M.
Damenrock 12 M. Anzahlung 3 M. - Klasse
Abzahlung 1 M. p. Woche an

KNABEN auf Kredit!
Anzug 12 Mark Anzahlung 2 Mark
Anzug 18 Mark Anzahlung 3 Mark
Anzug 24 Mark Anzahlung 4 Mark
Abzahlung 1 Mark p. Woche

S. GOTTLOB
G. M. B. H.
Rosenthaler Str. 54
I. Etage

Schneiderei für elegante
Herren- u. Knaben-Garderobe.

Fertig und nach Mass. - Garantie für tadellose Site und beste Verarbeitung. Auf

Teilzahlung
Wochenrate von
1 Mk.
J. Kurzberg
Rosenthalerstr. 40
direkt am Hackeschen Markt, im Laden u. I. Etage.

Ziehung 11. u. 12. Mai

Berliner Arbeitsstätten-Lotterie

Gesamtbetrag des Gew. Mark.

50000
aus 1227 Gew. von 5 bis 5000 Mark

30000
u. ein Hauptgewinn Mark.

20000

Originallose a 2.— Mark.
Porto u. Liste 30 Pf. extra, empfiehlt und versendet der General-Debit

G. Dischialis & Co.,
Bankgeschäft,
Berlin C. 2, Königstr. 34-36.
Auch zu haben in sämtlichen Lotterio- und Zigarrengeschäften.

Nathan Wand
129 Staliger Str. 129.
Die schönsten
Herren-Frühjahrs-Paletots
und Anzüge in neu sowie speziell
Monats-Garderobe
von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Hand angelegte sind in großer Auswahl! Preis zu Raumden billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand
129 Staliger Str. 129.
Hochbahnhofstation Kottbusser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Stoff-Reste

ausreichend für komplette Herren-Anzüge, Hosen, Paletots, Damen-Kostüme, Kleider, Röcke, Loden-Pelerinen etc, die sich bei uns in Massen anhäufen, verkaufen wir bedeutend unter Preis!

Meter Mk. 1.—, 2.—, 3.—, 4.—, 5.—
Tuchfabrik-Lager Koch & Seeland
Gesellschaft m. b. H.
Rohstraße 2. - Sonntags geöffnet. 5064L*

M. Schulmeister
BERLIN SO., Dresdener Str. 4. Hochbahn-Station Kottbusser Tor.
SCHÖNEBERG, Hauptstraße 149.

Fertig am Lager:

Frühjahrs-Paletots
Neueste Dessins in haltbaren Qualitäten, eleg. Paletformen, M. 40,50, 50,50, M. 21,50
32.—, 29,50, 25,50 bis

Frühjahrs-Ulster
mod. Glockenform u. Durchknöpt., prakt. graue Streifenmuster, M. 45.—, 42,50, M. 25,50
38,50, 35.—, 30,50, 27,50

Sommer-Paletots
Ersatz für Maß!
in reinwollenen Qualitäten mit feinsten Zutaten, in Verarbeitung, M. 58.—, M. 32,50
52.—, 49,50, 42,50, 38.—

Jackett-Anzüge 24,50-60 M.
Rock-Anzüge 29,50-70 M.
Gehrock-Anzüge 36,50-75 M.

Anfertigung nach Maß
in eigenen Werkstätten unter meiner persönlichen Leitung.
Prima Sitz u. Verarbeitung

Partei-Angelegenheiten.

Auf zur Flugblattverbreitung.

Morgen, Sonntag, den 24., findet von früh 8 Uhr an eine

Flugblattverbreitung

in den Bezirken Groß-Berlin statt.

Zum Anschluß daran sollen die Empfänger des Flugblattes in den ersten Tagen der nächsten Woche persönlich aufgesucht und zum Abonnement auf den „Vorwärts“ sowie zum Eintritt in die Wahlvereine aufgefordert werden.

Wir bitten alle Mitglieder der Organisation, sich vollständig an dieser so wichtigen Werbearbeit zu beteiligen.

Mit Gruß

Der Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Eine sozialdemokratische Gemeindevertreter-Konferenz des Wahlkreises Nieder-Barnim

findet am Sonntag, den 24. April cr., vormittags 10 Uhr, im Café Bellevue in Rummelsburg statt.

Auf der Tagesordnung steht:

- 1. Die Aufgaben der sozialdemokratischen Gemeindevertreter. Referent: Jul. Bruno - Ober-Schöneweide.
2. Finanz- und Steuerwesen. Referent: Wilh. Düwell - Nichtenberg.

Zur Teilnahme sind verpflichtet: Die Stadtverordneten, Gemeindevertreter, Bezirksleiter und die Vorstandsmitglieder.

Die Parteimitglieder, die den Verhandlungen als Gäste beizuwohnen wollen, haben als Legitimation ihr Mitgliedsbuch vorzuzeigen.

Der Kreisvorstand.

Steglitz, Sonntag früh: Flugblattverbreitung in allen Bezirken. Montagabend 8 1/2 Uhr: Deffentliche Frauenversammlung bei Schellhase. Dienstag: Mitgliederversammlung.

Ober-Schöneweide. Auch für den hiesigen Ort findet am Sonntag früh 8 Uhr von den Bezirkslokalen aus eine Flugblattverbreitung statt.

Der Vorstand.

Johannisthal. Sonntag, den 24. April, vormittags 8 Uhr, findet im Ort Flugblattverbreitung statt. Treffpunkt bei Albert Gobin, Roonstr. 2.

Dienstag, den 26. April, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Otto Senftleben, Friedrichstr. 48. Der Vorstand.

Erker. Heute abend gemeinschaftlicher Spaziergang nach Woltersdorf zur Volksversammlung. Abmarsch von Vegebrodt abends 7 1/2 Uhr. - Morgen Sonntag, den 24. April, früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung.

Karlshorst. Sonntag, den 24. April, vormittags 1/2 8 Uhr: Flugblattverbreitung. Die Bezirksleitung.

Biesdorf. Am 26. April, abends 8 1/2 Uhr: Nachtabend bei Gustav Berlin, Narzissenstraße.

Nieder-Schönhausen. Am Sonntag, den 24. April, nachmittags 3 Uhr, findet im „Gasthaus zur Linde“ (Zsh. Rich. Koll), Heinitzstraße 19, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Volksvertrag und Volksverbänderung. Referent: Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann - Berlin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Sonntag, den 24. April, früh 8 Uhr, von folgenden Lokalen aus Flugblattverbreitung: 1. Bezirk: Neuh. Platzenstraße, Ede Kaiserweg; 2. Bezirk: Gappe, Eichen-, Ede Waldstraße; 3. Bezirk: Bahlt, Weuß-, Ede Waldemarstraße; Nordend: Schüller, Plantenfelder Straße. Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-West. Sonntag vormittag 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus. Die Bezirksleitung.

Französisch-Buchholz. Sonntag vormittag 10 Uhr bei Kühne, Berliner Str. 39: Flugblattverbreitung.

Bezirk Waldmannslust. Sonntag, den 24. d. M., morgens 8 Uhr, findet in allen Orten unseres Bezirks von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Die Flugblätter sind heute Sonnabendabend von den Abteilungsleitern bei Genossen Eichberg, Waldmannslust, Waldmannstr. 1, abzuholen. Die Bezirksleitung.

Buch (Bezirk Französisch-Buchholz). Sonntag vormittag 8 Uhr bei Starke: Flugblattverbreitung.

Wilhelmsruh-Nieder-Schönhausen-West. Sonntag, den 24. April, früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Bezirkslokalen aus. Die Bezirksleitung.

Hermdorf. Morgen Sonntag, den 24. April, früh 8 Uhr, findet vom Forsthaus Heidenreich eine Flugblattverbreitung statt. Der Bezirksleiter.

Berliner Nachrichten.

Die Hilfsschulen

Heßen Abteilungen der öffentlichen Volksschulen dar und sind für Kinder aller Religionsgemeinschaften bestimmt, bei denen wegen geistiger oder körperlicher Hemmnisse der lehrplanmäßige Unterricht der Normalschule erfolglos bleibt. Die Kinder sollen so gefördert werden, daß sie entweder in die Normalschule zurückgehen oder in der Hilfsschule die ihnen erreichbare Vorbildung für das spätere Leben erhalten. Es kommen natürlich nur solche Kinder in Frage, welche unterrichtsfähig erscheinen. Idiotische Kinder sollen nicht der Hilfsschule, sondern der Idiotenanstalt überwiesen werden.

Solche Kinder, die beim regelmäßigen Schulbesuch mindestens 1 Jahr lang die unterste Klasse der Normalschule ohne Erfolg besucht haben und in der unteren Abteilung dieser Klasse würden zurückbleiben müssen, können in eine mit einer Gemeindefschule organisch verbundene Vorklasse für den Unterricht schwachbegabter Kinder aufgenommen werden. Ueber die Aufnahme entscheidet nach Anhörung des Lehrers und Rektors der Schulininspektor. Die Kinder, die nach einjährigem Besuch der Vorklasse die Reife für die vorletzte Klasse der Normalschule erreicht haben oder doch solche Fortschritte gemacht haben, daß ihre Förderung in der Normalschule wahrscheinlich ist, kehren in diese zurück.

Die nach einjährigem Besuch der Vorklasse nicht oder nur wenig befähigten Kinder werden nunmehr genau geprüft, ob sie in die Hilfsschule übergeführt werden müssen. Länger als zwei Jahre verbleibt kein Kind in der Vorklasse. Die Entscheidung liegt hier wieder beim Schulininspektor, gegebenen Falles nach Anhörung des Schularztes.

Schwerhörige Kinder, die ihres organischen Fehlers wegen in der Normalschule zurückbleiben, werden einer Hilfsschulabteilung für Schwerhörige direkt überwiesen.

Die Organisation der Hilfsschule ist so gedacht, daß die bestehenden Nebenklassen, wo irgend angängig, zu einer Hilfsschule mit fünf aufsteigenden Klassen vereinigt werden. Die Hilfsschulabteilung für Schwerhörige sind möglichst so zu organisieren, daß sie wenigstens drei aufsteigende Klassen erhalten. 18 bis 22 Kinder soll als Normalfrequenz für die Klasse festgesetzt werden, für die Klasse der Schwerhörigen 12 Kinder. In den Nebenklassen wird

das Prinzip der gemeinsamen Erziehung der Geschlechter durchgeführt.

Die Hilfsschulen werden in der Regel in einem Gemeindefschulhause untergebracht und sind selbständige Abteilungen der Gemeindefschule.

Ueber die Zurückverweisung aus der Hilfsschule in die Normalschule steht dem Schulininspektor unter Mitwirkung des Hilfsschulleiters und des Rektors der Gemeindefschule, in deren Räumen die Hilfsschule untergebracht ist, und endlich des Schularztes die Entscheidung zu. Bei dieser Entscheidung ist zu berücksichtigen, daß eine Zurückverweisung in die unteren Gemeindefschulklassen für bereits ältere Kinder sich nicht empfiehlt.

Zur Lohnfrage der städtischen Arbeiter

verbreitet das Nachrichtenamt des Magistrats folgende Mitteilung:

„Entgegen der in der Öffentlichkeit verbreiteten gegenteiligen Behauptung sind im Etat des laufenden Rechnungsjahres bereits Verräge für eine mäßige Erhöhung der städtischen Arbeiterlöhne ausgeworfen. Es war eine Magistratskommission mit der Einzelberatung beauftragt worden, die jetzt dem Magistrat berichtet hat. Der Magistrat hat nach ihren Vorschlägen beschlossen. Die Lohnerhöhung wird mit der ersten Lohnperiode nach dem 1. Mai in Kraft treten.“

Aus dieser Mitteilung erhellt nicht, was denn eigentlich die Magistratskommission beraten und was der Magistrat beschlossen hat. Das wäre aber notwendig zu wissen, um mit ihm zu rechten. Was den Hinweis betrifft, daß im Etat des laufenden Rechnungsjahres Beträge für eine mäßige Erhöhung der städtischen Arbeiterlöhne ausgeworfen sind, so ist das in dieser Allgemeinheit nicht richtig. Im Etat sind 100 000 M. eingestellt für beabsichtigte Lohnaufbesserungen des in der städtischen Straßenreinigung beschäftigten Betriebspersonals, für die der Magistrat zugestimmt hat, der Stadtverordnetenversammlung noch eine besondere Vorlage zu machen. Diese Vorlage ist aber bis heute noch nicht erschienen, obwohl die Straßeneinigungsdeputation bereits im Oktober beschlossen hat, Lohnerhöhungen zu empfehlen. Außerdem sind im Etat der Wasserwerke „mit Rücksicht auf die Einführung des Reinstundentages bei den Werkstattdarstellern sowie auf etwaige Aenderungen der Lohnordnung“ 30 000 M. mehr als im Vorjahre eingestellt. In den übrigen Etats der Werke aber, in denen der größte Teil der städtischen Arbeiter beschäftigt ist, stehen keine Summen für Lohnänderungen zur Verfügung. Vollkommen leer sind die Arbeiter ausgegangen, obwohl sie rechtzeitig mit ihren Wünschen auf Lohnerhöhungen an die einzelnen Verwaltungen herantreten sind und obwohl gerade durch die im Vorjahre in Kraft getretene Reichsfinanzreform die Arbeiter am stärksten belastet wurden und ein Ausgleich durch eine Lohnerhöhung dringend erforderlich war. Bei dem Bestreben, den städtischen Arbeitern ja nicht entgegenzukommen, leistete der Kammerer Steiniger hervorragendes. Ihm waren die Löhne schon jetzt viel zu hoch und er appellierte noch an die bürgerlichen Vertreter, ihm in seiner Rücksichtslosigkeit gegen die Arbeiter zur Seite zu stehen und dafür zu sorgen, daß die hohen Löhne nicht noch höher werden. Dazwischen wurde aber auch auf eine Magistratskommission hingewiesen, die sich mit der Lohnfrage der städtischen Arbeiter beschäftigt.

Es ist notwendig, daß klar mitgeteilt wird, was die Magistratskommission in dieser Sache ausgebeutet und was der Magistrat gutgeheißen hat. Oder ist das so winzig, daß selbst der Magistrat sich schämt, es der Öffentlichkeit mitzuteilen?

In der Säuglingsfürsorge I, Blumenstr. 78, findet im Monat Mai je einmal wöchentlich Unterricht in der Säuglingspflege mit praktischen Übungen statt. Meldungen hierzu schriftlich oder mündlich: Bureau des Kinderhauses, Blumenstr. 78, vorn links parterre, wochentags von 2-4 Uhr.

Das Notenblatt auf dem Dampfer. Man schreibt uns: Auf Spree und Havel haben wieder die Vergnügungsfahrten begonnen. Dabei befindet sich auf vielen Dampfern der Stern-Gesellschaft und anderer Reedereien eine Musikkapelle, die beim Verlassen des Berliner Weichbildes ihre blechernen Weisen erschallen läßt. Sonderlich schön ist die Musikerei gerade nicht, aber man nimmt sie mit in den Kauf, weil man sich daran gewöhnt hat. Als ein unwürdiger Zustand wird es jedoch vielfach empfunden, daß der Anführer dieser meist aus vier Mann bestehenden Kapelle sowohl auf der Hinfahrt als auf der Rückfahrt bei den Passagieren mit dem Notenblatt „stündeln“ geht. Die Musikanten selbst empfinden ihr Sammeln als peinlich, aber sie sind darauf angewiesen, weil sie von den Reedern wenig oder gar keine bare Vergütung erhalten und noch froh sein müssen, daß sie überhaupt spielen dürfen und nicht anderen Konkurrenten vorgezogen werden. Es wird sogar erzählt, daß manche Musikanten noch Prozente an andere Personen, die zu den Dampfergesellschaften Beziehungen haben, abgeben müssen. Rechnet man dann noch die Kosten für Restaurierung an den Endstellen ab, so ist der Reinerdienst nur sehr bescheiden. Aus diesem Grunde kann man es auch verstehen, wenn die Dampfermusikanten beim Präsentieren des Notenblattes sich mitunter etwas aufdringlich zeigen, sodaß man wohl oder übel in die Tasche greifen muß.

Die Dampfergesellschaften kündigen ausdrücklich „Fahrt mit Musik“ an. Sie sollten daher auch die Verpflichtung haben, die Musik aus der eigenen Tasche zu bezahlen, anstatt auf die Tasche ihrer Fahrgäste zu spekulieren. Das können sie sehr wohl ohne jegliche Erhöhung des Fahrpreises, denn sämtliche Dampfergesellschaften in und bei Berlin machen ein Bombengeschäft schon deshalb, weil es ihnen sehr häufig garnicht darauf ankommt, die Dampfer des Profites wegen bedeutend zu überladen.

Zusammenstoß auf Bahnhof Frankfurter Allee. Ansehend durch das Verlehen eines jungen Weichenstellers ereignete sich Donnerstagsabend auf dem Gütergleis zwischen den Stationen Frankfurter Allee und Zentralbahnhof ein Zusammenstoß zweier Güterzüge, bei dem Menschenleben glücklicherweise nicht zu beklagen sind. Nach dem amtlichen Bericht fuhr gegen 9 Uhr 50 Minuten der Güterzug 9520 durch irtümliche Freigabe auf den im Bahnhof Frankfurter Allee auf Gleis IVo haltenden Güterzug 8074 auf. Hierbei entgleisten acht beladene Wagen und der Packwagen und wurden teilweise beschädigt. Ein Jungkaffner erlitt einen Armbruch. Der verursachte Materialschaden beläuft sich auf über 5000 M.

Die Verlegung des ersten Garde-Dräger-Regiments von Berlin nach Spandau ist beschlossen, es werden aber einige Jahre vergehen, bis das Regiment die in der Vellealliancestraße belegene Kaserne verlassen und nach Spandau übersiedeln kann.

Das Opernhaus soll der Stadt Berlin aufgehängt werden. Der Minister des königlichen Hauses und der Finanzminister haben an die Stadtgemeinde die Frage gerichtet, ob sie das Opernhaus erwerben wolle, das seiner bisherigen Bestimmung dauernd nicht mehr gewidmet werden könne. Der Magistrat hat darauf beschlossen, über den Kauf des „geschichtlichen und künstlerischen Baudenkmals“ in Verhandlungen mit Krone und Kiskus zu treten.

Unseres Erachtens ist das Opernhaus so verbannt, daß es schon seit langer Zeit Gegenstand des Spottes weiter Kreise, nicht zuletzt vieler Fremden geworden ist.

Der Herausgeber der „Wahrheit“ Herr Bruhn und die Rechtsanwälte Dr. Werthauer und Dr. Puppe, Verteidiger im Dahsel-Prozess, haben sich vertragen. In der letzten Nummer der „Wahrheit“ wird folgende Erklärung veröffentlicht:

Herr Wilhelm Bruhn erklärt, daß er die gegen die Herren Dr. Werthauer und Dr. Puppe aufgestellten Behauptungen, die er in der ersten Erregung nach dem Dahsel-Prozess gemacht hat, insbesondere den Vorwurf, daß dieselben nicht pflichtgemäß gehandelt haben, zurücknimmt.

Die Rechtsanwälte Dr. Werthauer und Dr. Puppe nehmen demgemäß die gegen den Abgeordneten Wilhelm Bruhn und seine Redakteure gestellten Strafanträge zurück und erklären, daß sie ihrerseits gegen Herrn Bruhn nichts haben und deshalb die gegen ihn im Prozess Dahsel und im Anschluß daran aufgestellten Behauptungen persönlich nicht aufrecht erhalten.

Die zwischen Herrn Dr. Werthauer und Herrn Wilhelm Bruhn schwebenden Zivilsachen werden hiermit für erledigt erklärt. Herr Bruhn erklärt ferner, daß „Die Wahrheit“ in Zukunft keine Angriffe gegen die Herren Dr. Werthauer und Dr. Puppe bringen wird.

Als Bettelstrolach wurde gestern der 40 Jahre alte Handlungsgehilfe Max Woder festgenommen, der die Kriminalpolizei schon oft beschäftigt hat. Woder schrieb unter dem Namen eines Sekretärs von Wohltätigkeitsvereinen an mildherzige Leute und empfahl sich selbst zur Unterstützung. Statt eines Briefes benutzte er wohl auch den Fernsprecher. Nach geraumer Zeit erschien er dann bei den Wohltätigern, berief sich auf die schriftliche oder telefonische Empfehlung des Vereinssekretärs und erhielt, was er wünschte. Auf diese Weise erschwand er sich soviel, daß er herrlich und in Freuden leben konnte. Gestern sah ihn ein Kriminalbeamter, der ihn kannte, in dem Erfrischungstraum eines Warenhauses und nahm ihn fest. Der Schwindler wurde gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Ermöglichte Eintrittskarten zur Ausstellung der Sezession (25 Pf. statt 1 M.) können von den Gewerkschaftsvorständen im Bureau des Gewerkschaftshauses in Empfang genommen werden. Einzelne Karten werden bei Vorzeigung des Mitgliedsbuchs im Zigarrengeschäft von Horst abgegeben.

Ein schweres Brandunglück hat sich gestern nachmittags nach 4 Uhr in der Kallowstraße 24, gegenüber der Herkeberger Straße, zugetragen. Dort wohnt im Hinterhause die Familie des Fabrikarbeiters Schulz im vierten Stock. Als gestern Frau Sch. einen Augenblick die Wohnung verlassen hatte, um einige Besorgungen zu machen, kam dort angeblich durch Spielen der Kinder mit Streichhölzern Feuer aus, das gleich eine große Ausdehnung erlangte. Als die Gefahr bemerkt wurde, stand schon die ganze Wohnung in Flammen. Der 15. und 16. Zug der Feuerwehre waren schnell zur Stelle und griffen mit mehreren Schlauchleitungen ein. Als gemeldet wurde, daß sich Menschen in der Wohnung befinden sollten, drang die Feuerwehre gewaltsam durch Sprengen der Tür in die Wohnung ein. Hierbei wurde die achtjährige Verta Schulz am Kopf verletzt. Sie wurde sofort ins Freie geschafft und verbunden. Ein zweijähriges Kind wurde tot in der Wohnung aufgefunden. Es hatte Brandwunden erlitten, war aber vermutlich nicht an diesen Wunden gestorben, sondern erstickt. Um Luft zu machen, waren Feuerwänner über einen Gakenleitergang und über eine mechanische Leiter bis zum 4. Stock von außen in die Wohnung eingedrungen, hatten die Fenster eingeschlagen und dem Qualm Abzug verschafft. Die Flammen konnten nach einstündiger Tätigkeit auf die Wohnung, die ausgebrannt ist, beschränkt werden. Die Leiche des Kindes wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Knobies gesucht. Das Polizeipräsidium teilt mit: In der Nacht zum 7. d. M. ist auf dem Vellealliance-Platz eine in der Erde befestigte Bank gewaltsam herausgerissen und die Sitzreiter stark beschädigt worden, desgleichen sind dort aufgestellte Papierkörbe von ihrer Befestigung mit Gewalt losgerissen und ebenso ist ein Teil des den Fußweg einriedrigen Eisengitters von einem Pfahl abgerissen und verbogen worden. Personen, die bezüglich dieser Beschädigungen und der Täter, deren es mehrere gewesen sein müssen, Wahrnehmungen gemacht haben, werden ersucht, bei der Kriminalpolizei oder im nächsten Polizeirevierbureau zu 1570 IV. 33. 10 Anzeige zu erstatten.

Ungeflügelte Leiche. Am 19. April vormittags wurde an der Stralauer Brücke eine in Zeitungspapier gewickelte Leiche eines ausgezogenen Kindes männlichen Geschlechts gefunden. Personen, welche über die Mutter oder sonstige Angaben machen können, wollen sich im Polizeipräsidium Zimmer 324 oder in einem beliebigen Polizeirevier zu J.-Nr. 1668 IV/55 10 melden.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ein Unglücksfall trug sich vorgestern in der Potsdamer Straße zu. Dort wollte der siebenjährige Schüler Richard Pfließ, Potsdamer Str. 37 bei den Eltern wohnhaft, kurz vor einem herannden Geschäftswagen über den Fahrdamm laufen. Der Kleine wurde umgestoßen und fiel so unglücklich, daß ihm zwei Räder über beide Weine hinweggingen. Richard P. erlitt einen Bruch beider Unterschenkel und wurde nach dem Krankenhaus Westend geschafft.

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin und Umgegend, hält am Sonntag, den 24. April, vormittags 10 Uhr, im Volkshause, Postenstr. 8, eine Sängerversammlung ab. Die Vereine sowie Sangesfreunde werden ersucht, sich recht zahlreich und pünktlich an dieser Versammlung zu beteiligen.

Nigdorf.

In ihrer Wohnung tot aufgefunden wurde die 65jährige Ehefrau Emilie des Schlossers Specht, Bergstr. 81. Ein hinzugerufener Arzt vermochte die Todesursache nicht mit Bestimmtheit festzustellen. Die Polizei hat die Leiche beschlagnahmt und nach dem Schauhause bringen lassen, damit dort durch die Obduktion die genaue Todesursache festgestellt werde.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich vorgestern abend gegen 7 Uhr in der Steinmehstraße. Dort lief vor dem Hause 113 der dreijährige Sohn Kurt des in dem Hause Nr. 10 der genannten Straße wohnhaften Sattlers Kemmann unmittelbar vor dem nach Berlin fahrenden Motorwagen 1301 der Linie 55 auf das Gleis, wurde umgestoßen und geriet mit dem linken Bein unter den Schutzrahmen. Mittels Binden wurde der Wagen angehoben und der Kleine aus seiner entsetzlichen Lage befreit. Er hatte, wie auf der nahen Unfallstation festgestellt wurde, einen komplizierten Bruch des linken Oberschenkels sowie erhebliche Hautabwühlungen im Gesicht und am Kopf erlitten und wurde nach der eiterlichen Wohnung gebracht.

Auf dem Wege von der Steinmehstraße bis Fallstraße ist am 7. April ein Drahting mit dem Stempel O. R. 8. 4. 1901 verloren gegangen. Der ehrliche Finder des Ringes wird gebeten, denselben bei Richter, Steinmehstr. 88, abzugeben.

Mariendorf.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Jeserich den Vorstandsbericht. Unter anderem bemängelte Redner, daß einzelne Genossen nicht in gewünschter Weise die Aktionen der Partei unterstützten. In der lebhaften Diskussion wurde besonders scharf das Fernbleiben einzelner Genossen von der Gemeindevahl verurteilt. Genosse Rosenbergh berichtete, daß laut Beschluß der Gewerkschaftskommission jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter am 1. Mai die Vormittagsversammlung an seinem Wohnort, wo Versammlungen stattfinden, zu besuchen hat. Die Vormittags-

berammlung findet bei Preuß, die Nachmittagsversammlung bei Hermann, Großbeerenstraße, statt. — Am 27. April soll bei Preuß eine öffentliche Versammlung für die Jugendorganisation abgehalten werden.

Schöneberg.

Ein Kuriosum in der Steuerveranlagung.

Dah Personen oft über, zuweilen auch unter ihrem Einkommen zur Steuer veranlagt werden, haben wir schon des öfteren mitgeteilt. Uns wird jetzt von einem Fall Kenntnis gegeben, wonach ein 15jähriger Knabe im 7. Bezirk mit einem Einkommen von 1800 bis 1900 M. zur Steuer eingeschätzt ist. Der Knabe soll jährlich 32,50 M. Steuer zahlen. Natürlich muß, wenn nicht er, so doch sein Vater Verfügung gegen diese Veranlagung einlegen. Sonst bedauerlicher Gewissenhaftigkeit der Steuerbehörde spricht dieser Fall gerade nicht.

Britz-Buckow.

Die Generalversammlung des Wahlvereins ehrte zunächst das Andenken des verstorbenen Genossen Alois Sandmann in der üblichen Weise. Nach dem Bericht des Vorstandes haben im ersten Vierteljahre stattgefunden: 3 Vereinsversammlungen, 5 öffentliche Versammlungen (1 in Buckow), 1 Frauenversammlung, 9 Flugblätter und 4 Handzettelverteilungen. Die Mitgliederzahl stieg auf 298. Einer Einnahme von 276,08 M. steht eine Ausgabe von 258,73 M. gegenüber. Der Bibliothek wurden 33 Bände entliehen. — Nach Erledigung interner Vereinsangelegenheiten wies der Vorsitzende noch darauf hin, daß die Versammlung am 1. Mai um 1/3 Uhr bei Rodday, Chausseestr. 39, mit anschließender Kaffeezeit stattfindet. Für den 31. Juli ist eine Dampferpartie nach Ziegenhals (Oberpreußen) geplant.

Mariensfeld.

Die Wahl unserer beiden Genossen als Gemeindevertreter ist in der letzten Gemeindevertreterwahl für ungültig erklärt worden. Grund der Ungültigkeitserklärung soll sein, daß der Wahlvorstand, dem auch unsere Genossen angehörten, nicht beglaubigte Personenstimmen zurückgewiesen habe. Obwohl solche unbeglaubigte Personenstimmen auch und zwar mit Recht in der zweiten Abteilung zurückgewiesen wurden, erklärte die Vertretung die Gewählten in dieser Abteilung für gültig. Das Vorgehen der bürgerlichen Vertreter beweist, daß sie kein Mittel scheuen, die Arbeiterkraft von der Vertretung fernzuhalten. Unsere Genossen werden jedoch dafür sorgen, daß diese Absicht vereitelt wird.

Ober-Schönebeide.

Der Turnverein „Oberpreußen“ (M. d. R. u. V.) hält am Sonntag nachmittag auf dem Spielplatz an der Köpenicker Chaussee, vor dem Grand Restaurant Sadowa, ein Schauturnen ab. Um 2 Uhr Abmarsch mit Musik von der Schul-Turnhalle, Watzstraße. Freunde der Turnerei sind eingeladen. — Die Spieltage finden in diesem Jahre Montags, Donnerstags und Sonntags statt.

Rossen.

In der Stadtverordnetenversammlung wurde für den verstorbenen Herrn Wehner Stadt. Anfeld als Schiedsmann und als Stellvertreter Stadt. Wege gewählt. Die von der Kirche beantragten 300 M. für die Kleinkinderkassen wurden bewilligt. Genosse Hübner sprach die Ansicht aus, daß die Stadt diese Angelegenheit selbst in die Hand nehmen müsse. Hierauf machte Genosse Wehner auf Unbilligkeiten in der Volkshausverwaltung aufmerksam. Nicht nur erweise sich die Anstalt als zu klein, sondern es seien nicht einmal Ankleideräume vorhanden; eine Vordachgarage für Frauen fehle überhaupt. Der Bürgermeister versprach für Abstellung des vorgebrachten Missetandes Sorge zu tragen. Insbesondere wies er darauf hin, daß sich vielleicht in der neuerbauten Sozialanstalt Wärmehäuser einrichten ließen. Am Schluß der Sitzung machte Genosse Hübner noch darauf aufmerksam, daß in der Freibank das bessere Fleisch schon vorher an bessere Leute abgegeben werde. Redner ersuchte, für eine bessere Kontrolle Sorge zu tragen. Diesem Wunsche versprach der Bürgermeister nachzukommen.

Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen.

Die Freie Turnerschaft von Schenkendorf und Umgebung feiert am Sonntag, den 24. April, im Lokal von Otto Wärsch ihr fünftes Stiftungsfest. Die Parteigenossen werden gebeten, durch zahlreiches Erscheinen dem Turnverein, der bei allen Festlichkeiten mitwirkt, ihre Unterstützung angedeihen zu lassen.

Stralau.

Aus der Gemeindevertretung. Die stattgehabten Wahlen zur Gemeindevertretung wurden sämtlich für gültig erklärt und hierauf die neu gewählten Vertreter, darunter unser Genosse Wessel, in ihr Amt eingeführt. Für die Einrichtung von Spielstunden für Schulkinder wurden 150 M. verlangt. Die Leitung liegt in Händen des Herrn Lehrer Franke. Vorgesehen sind 76 Spielstunden. Genosse Wessel fragte hierbei an, wie der Spielplan aufgestellt sei. Ihm sei eine Verfügung des Kultusministers bekannt, wonach die Schulkinder kriegerische Spiele üben soll, um dadurch bei ihr die Freude am Soldatenleben zu wecken; das könne nicht der Zweck der Spielstunden sein. Es gebe genügend Volks- und Jugendspiele, die geeignet seien, die Schulkinder zu erfrischen und körperlich zu stärken. Gemeindevorsteher Kraatz erwiderte unserm Genossen, daß vom Kultusministerium allerdings eine Mitteilung ergangen sei, aber keine Verfügung. Es sollen allgemeine Spiele geübt werden. Dem Antrage wurde zugestimmt. Ein Schmerzengeld bildet seit langen Jahren die Regelung der Bezirksgrenze zwischen den Gemeinden Stralau und Vohagen-Kummelsburg. Letztere Gemeinde besitzt auf der Stralauer Seite am See, einen Streifen Land, sogenanntes Schwemmland; sie ist bereit diesen Streifen an Stralau abzutreten, fordert aber dafür die Abtretung der um Stralau liegenden Inseln, eines Wiesengrundstückes und des Grundstücks, auf dem das Lokal „Neu-Seeland“ liegt, neuerdings auch noch die Grundstücke Markgrafendamm 16, 17, 18, 19 bis zum Bahnhof Kummelsburg. Bei dieser Regelung würde Kummelsburg ein gutes Geschäft machen, von dem Streifen, der an Stralau umgetauscht werden soll, könne im Höchstfalle 2000 M. Steuern erhoben werden, während die Gemeinde Stralau von den Grundstücken die Kummelsburger einderleibt werden sollen, 9481 M. Steuern erhebt. In scharfen Worten wandte sich der Vorsteher gegen eine derartige Regelung, er schlug vor, jede weitere Vergleichsverhandlung mit Kummelsburg abzulehnen. Unser Genosse betonte, daß Kummelsburg wohl aus taktischen Gründen seine hohen Forderungen gestellt habe, um der Eingemeindungsfrage näher zu kommen, ernstlich aber nicht daran glaubt, daß die Vertretung dem zustimme. Nachdem sich Stralau wiederholt gegen die Eingemeindung nach Kummelsburg erklärt habe, müsse alles versucht werden, die Verhandlungen mit Berlin zu beschleunigen. Gemeindevorsteher Kraatz teilte darauf mit, daß Eingemeindungsverhandlungen mit Berlin im Gange sind. Beschlossen wurde, weitere Vergleichsverhandlungen mit Kummelsburg abzulehnen.

Nieder-Schönhäusen.

In der letzten Gemeindevertreterwahl wurde die Wahl des Genossen Woske, da Einsprüche nicht vorlagen, für gültig erklärt. Hierauf folgte die Einführung der neugewählten Vertreter Beder, Noa, Keratsch, Breitmann und Woske in der üblichen Weise. Bei den Wahlen zu den verschiedenen Kommissionen und Ausschüssen wurden hinzugewählt in die Rentenprüfungskommission: Beder, Keratsch und Genosse Breitmann; Straßenreinigung: Noa; Baukommission: Beder und Genosse Woske; Wasserwerk: Noa; der Friedhofskommission gehört Genosse Breitmann an; Sanalation: Noa; Gesundheitskommission: Noa. Ein Antrag der Säuglingserholungsstätte des Vaterländischen Frauenvereins Pantow-Nieder-Schönhäusen um Anschluß an die Wasserleitung wurde angenommen. Da zu diesem Zwecke 400 Meter Rohr zu legen sind, so

betragen die Kosten 2500 M., die der Verein auf 5 Jahre zu 4 Proz. verzinsen will. Von der in der letzten Sitzung beschlossene Verpachtung des Gemeindegartens in der Viktorienstraße wurde Abstand genommen, daselbst soll als Gemeindegartenschule verwendet werden. Die Einwohnerzahl beträgt 14844. Um Verwechslungen der Dohnastraße und Donnerstraße zu vermeiden, soll in der nächsten Sitzung eine Uebertragung vorgenommen werden.

Zegel.

Die Leiche einer unbekanntem Frau ist vorgestern bei Zegelort aus dem Tegeler See gelandet worden. Die tote ist circa 30 Jahre alt und muß bereits über zwei Wochen im Wasser gelegen haben. Bekleidet war die Verstorbene mit blauem Kostüm, blau- und weißgestreifter Bluse, blauem Hut mit schwarzen Band und schwarzer Feder, der die Stirnbedeckung Joseph Cohn, Brunnenstraße, trug. An der rechten Hand trug die Tote zwei, an der linken Hand drei Ringe, darunter einen glatten Goldreif. Die Wäsche war R. 2. gezeichnet. Bei der Leiche wurden keinerlei Ausweispapiere vorgefunden; es ist bisher noch nicht gelungen, die Personalia der Frau festzustellen. Die Leiche wurde nach der Friedhofshalle in Heiligensee übergeführt.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm zunächst den Massenbericht des Genossen Bauer entgegen. Danach war ein Massenbestand von 501,19 M. zu verzeichnen. Es wurde beschlossen, an den Kreis 150 M. abzuführen. Den Bericht von der Kreis-Generalversammlung gab Genosse Gutschow. Den Bericht über die letzten Gemeindevorwahlen erstattete Genosse Massa, der zunächst die ungeschickliche Handlungsweise des Gemeindevorstehers Weigert als Wahlleiter bei den Wahlen kennzeichnete. Die Art dieses Mannes als Wahlleiter zu fungieren, habe, so betonte Redner, geradezu die Enttötung der Einwohnerchaft Zegels auch auf bürgerlicher Seite hervorgerufen. In einem kleinen Lokal mühten die Menschenmassen, fest zusammengepreßt, Stundenlang zu warten, dabei sei nicht einmal ein Ausweg für diejenigen vorhanden gewesen, die bereits ihr Wahlrecht ausgeübt hätten. Erst auf energischem Einspruch habe sich der Bürgermeister veranlaßt gesehen, die hintere Tür zu öffnen, und so konnten denn diejenigen, die gewähnt hatten, durch die Damentüre ins Freie gelangen. Nachdem Massa noch der Vorgänge in der Sitzung gedacht hatte, schloß er. Die Handlungsweise des Gemeindevorstehers Weigert hat natürlich dazu beigetragen, unsere Organisation am Orte zu stärken; unser Bestreben wird es sein, fleißig für die Partei tätig zu sein, damit auch in Zegel der herrschenden Clique gezeigt wird, daß die Arbeiterklasse nicht gewillt ist, sich solche Vergewaltigungen gefallen zu lassen. Nach dem Expeditionsbericht des Genossen Diez sind am Orte 717 Vorwärtsabonnenten vorhanden. Genosse Scheidemann regte an, daß von jetzt ab, zu den Mitgliederversammlungen eine strengere Türkontrolle ausgeübt werden möge. Das Mitgliedsbuch legitimiert, ebenfalls soll darauf geachtet werden, daß auch die letzte Vorwärtsabteilung vorgelegt wird. Die Kaffeezeitungen sind am 27. April vom Genossen Bauer, Berliner Straße, abgeholt. Am 1. Mai findet vormittags 12 Uhr eine öffentliche Versammlung statt. Die Genossen treffen sich um 11 1/2 Uhr in ihren Bezirken.

Klein-Schönebeck-Nichtenan.

Den an dem Massenaustritt aus der Kirche Beteiligten ist jetzt vom Amtsgericht Rallberge ein Schreiben zugegangen, in welchem es zum Schluß heißt: „Es empfiehlt sich im Interesse aller derjenigen in Nichtenan wohnhaften Personen, welche unter dem 1. April d. J. ihren Austritt erklärt haben, daß sie nicht gleichzeitig, sondern in Gruppen von höchstens 20 Personen an Gerichtsstelle erscheinen.“

Da das Amtsgericht Rallberge auf eine derartige außergewöhnliche Inanspruchnahme anscheinend nicht eingerichtet ist, will die Bezirksleitung des Wahlvereins nach Umfrage die Abgabe der Erklärungen — soweit dies möglich ist — im gewünschten Umfange regeln. Die Erklärungen müssen in der Zeit vom 19. bis 31. Mai abgegeben werden.

Um die abstrümpften Schäfer wieder zurückzuführen, wird ihnen jetzt erzählt, daß sich die Kirchensteuern in den nächsten Jahren bedeutend verringern werden. Dieses Kunststück zustande gebracht werden soll, ist uns vorläufig ein Rätsel.

Spandau.

Stadterordnetenversammlung. Der Kampf um die Art der zu erbauenden Gaserzeugungsofen ist nun zu Ende. Der Magistrat hatte ursprünglich beantragt, Münchener Kammeröfen zu bauen und war von diesem Antrage auch nicht abgegangen, als die Versammlung sich für Vertikalöfen ausgesprochen hatte. Um diese für Baiern sehr schwierige Frage zu klären, war beschlossene worden, daß Magistrat und Stadterordnete eine Besichtigung von Vertikalöfen in Mariendorf und eine solche von Münchener Kammeröfen in Leipzig vorzunehmen sollen. Die Reise ist ja ein bißchen teuer geworden, sie kostete rund 8900 M., aber sie hat den Vorteil gehabt, daß eine Klärung in dieser Frage eingetreten ist. Die Besichtigung ist zumungunsten der Münchener Kammeröfen ausgefallen. Der Magistrat hat jetzt selber beantragt, Vertikalöfen zu bauen, welchem Antrage die Versammlung auch beifällig zustimmte und die Summe von 525 000 M. hierfür bewilligte. — Ein nicht sehr beliebtes Ehrenamt scheint das der Armenvorsteher, Bezirksvorsteher heißen die Herren jetzt in Spandau nach der neu eingeführten Armenverwaltung, zu sein. Was wunder auch, für die faulen Herren Bourgeois ist es wahrlich nicht allzu angenehm, einen Einblick zu tun in die Not und das Elend, welches durch die kapitalistische Wirtschaftsordnung hervorgerufen ist. Die Herren Bezirksvorsteher empfinden es unangenehm, wenn die Vermissten der Armen, die gerötigt sind, von der Stadt Almosen zu erbitten, in ihre Wohnungen kommen, um dort ihr Anliegen vorzubringen. In einem längeren Schreiben haben sich die Rustermenschen beim Magistrat darüber beklagt, daß sie mehrere Stunden am Tage ein Zimmer für die Empfänger der Armen bereithalten müßten. Diese armen Hungerleider schleppten dann Schmutz und Kasse, ja sogar Ungeziefer in die Wohnungen der Herren Bezirksvorsteher. Arme Frauen bringen ihre kleinen Kinder mit, die dann mit ihren schmutzigen Fingern die feinen Sachen in der Wohnung der Herren Bezirksvorsteher anfassen. Der Magistrat fühlte denn auch ein menschliches Mitleid und beantragte, daß den Bezirksvorstehern für die Bezirke 1—10 je 100 M. und für die Bezirke 11 und 12, die nicht so viel zu tun haben, je 50 M. jährliche Pauschalsummen für die Vergabe von Amtszimmern gezahlt werden sollen. Das war den Herren aber noch nicht genügend, einige ihrer Vertreter, so die Stadterordneten Tornow, Schreiber und Giesert, forderten 150 und 200 M. für jeden Bezirksvorsteher. Der Stadterordnete Oberpostsekretär Schreiber, der sich seit einiger Zeit in den bürgerlichen Bezirksvereinen sehr wichtig hervorlud, begründete seinen Antrag auf 200 M. damit, daß die Armenvorsteher durch eine höhere Pauschalsumme mehr angereizt würden, bessere Recherchen vorzunehmen, wodurch denn manchem unwürdigen Armen die Unterstützung entzogen würde, dadurch erspare die Stadt wieder, was sie den Armenvorstehern gebe. Dieser Bemühtensbericht erzählte einen Fall von dem Armenvorsteher seines, des 10. Bezirks, der auf diese Weise der Stadt monatlich 15 M. reichte, indem er auskunftsfreie, daß die 15 M. an einen unwürdigen Armen gezahlt wurden. Dieser Probenstandpunkt ging denn selbst dem Oberbürgermeister Köhler etwas zu weit. Er meinte, es ginge doch nicht an, den Armenvorstehern mehr zu geben, damit sie die Armenunterstützungen herabschaffen. Der Delegiert des Armenwesens, Stadtrat Stritt, vertrat den Standpunkt, daß die Sachen sich wirklich so verhalten, wie in dem Schreiben der Armenvorsteher angegeben seien. Es kämen Fälle vor, wo man mit Gefahr für sein eigenes Leben genötigt sei, die Retention hinauszuwerten. Genosse Pieper kennzeichnete denn auch nach Gebühr das schloße Verhalten der Armen gegenüber, und beantragte Ablehnung aller Anträge, auch der Magistratsvorlage, unter dem Hinweis, daß die Armen der Armenvorsteher doch Ehrenämter seien. Die Versamm-

lung stimmte in ihrer Mehrheit jedoch der Magistratsvorlage zu. Die Armen können jetzt wenigstens verlangen, daß der Armenvorsteher sie im Zimmer und nicht schon auf der Treppe abfertigt. — Mit der Zahlung der tarifmäßigen Mietzuschüsse an die Volksschullehrer vom 1. April 1908 ab erklärte sich die Versammlung einverstanden und bewilligte die erforderlichen Mittel in Höhe von rund 10 000 M. Es wurden dann noch eine Reihe anderer Vorlagen genehmigt.

Nowawes.

Mit der Neueregung des Nachtwachdienstes beschäftigte sich die letzte Sitzung der Gemeindevertretung. Das Vertragsverhältnis mit der Berliner Nachwach- und Schließgesellschaft mußte bekanntlich zum 1. Mai d. J. gekündigt werden, da die Angehörigen der Gesellschaft von den Aufsichtsbehörden nicht als Beamte betrachtet werden können. Die Finanzkommission empfiehlt daher, 5 Nachwachbeamte zu einem Gehaltsfusse von 90 M. monatlich anzunehmen; ferner einen Hilfsbeamten für 75 M. monatlich für den Dienst in der Polizeiwache vorzusehen und diese Regelung als vorläufige, d. h. für das laufende Rechnungsjahr, zu betrachten. Die Nachwachbeamten sind mit Dienstleistung zu versehen und später mit einem Kleidergeld auszustatten. Im Etat für das laufende Rechnungsjahr sind für Nachwachzwecke 5400 M. vorzusehen.

In der Debatte über diesen Antrag erklärte Genosse Gähnden, daß sich die Sozialdemokraten mit der vorgeschlagenen Gehaltsfestsetzung nicht einverstanden erklären, da 90 M. monatlich eine zu geringe Entlohnung seien, um dafür brauchbare Beamte zu bekommen; er beantragte, das Gehalt auf mindestens 100 M. zu erhöhen. Gegen diesen Antrag wandte sich Herr Boback, welcher 90 M. für genügend hielt, da ja die Beamten sich noch am Tage Nebenverdienst verschaffen könnten. Genosse Grahls wies diese Zustimmung energisch zurück, worin er von den Herren Reiff und Obst unterstützt wurde; schließlich wurde der Antrag unserer Genossen einstimmig angenommen und das Gehalt auf 100 M. vorläufig festgelegt.

Der Gastwirt Rosenberger plant bekanntlich auf dem Biesen-terrain zwischen der Kutsche und dem Wege nach Dahheim die Anlage eines größeren Vergnügungslotals mit Saal, Garten, Sport- und Spielplätzen. Da das Grundstück an einer unregulierten Straße liegt, so bedarf er der Erteilung der Bauerlaubnis durch die Gemeindevertretung, doch wird dieselbe nur unter der Bedingung erteilt, daß der Eigentümer als Sicherstellung von Straßenregulierungskosten anteilig 1200 M. in bar hinterlegt, dagegen der Gemeinde die Bestimmung des Zeitpunktes der Regulierung der betreffenden Straße vorbehalten bleibt.

In Anbetracht der beabsichtigten Neueregung des Müllabfuhrwesens beschloß die Vertretung eine Ergänzung der Straßenordnung, dahingehend, daß das Abfahren von Müll und Asche nur in staubdicht verschlossenen Wagen erfolgen darf.

Ueber das Halten von Hunden wurde ebenfalls eine neue Polizeiverordnung beschlossen, welche u. a. verbietet, Hunde auf den Wochenmarkt mitzubringen oder daselbst frei umherlaufen zu lassen.

Die Einführung des Nachschlusses wird nunmehr auch in Nowawes erfolgen. Nach einer Verordnung des Regierungspräsidenten müssen vom 2. Mai ab die im Orte bestehenden offenen Verkaufsstellen mit Ausnahme der Sonnabende und der von der Polizeibehörde festzusetzenden Ausnahmestellen für einen späteren Ladenschluß täglich um 8 Uhr abends geschlossen werden. Die Zigaretten-Spezialgeschäfte werden von dieser Maßregel nicht betroffen.

Eine Alarmierung der Feuerwehr erfolgte in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag, da auf dem Grundstück Kaiser-Wilhelm-Straße ein Preshofenlager in Brand geraten war, der nach kurzer Tätigkeit von der Wehr zum Erlöschen gebracht wurde. Die Alarmierung ging durch die Benutzung der elektrischen Weleinrichtung vollständig geräuschlos vor sich, so daß selbst die Nachbarschaft des Brandherdes nichts von dem Feuer wahr wurde.

Potsdam.

Nach der Aufhebung der Schlachtsteuer haben die einheimischen Schlächtermeister dieselben Fleischpreise beibehalten, trotzdem sie vorher dem Publikum wiederholt vorgerechnet haben, daß die Steuer von 6 Pf. pro Pfund eine Verteuerung von 10 Pf. im Kleinhandel verursache. Zahlreiche auswärtige Meister besuchten Anfang April deshalb die hiesigen Märkte. Ihre Ware war bedeutend billiger; sie erzielten denn auch reichenden Absatz. Als die Wochenmärkte immer mehr Händler von Groß-Berlin anzogen, die Stände der Einheimischen aber gemieden wurden, gab endlich die Fleischernnung die Erklärung ab, daß die Preise in Zukunft pro Pfund 10 Pfennig billiger sein werden. Ob sie jetzt alle Kunden wiedergewinnen, erscheint fraglich, da die auswärtige Konkurrenz sich als sehr leistungsfähig erwiesen hat.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse konnte bei durchschnittlich 7008 Mitgliedern Ende 1906 35 458,01 M. dem Reservefonds zuführen. Die Mitgliederzahl hat gegen das Vorjahr um 261 abgenommen.

Der Denkmalskämpfer von Sanssouci ist, wie anderlautende Meldungen besagen, noch nicht ermittelt. Der als Leiche bei Spandau aus der Habel gelandete 18jährige Handlungsgehilfe Friedrich Schow ignmt als Täter nicht in Betracht, da die angelegten Ermittlungen nicht die geringsten Anhaltspunkte ergeben haben. Die Angehörigen Schows bezeichnen es als für vollständig ausgeschlossen, daß der junge Mann, der eine Vorliebe für Kunst und Kunstwerke an den Tag gelegt hatte, sich des erwähnten Vandalismus schuldig gemacht haben sollte.

Vorsigtwalde-Wittenau.

Der gemeinschaftliche Besuch des Museums für Völkerverkunde findet am Sonntag, den 24. April, statt. Treffpunkt der Teilnehmer präzis 10 1/2 Uhr Ernst- und Neufährten-Graben beim Genossen Hilde, Radfahrer 11 1/2 Uhr am Anhalter Bahnhof.

Der Bildungsausschuß.

Jugendveranstaltungen.

Johannisthal. Sonntag, den 24. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Lokale von Genossen Friedrichstraße 43: Große öffentliche Versammlung. Vortrag des Kollegen Wehner-Beckin über: „Was will die freie Jugendorganisation?“ Die erwachsene Arbeiterkraft wird ersucht, die schulenlässigen Söhne und Töchter zum Besuche dieser Versammlung zu veranlassen und auch selbst zu erscheinen.

Ämtlicher Marktbericht der städtischen Marktbaul-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr reichlich, Beschäft lebhaft, Preise unverändert. Wild: Zufuhr sehr knapp, Beschäft ruhig, Preise unverändert. Geflügel: Zufuhr reichlich, Beschäft lebhaft, Preise gut. Fische: Zufuhr genügend, Beschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Beschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Saisongüter: Zufuhr sehr stark, Beschäft anfangs still, später reger, Preise fallend.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 21. 4.	am 20. 4.	Wasserstand	am 21. 4.	am 20. 4.
Remel, Mühl	194	0	Saale, Großhau	104	+4
Bregel, Wittenberg	-20	-3	Oabel, Spandau	79	+6
Weißel, Thorn	94	-14	Rathenow	124	-2
Oder, Kottbus	232	+50	Spreewald, Spreenberg	74	0
Krossen	106	-1	Deesow	85	-1
Krossen	123	+2	Weser, Minden	-82	-1
Weser, Minden	96	-2	Weser, Minden	-	-
Weser, Minden	98	-2	Weser, Minden	-	-
Weser, Minden	104	-4	Weser, Minden	-	-
Weser, Minden	56	+21	Weser, Minden	-	-
Weser, Minden	-63	+5	Weser, Minden	-	-
Weser, Minden	137	-8	Weser, Minden	-	-
Weser, Minden	123	+9	Weser, Minden	-	-

) + bedeutet Quers, - Fall, -) Unterpegel.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Moabit

Turmstraße 35, Ecke Waldstraße gewährt jedem bei Spielend leichter An- und Abzahlung mehr-jährigen Kredit auf Waren und Möbel.

Credithaus

Gebr. Weber, Neue Königstr. 38. Spandau, Potsdamerstr. 37, Industriestraße 11.

Lubascher, S.

Rosenheimer, M., Schönberg, Kolonnenstr. 9 am Ringbahn. Fritz Schnicke, Goltzstr. 44. Weber, Herm., Danzigerstr. 78 I. Wolter, Carl, Rosenthaler Straße 12.

Zutraun & Co.

best. a. 1887. Mohl- u. städtische Waren.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham

Hamb. Meissner u. Römertrank-Kell. N 4, Schlegelstr. 9, Fernspr. III, 1727.

Deca Brause

Bestes alkoholfreies Getränk. Landsberger Str. 96.

Goldtröpfchen

R. Neese, Mühlenhäuser Str. 4. Ernst Krüger, G.m.b.H., Hohste 51.23.

Sinalco (Bilzbrause)

Gen.-Vertreter Otto Starick NO, Landsberger Allee 67/7. Fernruf VII: 1666 und 1664.

Si-Si

Bestes alkoholfreies Getränk. Berlin O, Rudolfstr. 4.

Arbeiter-Bekleidung

Rohnen & Jöring

Spezial-Geschäft, Alexanderstr. 12, Landabg. Allee 143, Rixd., Bergstr. 66.

Bäckereien, Konditoreien

Eisenhalt. Kraftbrot

„Feronia“ 157/307 Extra-Präsente! Bei 10 Feronia Marken erhält jeder Käufer 1 Brotkorb, bei 100 eine Brotkiste.

Oskar Hanke's Brotbäckerei

75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins und in Rixdorf. Gegründet 1892.

Hankes Brotbäckerei

Inh.: Paul Hanke. Läden in allen Stadtteilen.

Kunze, Grofs-Bäckerei

Berlin N, Pankow, Weißensee, Kluss, Joh., Lützowstr. 17, Ecke Barnistr., Pallasdenstr. 23, Waldmannstr. 4/5.

Mache, Carl

Samariterstr., Ecke Frankfurt. Allee, Proskauerstr. 31, Voigtstr. 30.

Peter's Gross-Bäckerei

In allen Stadtteilen und Stettin Vororten; über 60 eigene Geschäfte. Schöpe, H., Rixdorf, Bergstr. 64.

Schütt, G.

Filialen in Berlin O, NO.

Th. Turban

Landbrotbäckerei, Frankfurter-Allee 37, Landsb. Allee 145.

Ulbrich

Charlottenburg, 20 Filialen.

Saunaanstalten

Anstalten vom Admiralgarten-Bad i. Alexanderplatz 3. Luisenpark 22. Reichkinderstr. 8. Lützowstr. 74.

Arkon-Bad, Anklamr-Str. 24.

Augusta-Bad, Köpenicker Str. 60/61.

Diann-Bad, Köpenicker Str. 63.

Bad Frankfurt, Gr. Frkfr. Str. 126.

Lieferant sämtl. Krankenkassen.

Günzels Bade-Anstalt, Brunnenstr. 120.

Bad Invalidenstr. 14.

Bad Landsberger Str. 107.

H. Kalisch, Lieferant aller Kassen.

Köpenicker Bad, Köpenickerstr. 174.

Münchener-Bad, M. Müchenerstr. 31.

National-Bad, Brunnenstr. 2.

Neander-Bad, Neanderstr. 12.

Neander-Bad, Boxhagener Str. 17.

Bad Ostend, Lief. aller Kassen.

Bad Petersburger Str. 64.

Prinzess-Bad, Prinzenstr. 42.

Russ.-röm. Bad, Stephanstr. 40.

Viktoria-Bad, Sonnenb. Fr. Albertstr. 5.

Bandagen, Gummiwaren

Lange, A. E., Brunnenstr. 167. Meyer, F., Rl., Berlinerstr. 49-50.

Panschow

Charlottenburg, Scharrenstr. 37. E. Saxe, Kastanien-Allee 29.

Wende, A.

Turmstr. 34. Optiker. Zimmermann, Rich., Gr. Frkfr. Str. 112.

Beerdigungsanst., Sargm.

Fuchs, Paul, Frankfurter-Allee 143. Jordan, E., Rixd., Mohlstr. 15, Moab. 3105.

Peter-Schley, Wilh., Zossenerstr. 11.

Rommek, C., Rl., Hermannstr. 22.

Wegner, P., Rl., Elberstr. 21.

Ad. Winkel, Charl., Spandauerberg 20.

Beleucht.-Gegenstände

Böttner, A., Danzigerstr. 95.

Neuendorf, O. P.

Reinickendorferstr. 3. L. d. Spar-Vor-Nord.

Schrammar, H.

Rixdorf, Richardstr. 118. Stoß, M., Rl., Kaiser-Friedrichstr. 219.

Berufsbekleidung

Behn, H., Invalidenstr. 122, Chausseestr. 122.

Garderoberb. Nordstern, Brandenburgerstr. 20.

Gelbes Schloß, Brunnenstr. 107.

Göbe, A., Friedhofstraße, Berl.-St. 26.

Wilmersdorfer

Wilmersdorfer Straße 118/119.

Hamburger Laden, Charl., Wallstr. 3.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Schlesinger, Hermann

Kaiser, Otto, Gerichtstraße 86. Fahr, Wilh., Brunnenstr. 116. NW, Turmstraße 58 Die richtigen N, Reinickend.-Str. 45 Sachen. Lieferant d. Konsumgenossenschaft.

Wilh. Scholem

Kottbuserdamm 94, Keller.

Schuch, M.

Rixdorf, Berlinerstr. 12. Spandau, Havelstr. 11, Spandau, Rheinländische Arbeiter- und Berufskleidung, S. Lindemann.

Schwalbe, Wilh.

Wöllner-Str. 12. Mühlenweg 2, Wecker, A., Kottbuserdamm 99.

Bierbrauereien, Bierhdg.

Bergbrauerei

Bergstr. 23. Feinstes Doppelbier Tel. III, 1412.

Patzenhofer Brauerei

Die Patzenhofer Flaschenbier sind in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Berliner Bock-Brauerei.

Berliner Weißbier-Brauerei, Carl Richter, Berlin N, Dalldorf-Str. 23, T. 1890 Bier-Verlag, Gitschinerstr. 95.

Max Böhm

Welsch u. Malz-Bierbrauerei, Marleneburgerstr. 17.

BORUSSIA

Malzbier. Brauerei Alt-Berlin, Charlottenbg.

Brauerei „Germania“

Aktien-Gesellschaft. Ines. 100 eig. Ausschanklokal. 4/10 L. Bairisch 10 Pfg., kl. Weiß 10, gr. Weiß 20 Pfg.

Brauerei Königstadt

feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Pfefferberg,

Versand- und Pilsener Bier. Brauerei Weissensee, G. Enders.

Brauerei Werm, Berlin 37.

Groterjans

Malzbier, Schönsch.-Allee 130, Tel. III, 5462. Hempel, E., Müllerstr. 138 d.

Kaiser-Brauerei A.-G.

schwerstes „Helles“ Berlin. Laischenbrauerei Weißensee.

S. D. Moewes

Hohersteinweg 67. Teloph. I, 2360.

Phönix-Brauerei

A.-G. Erstklassige Biere.

Richter & Co., J. C. A.

Welfenbrauerei, gegr. 1820. Berlin C 54, Tel. III, 1517.

Roland

Flaschenbierversand, G. m. b. H.

Schlossbrauerei Kronenberg

Schlossbräu - Kronenbräu in Gebinden und Flaschen.

Spandauerberg-Brauerei,

Westend. Staud, Christian, Weiß u. Malzbräuerei, Widenowstr. 4, Tel. II, 1583.

Strehlow & Co., Weißb., Gerichtstr. 43

Vereins-Brauerei

Rixdorf. Berliner Kindl.

Vereins-Brauerei Teutonia, NW 07.

Weißbier Albert Braun.

Weißbier-Brauerei, vorm. H. A. Bolle Friedrichstr. 129, Tel. III, 2543.

Weissbier, C. Breithaupt,

Pallasdenstr. 97. Tel. A. VII, 2634.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung

J. F. Assmann

20 Filialen in Berlin O. Max Baensch, 8 Filialen. Dänker, Otto, 11 Filialen.

Carl Franke

Gegr. 1861. Nachf.

F. Hagen

22 Verkaufsstellen. Sebastianstr. 88. Kersten, Gebr., Wörther-Str. 33. Lichtenteln, A., Theaterstr. 22.

Maded, J.

Markth., Andreae, Kruststr. 11. Mommeler-Str. 74, Gr. Weg 97.

Müller, Ernst Max

6 Geschäfte in Berlin NO, prima Wurst- und Fleischwaren.

Butterhandlung Fritz Muth.

14 Filialen in Berlin N u. NO. Pappel-Allee 18. Chorinerstr. 25.

Pomorski, Paul

35 Verkaufsstellen. Schulz, Arthur, Rl., Hermannstr. 39 u. 63.

Schröter, R.

Zu den drei Sternen, sähr. Filialen. Zu den drei Sternen, 25 Filialen. Zum Stern, Mühlenstr. 74.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Cacao, Chocolate

Beer, Gust., Müllerstr. 153. Filialen i. allen Städten.

Cylix, G.

Seiffert, Erich, Filialen in Berlin Werkmeister & Reudorff, O., Gr. Frankfurter-Str. 89, Gr. Weg 113, Dresden.-St. 69.

Cigarrenhandlungen

Adelt, A. G., Müllerstr. 12. Rixdorf, Böckmann, J., Bergstr. 136/137.

Alfred Dieck, Koppenstr. 72.

Frei-Rauch, Zigaretten, Rixdorf, Ringbahnstr. 201, T. R. 1245

Alb. Kasulke

Filialen in allen Stadtteilen. Haschorek, G., Kreuzbergstr. 16-23.

Berliner Dampf-Wäscherei

Fritz Hering, Neue Königstr. 64.

Meesters, Th.

Osw. Naefe chem. Wäscherei

Für Britz, Rödowstr. 34. Für Rixd., Bergstr. 74 u. 161.

Stenzel, Paul

19 Geschäfte in Nord-Berlin.

Fischhandlungen

Winkler & Barthold, Bergstr. 3 u. 17. Kottbuserstr. 20.

Fleischereien u. Wurstw.

Bisold, K., Rl., Hermannstr. 147.

Wurst, Speck, Schinken

kaufen Sie am besten u. billigsten bei Anton Fehlan.

Fleisch- u. Wurst-Centrale

Brunnenstraße 78. Beste und billigste Metzgerei & Fleischerei.

Oskar Klähn

114 Alt-Moabit 114. 123 Invalidenstr. 123.

Stettiner Fleisch-Centrale

lah. Max Welter. 120 Invalidenstr. 120.

Wähle, Gast.

Endenstr. 2, Turmstr. 67.

Grammophone, Sprechm.

Becker, W., Wilmersdorferstr. 127, I. Goetsch, Frd., Alt-Moabit 107, Edison.

Phonographen-Katz

größtes Spezialhaus. Pietsch, Hugo, Spezialgesch. Reimann, Hackescher Markt 4, Tolla.

Rund um Berlin

Weinmeisterstr. 2.

Haus- u. Kfz-Gehörgeräte

Dähnert, O., Rixdorf, Wilmersdorfer Str. 118/119.

Krüger, Rudolf

Spez.: Kochkisten. Wadding, Wilmersdorfer Str. 118/119.

Richtiger, Carl

Wilmersdorfer-Str. 120. Lampen.

Schreier, Ad.

Rixdorf, Bergstr. 145. Wurmsee, Max, Nachf., Invalidenstr. 2.

Herren-Artikel

Bazar-Brunnen, Brunnenstr. 66. Brocks, J., Müllerstr. 129, 54, Rab.

Brücker, Rich.

Frankf.-Allee 24. Die berühmte Feinwäscherei, Badstr. 44.

Martin Götsch

Frankf.-Allee 45. Petering, R., Gr. Weg 113, Wäsche-Str. 23.

Kranz, Wilh.

Rl., Hermannstr. 171. Bernh. Levy, Schönberg, Hauptstr. 22.

Litauer, Fr.

Frankf.-Allee Nr. 194. Rosenthalstr. 9.

Mahnke, Adolf

Hüte u. Schirme. Nord-Ost, Gr. Frkfr.-Str. 120.

Hermann Robert, Beusselstr. 20.

Ruben, Oscar, Brunnenstr. 80.

Schlesinger, R.

Turmstr. 68. Belagierendorferstr. 42.

Sprengel, A.

Wienenerstr. 14 B. Admiralstr. 26.

Untenstehende Geschäfte

empfehlen sich bei Einkäufen

Herren- u. Knabengard.

Amerikanische Verkaufshallen, Frankf.-Allee 196, Rosenthalstr. 53.

Blitz!

Goltzstr. 26. Invalidenstr. 135. Chausseestr. 122 80.

Ed. Freitag

auch nach Maß. Garderobehaus Lenter, Köpenicker-Str. 14.

Hirschfeld, H.

Lief. d. Konz.-Geschäft. S. Hoffmann, Charl. Wilmersdorfer-Str. 12.

Marks, F.

kein Laden, daher bill. Preise, Teilzahlung gestattet. Th. Meyer & Co., Frkfr. Chaus. 10 u. 11.

Carl Pollnow

Frankfurter-Allee 63. 20 Filialen.

Ringel

Sie kaufen reell auch nach Maß. 21, Chausseestr. 21.

Rosner, Max

Schneidmeister, Lager fertig und nach Maß. Salberg, H., Redstr. 58, fert. u. n. Maß.

M. Swarenski

Schneidmeister, Charlottenburg, Berliner-Str. 126.

Sie kaufen reell auch nach Maß.

Turmstr. 58 u. Reinickendorferstr. 48. Schlässer, Allee 184.

Werner, Erich

Am Schönh. Tor. Brunnenstr. 122, neu eröffnet.

NPte, Mützen u. Pelzw.

Bazar-Brunnen, Brunnenstr. 66.

Bazar Norden

Brunnenstr. 53, Badstr. 44.

Heße, Rud.

Chausseestr. 96. Casper, Ed., Rixdorf, Bergstr. 120.

Daebne, F., Ri., Neue Jonasstr. 26.
A. Dohmann, Stromstr. 44.
Falkmann Eisenacherstr. 55, Gelegenheits-Käufe gebrauchter und neuer Möbel.
Goppert, Paul, Zossenstr. 23.
Gercke, Fritz, Marheinekeplatz.
Gleiser, A., Neue Königstr. 28. Gelegenheits-Käufe.
Gorbahn, Landbergerstr. 89, kein Laden, ev. Teils. Holzhausen, Ad., Brunnenstr. 164.
Gebr. R. & C. Homann NW, Perlebergerstr. 22/24.
Hönnicke, Otto, Elsassstr. 29.
Hopp, Jul., Brunnenstr. 153.
Harnack Stallackeherstr. 57, Bar- und Teilszahlung, Verkauf, Fabrikgebäude.
Herm. Heinrich, N., Badstr. 382.
Janitzkow, F., Turmstr. 45, Möbelfabrik.
König, A., Ri., Berlinerstr. 102.
Krause & Co., Frankf.-Allee 176.
Ernst Kramer Moabit, Waldstr. 7.
Küchenmöbel, Ri., Berlinerstr. 90.
Lachotzki, L., Ri., Hermannstr. 18.
Lazarus, L., Petersburgerstr. 62.
Lotharingerstraße 88, Lennert, Hans, Möbelengeheitsk. Lübecke, R., Ri., Bergstr. 4.
Misch Sigmund, Dresdenstr. 16, auch Teilszahlung.
Nisch, Wilh., Gr. Frankf. Str. 45/46, auch Teilszahlung, Möbel-Eberhardt, Friedrichstr. 109 a.
Möbel-Gelegenheitskäufe! Wirtschaften aller Preislagen Willy Hasemanns Möbel-Haus Grunewaldstr. 27.
Möbel Kaufhaus Norden, 3000erstr. 122.
Möbel-Kaufh. „Süden“, Kottb. Damm 22.
Möbel Krause Möbel Kastanien-Allee 40.
Teilzahlung gestattet
Möbel-Rosien, Kastanien-Allee 57.
Möbius, Rudolph, Ackerstr. 120.
Nagott, Ri., Richardplatz 8, Alt, Neu.
Neumann, M., Vow.-Lesern 7.
J. Ostrowski jr., Gr. Frankf. Str. 1, am Frankf. Tor.
Möbel Spiegel Polsterwaren gegen Bar- u. Teilszahlung.
Heukirch, Gehr., Langestr. 2, Stralauerstr. 22, Am Molkenmarkt.

Herm. Podeli N., Lybener Str. 1.
Pränsing, Ludw., Gartenstr. 23.
Rehfeld, A., Buttmanstr. 20, Gelegenheitskäufe, kompl. Einr. v. 140 M. an.
C. Reiter Nachf., Veteranenstr. 21.
Kettig, Fr. M., Fennstr. 44.
Gustav Richter, Möbel-Fabrik Kastanien-Allee 28.
Köpenick, Grünauer Str. 9, O. Schönweide, Wilhelmshofstr. 30.
Schmidt, Otto, Gartenstr. 55.
Herm. Schulz Waldenser Str. 12.
Rob. Schulz, Prenzlauer Allee 21.
Sielensky W., Gneisenaustraße 18, eig. Tischlerei u. Tapezierwerkstatt.
Stargard, O., Neue Königstr. 29, Gelegenheits-Käufe g. Bar- u. Teilszahl.
C. F. A. Steiler & Co., Potsdamer Str. 77, Goltzstr. 40 a.
Stoye, Bernh., N 29, Prins-Allée 89.
Uhr, Johannes, Grünthalstr. 68.
Wendland, Ernst, Swinemünder Straße 121.
Herm. Wendland Reinickendorfer Straße 114.
Werthers Möbelfabrik Gotschowskystr. 27.
Wilh. Witt, N., Wilhelmshafenstr. 64.
Zieren, Ernst, NW, Oldenburgerstr. 47.
Molkereien
„Schweizerhof“, Meierei und Milchkuranstalt, liefert Vollmilch u. Kindermilch t. jed. Tageszeit frei Haus zu 4. üblich. Preisen. Zirkis 100 Verkaufswagen.
Musikinstrumente
Braun, Emil Musikhaus „Oster-Boxhag“ Str. 2.
Grasow, A., Frankfurter Allee 150.
Kirst, Rich., Hermannstr. 45.
Pfeifers Musikh., Kottb. Damm 99.
Schätzke, Otto, Ri., Richardstr. 115.
Scholz, Paul, Frkf. Allee 73 b.
Schulz, Pieschmann & Co., Ernststr. 25.
Schweizer Musikhaus N., 58 Stargarder Str. 67.
Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 26.
Göbke, R., Ri., Berlinerstr. 59 I.
Ed. Hruza, Alle Systeme Teilszahlung.
Litauer, Vorfr. Wilke, Ri., Berlinerstr. 84.
Pfaff-Nähmaschinen G. Wendt, Wilsnack Str. 25.
Phönix-Nähmaschinen die besten der Gegenwart kauft man — auch auf Abzahlung W., Kronenstr. 57.
N., Danzigerstr. 79.
N., Swi. Münderstr. 87.
N., Hellenmannstr. 84.
O., Frankfurter Allee 148.
O., Tilsiterstr. 77.
O., Boxhagenstr. 18/19.
80., Reichenbergstr. 134.
In Rixdorf: Berlinerstr. 22, Bergstr. 122.

Optiker
Dase, Paul, N., Mollerstr. 174.
Hochstim, O., Ri., Berlinerstr. 22.
Janke, Hermann, Holzmarktstr. 60.
Janke, F., Stralauer-Allee 17 a.
Herrn Jentsch, Charl., Rosinestr. 2.
H. Jettlaff, Badstr. 54.
Kaufhaus f. Schuhwaren Penn-Str. 69.
St. Klara, Charl., Dankelmannstr. 52.
Klein, A., Gr. Frankf. Str. 141.
G. Kramer, Wilh., Berlinerstr. 131.
Kuhn, Rich., Frankf. Allee 118 a.
J. Lowy, Schöneb., Hauptstr. 142.
Lücke, Herm., Waldenserstr. 63.
Rich. Maeder, Charl., Berlinerstr. 129.
Maxsch, Otto, Tilsiterstr. 14, 30, Babst.
Michling, A., Weidenweg 20.
Paul Mühl, Stromstr. 25.
C. Neumann, Falkensteinstr. 37.
Potsdamerstr. 44.
Maaßenstrasse 14.
Odrowski, F., Kottbuserdamm 102.
Oesterling, O., Gruner Weg 107.
Pfeiffer, Petersburgerstr. 37.
Petersohn, Osk., Müllerstr. 155.
Räsener, Gelegenheitskäufe Hermannstr. 29.
Saalheim, F., Ri., Hermannstr. 66.
Salomon, J., Petersburgerstr. 40.
Schmidt, Gebr., Fennstr. 59.
Schreter, J., Hermannstr. 52, Kottbuserdamm 40.
Schnibhaus Böhm Rosenth.-Str. 55.
Schick, Allee 125 a.
Rixdorf, Bergstr. 48.
Schubb, Max Koh, Belle-Alliancestr. 38.
Schuhwarenhaus des Westens York-Str. 22.
Schüler, Wilh., Schöneb. Allee 5.
Sommer, Wilh., N. Schöneb. Allee 85.
Tauscher, E., Weissen. Königstr. 41b.
Thewald, W., Mühlendamm 137.
Tornow, Franz, Tegel, Berlinerstr. 1a.
Wegner, R., Rixdorf, Bergstr. 141.
Winter, H., Schönhauser Allee 91.
Zastrow, E., Ri., Berlinerstr. 71/72.
Stoll, Marie Leodor, Brunnenstr. 137.
Schuhwarenhaus „Nannas“, Gr. Frankf. Str. 117, a. d. Andreasstr.
Seifen
John, A. Memelerstr. 48 a, Annenstr. 12, Alle Haushaltungsartikel.
Hugo Joske Seifen Salon-Petrol, Brennspir., Putzw., Lötlf. f. Haas SW. Kais.-Aue-Allee 6, T. U. 949.
R. Somrau, Wrangelstr. 118, Föcklerstr. 28, Eisenbahnstr. 25.
Teppiche u. Gardinen
Frankenstein & Co., Ri., Bergstr. 140.
Graff & Heyn, Straße 118/119.
Mauerhoff, M., Gr. Frankf. Str. 9, pt.
Trauer-Magazin
Westmann Mohrenstr. 27 a, Gr. Frankf. Str. 115.
Uhren u. Goldwaren
Abel Goltzstr. 29, am Winterfeldplatz.
Art, Herm., Manteuffelstr. 114.

Heise, Helr., Badstr. 17, Lieferant der Konsum-Genossenschaft.
Höbner, C., Rosenthalerstr. 13.
Janke, Hermann, Holzmarktstr. 60.
Janke, F., Stralauer-Allee 17 a.
Herrn Jentsch, Charl., Rosinestr. 2.
H. Jettlaff, Badstr. 54.
Kaufhaus f. Schuhwaren Penn-Str. 69.
St. Klara, Charl., Dankelmannstr. 52.
Klein, A., Gr. Frankf. Str. 141.
G. Kramer, Wilh., Berlinerstr. 131.
Kuhn, Rich., Frankf. Allee 118 a.
J. Lowy, Schöneb., Hauptstr. 142.
Lücke, Herm., Waldenserstr. 63.
Rich. Maeder, Charl., Berlinerstr. 129.
Maxsch, Otto, Tilsiterstr. 14, 30, Babst.
Michling, A., Weidenweg 20.
Paul Mühl, Stromstr. 25.
C. Neumann, Falkensteinstr. 37.
Potsdamerstr. 44.
Maaßenstrasse 14.
Odrowski, F., Kottbuserdamm 102.
Oesterling, O., Gruner Weg 107.
Pfeiffer, Petersburgerstr. 37.
Petersohn, Osk., Müllerstr. 155.
Räsener, Gelegenheitskäufe Hermannstr. 29.
Saalheim, F., Ri., Hermannstr. 66.
Salomon, J., Petersburgerstr. 40.
Schmidt, Gebr., Fennstr. 59.
Schreter, J., Hermannstr. 52, Kottbuserdamm 40.
Schnibhaus Böhm Rosenth.-Str. 55.
Schick, Allee 125 a.
Rixdorf, Bergstr. 48.
Schubb, Max Koh, Belle-Alliancestr. 38.
Schuhwarenhaus des Westens York-Str. 22.
Schüler, Wilh., Schöneb. Allee 5.
Sommer, Wilh., N. Schöneb. Allee 85.
Tauscher, E., Weissen. Königstr. 41b.
Thewald, W., Mühlendamm 137.
Tornow, Franz, Tegel, Berlinerstr. 1a.
Wegner, R., Rixdorf, Bergstr. 141.
Winter, H., Schönhauser Allee 91.
Zastrow, E., Ri., Berlinerstr. 71/72.
Stoll, Marie Leodor, Brunnenstr. 137.
Schuhwarenhaus „Nannas“, Gr. Frankf. Str. 117, a. d. Andreasstr.
Seifen
John, A. Memelerstr. 48 a, Annenstr. 12, Alle Haushaltungsartikel.
Hugo Joske Seifen Salon-Petrol, Brennspir., Putzw., Lötlf. f. Haas SW. Kais.-Aue-Allee 6, T. U. 949.
R. Somrau, Wrangelstr. 118, Föcklerstr. 28, Eisenbahnstr. 25.
Teppiche u. Gardinen
Frankenstein & Co., Ri., Bergstr. 140.
Graff & Heyn, Straße 118/119.
Mauerhoff, M., Gr. Frankf. Str. 9, pt.
Trauer-Magazin
Westmann Mohrenstr. 27 a, Gr. Frankf. Str. 115.
Uhren u. Goldwaren
Abel Goltzstr. 29, am Winterfeldplatz.
Art, Herm., Manteuffelstr. 114.

J. Behrendt, Wrangelstr. 62.
Otto Brauer, Mollerstr. 164.
Briese, Ernst, Ri., Berlinerstr. 61.
Bürger, Jul., Müllerstr. 6.
David, Max, Brunnenstr. 42.
Ebert, Otto, Hüttenstraße Nr. 67.
Eillinghausen, Gebr., Grunerweg 45.
Fabian, Max, SO 36, Wienerstr. 25.
Fliegen Schmidt, M., Bergmannstr. 2.
Friese, Konrad, Müllerstr. 4.
J. Gebhardt Charlottenburg, Berlinerstr. 124.
George, Adolph, Badstr. 65.
Chr. Geger, Nettolbeckplatz.
Goericks, C., Föcklerstr. 25.
Goemadles, F., Andreasstr. 29.
Ernst Henke, Brunnenstr. 88.
J. Herzog, Charl., Pestalozzi-Str. 31.
H. Hirschfeld, Rosenth.-Str. 26, Rep.
Höppauf & Kaempf Beusselstr. 76 a, Kottb. Damm 28.
Marlin Klein, Neue Hochstr. 25.
Kulobunch, W., Frankf. Chaussee 61.
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40.
Lehmann, Wilh., Kottb. Damm 25.
Lewin, Adolf, Königstr. 43/44.
Linde, Max, Tegel, Berlinerstr. 23.
Lux, Carl, N. Chaussee-Str. 41.
Mildt, A., Charl., Krummenstr. 14.
Nahr, Gust., Gr. Frankfurter Str. 21.
Osterloh, M., Gr. Frankfurter Str. 126.
Pfandl, H., Petersburgerstr. 37.
Quitzow, Joh., Müllerstr. 1 a.
Rampmaier, F., Kottb. Damm 25.
Rapp, Chr., Weissen. Gest. Allee 157.
Rudolph, H., Rixdorf, Bergstr. 152.
Joh. Schallau, Schöneb. Allee a. Tor.
Schönemann, G., Ri., Berlinerstr. 73.
Schrader, Otto, Frankf. Chaussee Nr. 8.
Rich. Schramm, Tarnstr. 22.
Schroth, Emil, Kottbuserdamm 101.
F. Schuch, Charl., Knobelsdorffstr. 40.
Schulz, Osw., Frankfurter Allee 24.
Schumacher, O., Tegel, Berlinerstr. 5 a.
St. Stolz, Chaussee-Str. 32.
Carl Stühr, Dresdenstr. 134.
Sturm, Erich, Tegel, Hermsdorf-Str. 1.
Paul Trenk, Charl., Spandauerstr. 22.
Trieb, Alfred, Falkensteinstr. 4.
Truxa, W., Frankf. Allee 188.
Ueckermann, G., Landsbergerstr. 38.
Ulrich, Friedr., Brunnenstr. 62.
Otto Wartig, Triftstr. 2.
F. Wenig, Müllerstr. 28.
Werner, Herm., Pappel-Allee Nr. 3-4.
Wilder, Hans, Rosenthalerstr. 62/64.
Winkler, W., Reinickendorferstr. 22.
Wittig, Ad., Rixdorf, Berlinerstr. 44.
Wolter, M., Ri. a. Babst, Hermannstr. 58.
Wüsteney, O., Brunnenstr. 105.
Wutke, Karl Treckow-Str. 7, Invalidenstr. 10.
Warenhäuser
Bieber, Ni., Yorkstr. 27, am Hbf.
Brünn, Nachf., Allee 194.
Warenhaus Max Codik SO., Wrangelstr. 20, Ecke Föcklerstr.
Loewenberg & Co., Rigauerstr. 107, am Baltenplatz.
Pinkus, Paul, Simon-Dachstr. 24.

Warenhaus M. Hirsch Spandau
Weiss, H. & Co. Baumshagen, Vierzingl. 17.
A. Weiss & Co. Nachf. Schöneberg, Hauptstr. 11.
Weine u. Fruchtsäfte
Hugo Beling Weine · Liköre. Flaschenverk. zu Engrospreisen. 50 Filialen in Berlin u. Vorort.
Bettlinger, Eug., Wald-Ecke, Wickhof.
Dennhardt & Schultze, Brunnenstr. 53.
Eile m. Weyle, Likörfabr., Gerichtr. 19.
Groß, „Zur Sonne“, Paul Freudenberg.
Krüger, Brunnenstr. 188, Kant. Allee 4.
Merten, Louis, Belle-Alliancestr. 19.
Reins Gr.-Post. Scherz-Ecke Wilmersdorferstr.
Rieß, Fritz, Ri., Hermannstr. 5.
Schnitz, Otto Alb., Frankf. Allee 156.
Schwendy, H., Rosenthalerstr. 67.
Sello, Hermann, Pfl. I. Allee, Stadttilken Einzelverkauf zu Engrospreisen, auch Liköre u. Säfte, Brunnenstr. 15 u. Filial Einzelverk. u. Engrospre. Weisse, W., Hermannstr. 160.
Wendig, Herm., Elsassstr. 11.
Wermuth, Oswald, Kopschbergerstr. 1.
Weiß, Wollw., Trikotsagen
Boeldicke, Max, Chaussee-Str. 67, Strpf. u. Trikotsagen.
Bredow, Otto, Ri., Hermannstr. 58.
Engel, R., Wienerstr. 35, Ecke Forststr.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 115/119.
Jonas, Hermann Kästnerpl. 1, Inalette, Beiffeld.
Juncker, H. Rixdorf, Hermannstr. 172.
Kaufhaus London, Ri., Bergstr. 47.
Klar, H., Reichenberg Str. 129.
Kaufhaus Levy, F., Ri., Hermannstr. 58.
Phaume, Gebr., Friedrichstr. 205.
Rascher, C., Andreasstr. 69.
Schram, Lina, Mirbachstr. 31.
Tichauer, S., Ri., Hermannstr. 21.
Weber & Heynacher Gr. Frankf. Str. 58, Frankf. Allee 134.
Wollhaus Lucas Rixdorf, Bergstr. 68.
Zahnatel. u. Zahnkünstl.
Beyer, R., Rixdorf, Bergstr. 132.
Hollbruch, Herm., Frankstr. 5, geg. 1871.
Jordan, Alfr., Fennstr. 61, geg. 1888.
Lübecke, Franz, Greifswalderstr. 31.

Vornehme Maßarbeit

Vornehme tadellose

Maßarbeit

aus nur guten, ausgeprobten Stoffen und Zutaten liefert nur die für gut und reell bekannte Firma

Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78

Spezial-Haus guter Herren- und Knaben-Bekleidung fertig und nach Maß.

Anzüge nach Maß | Paletots nach Maß
 von M. 36.00 an. | von M. 33.00 an.

Hosen nach Maß von M. 8.50 an.

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe
 ir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl
 ir achten auf tadellose Verarbeitung und gute u. Sitz
 ir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen
 ir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen
 ir haben auf jeden Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Original-Entwurf!
 Nachdruck verboten!

Um eine tadellose gute Verarbeitung bewirken zu können, bitten wir des enorm großen Andrages wegen, uns Pfingstbestellungen schon jetzt zu machen. Unsere Auswahl in prachtvollen Stoffneheiten des In- und Auslandes ist unerreicht dastehend. Sämtliche Sachen werden in eigenen großen Betriebswerkstätten von ersten Arbeitskräften angefertigt!

Leske & Lehrer 78 Kottbuser Damm 78.

Bitte beachten Sie genau Firma und Hausnummer.

Vornehme Maßarbeit

Teurer Kaffee!

Kennen Sie den schönen Kaffee, wie er in Wien und den böhmischen Ländern so gern getrunken wird?
 Nur durch eine kleine Beimischung von dem

Wiener-Kaffe-Zusatz von Thilo & v. Döhren, Wandsbek

erhalten Sie den und sparen bedeutend an Kaffee.
 Ein wesentlicher Bestandteil dieses Zusatzes sind Feigen, welche ihm einen kräftigen und doch milden Geschmack geben.
 Packete à 10 und 25 Pfg. verkaufen alle besseren Handlungen.
 Gratisproben überall erhältlich.

Kautabake — 5 Pfg.-Rollen

der Firma

Fischer & Herwig, Haun. Münden.

Erstklassiges Fabrikat.

Hauptniederlage:
Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70
 Amt VII, 3047.

Möbel

liefert auf bequeme Teilzahlung bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)

E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

Bei 1 Mark wöchentlich

Teilzahlung

erhalten Sie die elegantesten Herren-Garderoben fertig oder nach Maß direkt vom Schneidermeister

M. Katz

Dresdener Str. 76 (nahe Thalia-Theater) kein Laden. Befichtigung ohne Kaufzwang.

Jeder Herr, welcher schön!

und elegant sich kleiden will, empfehlen wir große Vorräte besten Monatsgarderobe. Unsere Sachen sind in feinsten Stoffen (teils aus Seide) gearbeitet, von Herrschafter, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebraucht. Für jede Figur (auch für den stärksten Herrn) haben wir passende Sachen auf Lager, fabelhaft billig. Außerdem Herren-Paletots . . . 8 12 14 18 W. | Gehrock-Anzüge . . . 14 18 22 26 W. | Jackett-Anzüge . . . 10 12 16 20 W. | Herren-Hosen . . . 3 4 5-7 W. | Rock-Anzüge . . . 12 16 18 20 W. | Jacketts, Fracks, Smoking's etc.

J. WAND, Hauptgeschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, an der Monats-Garderoben-Haus. II. Geschäft: Chaussee-Str. 89. 277/20*

III. Geschäft: Brunnenstraße 179.

Aus Industrie und Handel.

Koloniale Industrieerfindungen.

Nach einer Meldung der „Frankf. Zig.“ hat der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika dem Ingenieur Bienen in Frankfurt die Konzession zur Errichtung einer Wasserkräftenanlage zwecks industrieller Ausnutzung der Panganifälle erteilt.

Vielleicht stehen bald wieder „vaterländische Interessen“ in Deutsch-Ostafrika auf dem Spiel.

Teure Rohstoffe.

Nicht nur einzelne Rohstoffe stehen gegenwärtig im Preise überaus hoch, man kann vielmehr sagen, daß am gesamten Markt der gewerblichen Rohstoffe eine für den Stand der allgemeinen Konjunktur ungewöhnliche Preissteigerung festzustellen ist.

wird, ist in keinem der letzten Jahre zur gleichen Jahreszeit notiert worden. Dasselbe gilt von besten nahgelegenen Ochshäuten aus Uruguay, die im laufenden Jahre 178 M. kosteten.

Geruchlos verduftet.

Die Farbenfabrik Gebr. Hehl u. Co., Charlottenburg machte seit Jahresfrist für ein neues geruchloses Desinfektionsmittel eine für deutsche Verhältnisse außerordentliche Bekanntschaft.

Eine Riesenpleite in Amerika. In New York ist die große Baumwollfirma Knight, Panch u. Co. insolvent geworden.

Die Milchwirtschaft in Rußland.

Bis Ende der 60er Jahre hatte die Milchwirtschaft in Rußland nur eine geringe Bedeutung. Die Produktion von Molkeerzeugnissen wie die Ausfuhr hatte nur einen kleinen Umfang.

Ziffern für die damalige Produktion gibt es nicht. Das Buttergewerbe hat sich hauptsächlich in den Gouvernements Bologda, Jaroslaw, Rostow, Twer, Wladimir, Kostroma ausgebildet.

gefähr 500 Buttereien und Käseereien in privaten Landwirtschaftsbetrieben.

Folgende Tabelle zeigt die Ausfuhr von Butter aus Rußland:

Table with columns for years (1891-1909) and quantities in thousands of Pud and Tons.

Man sieht, daß infolge des japanischen Krieges der Export verhältnismäßig nur wenig eingeschränkt wurde und daß er nach dessen Beendigung einen bedeutenden Aufschwung genommen hat.

Auch der innerrussische Verbrauch hat sich in dieser Zeit bedeutend vermehrt. Man schätzt die Gesamtproduktion Rußlands an Molkeerzeugnissen auf Grund der Eisenbahntransporte von solchen auf jährlich ungefähr 120 Millionen Pud.

Table showing transport statistics for 1901-1906, including quantities of butter and other products.

Für Käseerzeugnisse ist kein solcher Aufschwung bemerkbar. Das hat seine Ursache teils darin, daß geringere Nachfrage nach diesen besteht, aber auch technische Gründe (größere Schwierigkeit der Käsebereitung, Festlegen größeren Kapitals, höheres Risiko) sprechen mit.

Witterungsüberblick vom 22. April 1910, morgens 8 Uhr.

Table with columns for stations (Städten) and weather conditions (Wetter) for various locations.

Wetterprognose für Sonntag, den 23. April 1910. Müßl bei langsam abnehmenden nordwestlichen Winden und veränderlicher Bewölkung; geringe Niederschläge.

Schuhwarenhaus

CARL STILLER

Gegr. 1867

Gegr. 1867

Jerusalem Str. 38-39
Friedrich-Strasse 75
Potsdamer Strasse 2

Zentrale und Versand: Jerusalem Strasse 38-39

Taunzien-Strasse 19a
König-Strasse 25-26
Schöneberg, Hauptstr. 146

Damen-Stiefel

Kinder-Stiefel

Herren-Stiefel

- Boxcall- und Chevreau-Schnürstiefel mit und ohne Lackkappen, auch Derbyschnitt ... 8.75 M.
Braun u. schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel in modernen Fassons, mit hohen oder niedrig. Absätzen, Rand gedoppelt 10.50 M.

- Mädchen-Schnür- und Knopfstiefel, Boxcall oder Chevreau, durchgenäht, Rand gestupft 5.50 M.
Mädchen-Schnür- und Knopfstiefel, in Boxcall od. Chevreau auch mit Lackkappen, Goodyear-Welt 7.50 M.

- Boxcall - Schnürstiefel, moderne breite Fasson ... 8.75 M.
Boxcall-Schnürstiefel in moderner Fasson, sehr haltbar, Rand gestupft ... 10.50 M.



Chevreau-, schwarz oder braun Damen-Schnürschuhe

8.50 M. 10.50 M. 12.50 M.

Preiswerte Hausschuhe

- Melton in vielen Farben
Damen ... 1.50 M. Herren ... 1.75 M.
Chagrineder schwarz, bordeau, braun
Damen ... 2.90 M. Herren ... 3.80 M.

Sport-Schuhwaren

Tennisschuhe □ Turnschuhe □ Sandalen
In vielen Preislagen und Ausführungen



Boxcall- oder Chevreau-Herren-Schnürstiefel

12.50 M. 15.50 M.

Vorort - Nachrichten.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung zunächst mit den Einsprüchen, die gegen die kürzlich stattgefundenen Gemeindevahlen eingegangen waren.

Stimme. In diesen Zuschriften war ganz besonders darauf hingewiesen, welche große Gefahr bestände, wenn eventuell die Sozialdemokraten gewählt werden würden.

Selbstverständlich beschloß die Vertretung ohne Debatte Ablehnung auch dieses Protestes. Selbst die Herren, die sich vor einiger Zeit ganz entrüstet über die Forensengeschichte geäußert hatten...

Eingegangene Druckschriften.

Jahresbericht der Crisistrankenkasse der Schneider und Schneiderinnen und verwandter Gewerbe zu Berlin, 1909. 32 Seiten. Selbstverlag, Sebastianstr. 37/38.

Damen - Mäntel - Fabrik

Rixdorf Reuterstr. 63 an der Kaiser-Friedrich-Straße

PAUL LINCK offeriert

Rixdorf Reuterstr. 63 an der Kaiser-Friedrich-Straße

erstklassige, moderne Frühjahrs-Kostüme in sehr sauberer Verarbeitung und tadellosem Sitz; ferner: Moderne Paletots, Jacketts und Röcke

Maßanfertigung!

Durch Ersparnis der hohen Ladenmiete sowie sonstiger Geschäftsspesen und infolge eigener Fabrikation sind meine Preise außerordentlich billig!

Berliner Ulk-Trio. Felix Schoner Stralsunderstr. 1

Herren-, Damen-, Kinderwäsche eigenes Fabrikat.

Margarete Dietrich Berlin O., Mirbachstr. 25, Eingang Samariterstraße.

Hüte in allen Preislagen. R. Weidner, Hutmacher, Prinzenstr. 57, an der Dreßdener Str. Gehrgew. wird hergestellt.

Sie brauchen bei uns nicht zu kaufen,

sondern Sie sollen sich nur unsere schicken, eleganten Sachen ansehen, um es Ihren werten Freunden und Bekannten zu sagen.

Herrenanzüge 9.50, Burschen 6.50, Knaben 1.25, Kittelkleidchen 1.75, Tucho p. Mtr. 1.60. — Berufskleidung sehr billig: Blaue Monteurjacke 1.00, Mechanikerkittel 2.45, engl. Lederhose 1.70. — Händler und Schneidermeister Rabatt.

Tuchgesellschaft Kottbuser Damm 16-17.

HERREN KNABEN KLEIDUNG S. LEVY, CHARLOTTENBURG SCHARRENSTR. 36.

Berlin-Lichtenberg Kohlenvertrieb „Glückauf“ Güterbahnhof Frankfurter Allee.

Ausnahme-Preise vom 1. Mai bis 31. Juli von 10 Zentner an ab Platz in nur prima Marken.

Table with 2 columns: Brand/Type and Price. Includes items like Besto Vulkan Halbstein-Briketts, Hoyo, Prima Ferdinand Salon, Ankor, Anh Kohlenw., Iiso, Briketthuck.

Handwagen zur Verfügung.

Extra billiges Angebot! in Herren-Anzügen u. Paletots

Jackett-Anzüge tausendfältige Auswahl, moderne Muster, garantiert tadelloz sitzend... früherer Verkaufspreis bis Mk. 60.- jetzt 42.- 39.- 35.- 32.- 28.- 24.- 21.- 15.-

Paletots und Ulster in hoch-moderner Ausführung, nur eigene Anfertigung, früherer Verkaufspreis bis Mk. 75.- jetzt 45.- 42.- 39.- 36.- 32.- 28.- 25.- 20.- 15.-

Modell-Anzüge darunter Plagen aus guten engl. Stoffen, beste Massverarbeitung, vornehmer Sitz. früherer Verkaufspreis bis Mk. 80.- jetzt 50.- 45.- 40.- 36.- 33.- 27.- 23.- 19.- 15.-

S. JOSEPH Schöneberg Hauptstr. 1, Ecke Grunewaldstr.



Es ist mir gelungen



nach beendeter Stoffsaison in den Lausitzer Tuch-Fabriken grosse Posten moderner Anzug- und Paletotstoffe sehr billig einzukaufen. Diese Stoffe habe ich von guten Schneidern im eigenen Betriebe aufarbeiten lassen und bringe damit folgende der Beachtung jeden Warenkenners werthe

Sonder - Angebote

heraus:

Anzüge

In Cheviot- und Kammgarn-gewebe. Neue graue Farben in effektvollen Karo- und Streifen-Mustern nach englischer Art
60, 55, 50, 45, 40, 15 M.
36, 30, 25, 21, 18, 15 M.



Sommer - Paletots

Sommer - Ulster

In glatten und fein gestreiften, baumrinden- und holzfarbigen Covercoats. Sehr modern: hell- :: graue Diagonal-Ulster ::
60, 55, 50, 45, 40, 15 M.
34, 31, 27, 22, 18, 15 M.



Beinkleider

Schöne Streifen und uni Muster in Kammgarn- und Cheviot- :: stoffen. Elegante Passform ::
20, 17, 15, 13, 11, 3 M.
9, 8, 7, 6, 5, 3 M.

Gottlieb
Weiss
Schöneberg-Hauptstr. 161
Ecke Stubenrauch- und Kaiser Friedrichstr.

Frühjahrs- und Sommerbekleidung

Durch besonders günstigen Einkauf sind wir in der Lage, zu nachfolgend allerbilligsten Preisen zu verkaufen:

Herren-Anzüge 11⁵⁰ 14⁰⁰ 17⁵⁰
moderne Muster, haltbare Stoffe M.

Herren-Anzüge 22⁵⁰ 28⁰⁰ 32⁰⁰
neueste Fassons, in Cheviot und Kammgarn M.

Jünglings-Anzüge 8⁵⁰ 10⁵⁰ 14⁰⁰
in moderner Ausführung und haltbaren Stoffen M.

Herren-Paletots 11⁵⁰ 14⁰⁰ 17⁵⁰
prima Stoffe, solide Mach-art M.

Herren-Ulster 15⁵⁰ 18⁵⁰ 26⁰⁰
moderne Streifen und Karos in vornehmer Verarbeitung . . . M.

Jünglings-Paletots 8⁵⁰ 10⁵⁰ 14⁰⁰
in hübschen Mustern und guten Stoffen M.

Julius Lindenbaum Nachf.

Inh.: Walter Hampel

Große Frankfurter Straße 141 : : Ecke : : Fruchtstraße.

Konfektions-
Reklame-
Woche

Kaufhaus Wilhelm Joseph

Woll- und Wasch-
Stoff-
Reklame-
Woche

Schöneberg
Hauptstr. 163

Berlin
Großgörschenstr. 1

Moderne Waschstoffe
zu außerordentlich billigen Preisen.

Leinen, die große Mode
in diversen Farben und Qualitäten.

- Shantung-Zephyr** in allen modernen Farben Mtr. **48 Pf.**
- Shantung** imitiert weiß und farbig Mtr. **68 Pf.**
- Shantung** Leinen, imit., in sparten Farben, Mtr. **98 Pf.**
- Shantung** Rips, Leinen für Kostüme in mod. Farb. **125**
- Shantung** Seiden-Leinen, letzte Neuheit für **Kostüme u. Kleider** **185**
in entzückenden Farben.

- Ganz besonders preiswert!**
- 1 großer Posten gestr. Zephyr für Hemdenblusen, schöne Farben . . . **38, 48, 65, 85**
 - 1 großer Posten Musselin imit. nur gute Farben **35, 48, 58**
 - 1 großer Posten Wollmusselin mit und ohne Bordüre **75, 98, 135**
 - 1 großer Posten weiße Batist- und Mull-Stickerei-Stoffe **38, 48, 75, 95**
 - 1 großer Posten halbfertige Mull-Blusen Wert 1.75, jetzt **95**
 - 1 großer Posten halbfertige Wollbatist-Blusen mit Seidenstickerei Wert 3.25, jetzt **1.95**
 - 1 großer Posten halbfertige Wollbatist-Blusen Wert 4.50, jetzt **2.75**

- 1 Posten Mohair-Alpaka mit kleinen Streif. in neuest. Farb., Wert **3.75**, jetzt **195**
- 1 Posten Mohair-Alpaka ca. 115 cm breit, in sparten Farben, Wert **2.50** . . . Mtr. **135**
- 1 Posten Voile reine Wolle, ca. 110 cm br., in kleinen Mustern, Wert **2.25** . . . Mtr. **95**
- 1 Posten Wolltaffet ca. 110 cm breit, in schönen Farben, Wert **2.50** . . . Mtr. **150**
- 1 Posten Kostüme Stoffe ca. 110 cm br., reine Wolle, Wert **3.50** Mtr. **195**
- 1 Posten graue Kostüme Stoffe ca. 130 cm br., reine Wolle, Wert **5.75**, Mtr. **290**

25,000 Mtr. Reste in Wolle, Musselin u. Waschstoffen zu Serienpreisen. Serie I Mtr. 25, Serie II Mtr. 40, Serie III Mtr. 75 Pf.

Extra-Angebote in Damen-Konfektion.

- 1 großer Posten Staubmäntel, mehrere Farben jetzt **395**
- 1 großer Posten Paletots in englischem Geschmack jetzt **395**
- 1 großer Posten weiße Golfjacken, farbig garniert jetzt **595**
- 1 großer Posten hochelegante Jacken-Kleider, Jacke auf Seide jetzt **2850**
- 1 großer Posten ca. 10,000 Blusen, Batist, Zephyr, Perkal etc. in schöner Ausführung **195 295**
- 1 großer Posten Matinees in türkischen Mustern **195**